



# Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts  
vom Institut für Zeitgeschichte

Haupterausgeber  
Hans-Peter Schwarz

Mitherausgeber  
Helga Haftendorn, Klaus Hildebrand,  
Werner Link, Horst Möller und Rudolf Morsey

R. Oldenbourg Verlag München 1997

# Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1949/50

September 1949 bis Dezember 1950

Wissenschaftlicher Leiter  
Rainer A. Blasius

Bearbeiter  
Daniel Kosthorst und Michael F. Feldkamp

R. Oldenbourg Verlag München 1997

Die Deutsche Bibliothek – CIP Einheitsaufnahme

**Akten zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland /**

hrsg. im Auftr. des Auswärtigen Amts vom Institut für  
Zeitgeschichte. – München : Oldenbourg

1949/50. September 1949 bis Dezember 1950. – 1997  
ISBN 3-486-56308-4

© 1997 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München  
Rosenheimer Str. 145, D-81671 München  
Internet: <http://www.oldenbourg.de>

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlanges unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf  
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht)

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-56308-4

# Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	VII
<b>Vorbemerkungen zur Edition</b> .....	VIII
<b>Verzeichnisse</b> .....	XV
Dokumentenverzeichnis .....	XVII
Literaturverzeichnis .....	LXXVII
Abkürzungsverzeichnis .....	LXXXV
<b>Dokumente</b> .....	1
<b>Register</b> .....	513
Personenregister .....	513
Sachregister.....	541
Organisationsplan der mit den auswärtigen Angelegenheiten befaßten Arbeitsgruppen im Bundeskanzleramt vom 1. Juni 1950...	561
Organisationsplan der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten im Bundeskanzleramt vom 1. Oktober 1950 .....	565



# Vorwort

Mit den „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1949/50“ wird die Publikation von Dokumenten des Auswärtigen Amts über die Jahre 1949 bis 1962 eröffnet. Die Bearbeitung dieses Zeitraums mußte im Juni 1990, als in Bonn die dem Institut für Zeitgeschichte angehörende Editionsgruppe zusammengestellt wurde, aufgrund personeller Engpässe und aufgrund des angestrebten jährlichen Publikationsrhythmus für die sechziger Jahre zunächst zurückgestellt werden. Aus der amtlichen Überlieferung des Politischen Archivs sind bisher 1989/90 unter meiner Verantwortung die Bände „Adenauer und die Hohen Kommissare 1949-1951“ und „Adenauer und die Hohen Kommissare 1952“ publiziert worden.

Auch dem hier vorgelegten Band liegt das inzwischen bewährte Editions-konzept zugrunde, das für die seit Herbst 1993 veröffentlichten „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ über die Jahre 1963 (drei Bände), 1964 (zwei Bände), 1965 (drei Bände) und 1966 (zwei Bände) maßgeblich ist.

Das Erscheinen des vorliegenden Bandes gibt Anlaß, allen an dem Werk Beteiligten zu danken. So gilt mein verbindlichster Dank dem Auswärtigen Amt, insbesondere dem Politischen Archiv, sowie den Damen und Herren in den Referaten, die beim Deklassifizierungsverfahren zur Offenlegung der Dokumente beigetragen haben. In gleicher Weise zu danken ist dem Bundesarchiv für die Erlaubnis, einige Aufzeichnungen aus dem Nachlaß des Botschafters a.D. Herbert Blankenhorn und aus dem Bestand Bundeskanzleramt (B 136) einbeziehen zu können.

Besonderer Dank gebührt ferner den Kollegen im Herausgebergremium, die sich ihrer viel Zeit in Anspruch nehmenden Aufgabe in bewährter Kollegialität gewidmet haben. Ferner sei die tadellose Zusammenarbeit mit den zuständigen Persönlichkeiten und Gremien des Instituts für Zeitgeschichte dankbar hervorgehoben. Gedankt sei auch dem präzise arbeitenden Verlag R. Oldenbourg.

Das Hauptverdienst am Gelingen des Bandes gebührt dem seit Sommer 1995 mit den Vorarbeiten und der Dokumentensammlung über die Jahre 1949 bis 1952 befaßten Bearbeiter, Herrn Dr. Daniel Kosthorst, zusammen mit dem Wissenschaftlichen Leiter, Herrn Dr. Rainer A. Blasius. Ihnen sei für den großen Einsatz und für die erbrachte Leistung nachdrücklichst gedankt.

Weiter gedankt sei Herrn Dr. Michael F. Feldkamp, der als zweiter Bearbeiter eingesetzt war, Frau Dr. Ute Jancke, die beide Bearbeiter tatkräftig unterstützte und das Personenregister erstellte, und Frau Dr. Mechthild Lindemann, die das Sachregister anfertigte. Sie haben damit wesentlich zur raschen Fertigstellung der Edition beigetragen, ebenso wie Herr Dr. Wolfgang Hölscher durch die kompetente technische Beratung bei der Herstellung des Umbruchs.

Der nächste Band der Aktenedition für die Jahre 1949 bis 1962 ist bereits in Vorbereitung. Er wird voraussichtlich Ende 1999 vorliegen.

Bonn, den 1. Juli 1997

Hans-Peter Schwarz

## Vorbemerkungen zur Edition

Am 20. September 1949 nahm die Bundesregierung ihre Tätigkeit auf. Die Befugnisse, die das Grundgesetz ihr zuteilte, wurden durch die Bestimmungen des von den drei Westmächten erlassenen Besatzungsstatuts eingeschränkt, das mit der offiziellen Übergabe anlässlich des Antrittsbesuchs von Bundeskanzler Konrad Adenauer bei den Alliierten Hohen Kommissaren am 21. September 1949 in Kraft trat. Darin behielten sich die Besatzungsmächte auch die Zuständigkeiten auf dem Gebiet der auswärtigen Angelegenheiten vor. Die Bundesregierung konnte daher zunächst nur Initiativen gegenüber der Alliierten Hohen Kommission ergreifen und auf deren Entscheidungen einwirken. Dennoch markiert der Amtsantritt von Konrad Adenauer im weiteren Sinne die Anfänge der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland.

Zur Abwicklung des Schriftverkehrs mit den drei Westmächten errichtete Bundeskanzler Adenauer im September 1949 die „Verbindungsstelle zur Alliierten Hohen Kommission“ unter Leitung von Herbert Blankenhorn. Nachdem der Bundesregierung im Petersberger Abkommen vom 22. November 1949 die Aufnahme von Konsular- und Handelsbeziehungen mit dritten Staaten gestattet worden war, wurde am 25. November 1949 im Bundeskanzleramt zusätzlich das „Organisationsbüro für die konsularisch-wirtschaftlichen Vertretungen im Ausland“ unter Leitung von Wilhelm Haas geschaffen. Beide Arbeitseinheiten gingen am 7. Juni 1950 als Abteilung II bzw. Abteilung I in die „Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten im Bundeskanzleramt“ über, die ferner als Abteilung III eine Konsularabteilung – untergliedert in eine Rechtsabteilung und eine Länderabteilung – sowie das Protokoll, den Sprachendienst und die Ausbildungsstätte für die Anwärter des Auswärtigen Dienstes in Speyer umfaßte. Die Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten wurde seit dem 13. September 1950 von Staatssekretär Walter Hallstein geleitet und aufgrund der ersten Revision des Besatzungsstatuts am 15. März 1951 in das als Bundesministerium wiedererrichtete Auswärtige Amt überführt.

### Dokumentenauswahl

Grundlage für die Fondsedition der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1949/50“ (Kurztitel: AAPD 1949/50) sind wie bisher die Bestände des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts (PA/AA). Der Entstehungsgeschichte des Amts entsprechend, wurde besonderes Gewicht auf den zentralen Bestand der Verbindungsstelle zur Alliierten Hohen Kommission im Bundeskanzleramt gelegt. Angemessene Berücksichtigung fanden aber auch das Organisationsbüro für die konsularisch-wirtschaftlichen Vertretungen im Ausland und die mit Errichtung der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten im Bundeskanzleramt gebildete Konsularabteilung. Für die Dokumentation der Verhandlungen über den Schuman-Plan war der Bestand des im Juli 1950 eigens eingerichteten „Sekretariat für Fragen des Schuman-Plans“ von Bedeutung. Ferner wurden die Akten des im September 1950 entstandenen „Büro Staatssekretär“ sowie die im PA/AA verbliebenen Teile der Handakten



des Leiters der Verbindungsstelle zur AHK, Herbert Blankenhorn, berücksichtigt. Zusätzlich konnten einzelne Bestände aus dem Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg, dem Bundesarchiv in Koblenz (Bundeskanzleramt und Nachlaß Blankenhorn) sowie der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf (Nachlaß Adenauer) herangezogen werden.

Die ausgewählten Dokumente ergänzen die bereits im Jahr 1989 publizierte Edition „Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951“. Sie sind nicht zuletzt deshalb für ein historisches Verständnis der Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland wichtig, weil Schriftstücke erstmals veröffentlicht werden können, die bisher als Verschlusssachen der Geheimhaltung unterworfen waren. Die VS-Bestände des PA/AA waren uneingeschränkt zugänglich. Kopien der vom Auswärtigen Amt deklassifizierten Schriftstücke werden im PA/AA vorgelegt (Bestand B 150).

Zur Dokumentation wesentlicher historischer Vorgänge wurden hin und wieder bereits an anderer Stelle veröffentlichte Schriftstücke von besonderer Bedeutung in die Auswahl aufgenommen.

### Dokumentenfolge

Die 175 edierten Dokumente sind chronologisch geordnet und mit laufenden Nummern versehen. Bei differierenden Datumsangaben auf einem Schriftstück, z.B. im Falle abweichender maschinenschriftlicher und handschriftlicher Datierung, ist in der Regel das früheste Datum maßgebend. Mehrere Dokumente mit demselben Datum sind, soweit möglich, nach der Uhrzeit eingeordnet. Erfolgt eine Datierung lediglich aufgrund sekundärer Hinweise (z.B. aus Begleitschreiben, beigelegten Vermerken usw.), wird dies in einer Fußnote ausgewiesen. Bei Aufzeichnungen über Gespräche oder Besprechungen ist das Datum des dokumentierten Vorgangs ausschlaggebend, nicht der Zeitpunkt der Niederschrift.

### Dokumentenkopf

Jedes Dokument beginnt mit einem halbfett gedruckten Dokumentenkopf, in dem wesentliche formale Angaben zusammengefaßt werden. Auf Dokumentennummer und -überschrift folgen in kleinerer Drucktype ergänzende Angaben, so rechts außen die Datumsangabe. Links außen wird, sofern vorhanden, das Geschäftszeichen des edierten Schriftstücks einschließlich des Geheimhaltungsgrads (zum Zeitpunkt der Entstehung) wiedergegeben. Das Geschäftszeichen, das Rückschlüsse auf den Geschäftsgang zuläßt und die Ermittlung zugehörigen Aktenmaterials ermöglicht, besteht in der Regel aus der Kurzbezeichnung der ausfertigenden Arbeitseinheit sowie aus weiteren Elementen wie dem inhaltlich definierten Aktenzeichen, der Tagebuchnummer einschließlich verkürzter Jahresangabe und gegebenenfalls dem Geheimhaltungsgrad. Bei Abweichungen von diesem Schema folgt die Angabe der jeweils auf dem Dokument vorgefundenen Eintragung. Dokumentennummer, verkürzte Überschrift und Datum finden sich auch im Kolumnentitel über dem Dokument.

Den Angaben im Dokumentenkopf, vor allem der Überschrift, läßt sich die Art des jeweiligen Dokuments entnehmen. Aufzeichnungen und Vermerke des internen Schriftverkehrs sind eine in der Edition besonders häufig vertretene Dokumentengruppe. Der Verfasser wird jeweils in der Überschrift benannt, auch dann, wenn er sich nur näherungsweise erschließen läßt. Letzteres wird in einer Fußnote vermerkt.

Breiteren Raum nehmen ferner Gesprächsaufzeichnungen und Besprechungsnotizen ein. Sie werden als solche in der Überschrift gekennzeichnet und chronologisch nach dem Gesprächs- oder Besprechungsdatum eingeordnet, während Verfasser und Datum der Niederschrift – sofern ermittelbar – in einer Anmerkung ausgewiesen sind.

Als wichtige Dokumentengruppe sind darüber hinaus Schreiben zu nennen, erkennbar jeweils an der Nennung von Absender und Empfänger. Dazu gehören insbesondere die Schreiben des Bundeskanzlers an die Alliierten Hohen Kommissare, die entweder an einen der Hohen Kommissare allein oder an den im monatlichen Wechsel amtierenden Geschäftsführenden Vorsitzenden der AHK gerichtet wurden. Ferner zählen dazu Schreiben der Verbindungsstelle zur AHK bzw. der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten an die im selben Rhythmus wechselnden Generalsekretäre der AHK sowie einige außenpolitisch bedeutsame Schreiben einzelner Bundesminister oder Bundestagsabgeordneter an den Bundeskanzler bzw. an ausländische Regierungsbeamte.

Eine weitere Gruppe von Dokumenten bildet der Schriftverkehr mit den seit Juni 1950 errichteten Generalkonsulaten im Ausland. Diese informierten in der Regel mit Schriftberichten, seltener auch mit fernschriftlich übermittelten Drahtberichten. Auch bei dieser Dokumentengruppe wird in der Überschrift der Verfasser genannt. Als Empfänger wird die Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten angegeben, sofern kein bestimmter Adressat erkennbar ist. Bei Schriftberichten werden, soweit vorhanden, im unteren Teil des Dokumentenkopfes links das Geschäftszeichen und die Nummer des Berichts, bei Drahtberichten ferner der Grad der Dringlichkeit angegeben. Rechts davon befinden sich Datum und gegebenenfalls Uhrzeit der Aufgabe bzw. der Ankunft, jeweils in Ortszeit. Ein Ausstellungsdatum wird nur dann angegeben, wenn es vom Datum der Aufgabe abweicht.

Die wenigen Dokumente, die sich keiner der beschriebenen Gruppen zuordnen lassen, sind aufgrund individueller Überschriften zu identifizieren.

Die Überschrift bei allen Dokumenten enthält die notwendigen Angaben zum Ausstellungs-, Absende- oder Empfangsort bzw. zum Ort des Gesprächs oder der Besprechung. Erfolgt keine besondere Ortsangabe, ist Bonn stillschweigend zu ergänzen. Hält sich der Verfasser oder Absender eines Dokuments nicht an seinem eigentlichen Dienstort auf, wird der Ortsangabe ein „z.Z.“ vorangesetzt.

Bei den edierten Schriftstücken handelt es sich in der Regel jeweils um die erste Ausfertigung oder – wie etwa bei den Drahtberichten – um eines von mehreren gleichrangig nebeneinander zirkulierenden Exemplaren. Statt einer Erstaufbereitung mußten hin und wieder ein Durchdruck, eine Abschrift oder eine Ablichtung herangezogen werden. Eine besondere Gruppe bilden einige Schreiben, deren Wortlaut nur in der handschriftlich korrigierten Fassung des

Konzepts vorliegt. Ein entsprechender Hinweis findet sich in einer Fußnote. In wenigen Fällen sind Entwürfe abgedruckt und entsprechend in den Überschriften kenntlich gemacht.

### Dokumententext

Unterhalb des Dokumentenkopfes folgt – in normaler Drucktype – der Text des jeweiligen Dokuments, einschließlich des Betreffs, der Anrede und der Unterschrift. Falls die Textvorlage eine inhaltlich substantielle Überschrift aufweist, wird diese mitabgedruckt. Die Dokumente werden in der Regel ungekürzt publiziert. Sofern in Ausnahmefällen Auszüge veröffentlicht werden, ist dies in einer Fußnote vermerkt. Textergänzungen der Bearbeiter stehen in eckigen Klammern.

Offensichtliche Schreib- und Interpunktionsfehler werden stillschweigend korrigiert. Eigentümliche Schreibweisen bleiben nach Möglichkeit erhalten; manchmal erwies sich jedoch eine Vereinheitlichung bzw. Modernisierung als sinnvoll. Dies trifft teilweise auch auf fremdsprachige Orts- und Personennamen zu, deren Schreibweise nach den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln wiedergegeben wird.

Selten vorkommende und ungebräuchliche Abkürzungen in der Textvorlage werden aufgelöst. Typische Abkürzungen von Institutionen, Parteien etc. werden allerdings übernommen. Hervorhebungen in der Textvorlage, also etwa maschinenschriftliche Unterstreichungen oder Sperrungen, werden – sofern sie nicht formaler Natur sind – kursiv wiedergegeben. Darüber hinaus dient der Kursivdruck dazu, bei Gesprächsaufzeichnungen die Sprecher voneinander abzuheben. Im äußeren Aufbau (Absätze, Zentrierungen usw.) folgt das Druckbild der Textvorlage, soweit dies unter Berücksichtigung der satztechnisch bedingten Gegebenheiten möglich ist.

Mit Ausnahme der dem Namen hinzugefügten Dienstbezeichnung, die der Überschrift eines Dokuments zu entnehmen ist, wird eine Unterschriftenformel vollständig wiedergegeben. Ein handschriftlicher Namenszug ist nicht besonders gekennzeichnet, eine Paraphe mit Unterschriftencharakter aufgelöst (mit Nachweis in einer Fußnote). Findet sich auf einem Schriftstück der Name zusätzlich maschinenschriftlich vermerkt, bleibt dies unerwähnt. Ein maschinenschriftlicher Name, dem ein „gez.“ vorangestellt ist, wird entsprechend übernommen; fehlt in der Textvorlage der Zusatz „gez.“, wird er in eckigen Klammern ergänzt.

Unter dem Dokumententext wird die jeweilige Fundstelle des Schriftstückes in halbfetter Schrifttype nachgewiesen. Bei Dokumenten aus dem PA/AA wird auf die Angabe des Archivs verzichtet und nur der jeweilige Bestand mit Bandnummer genannt. Dabei ist, soweit möglich, der aktuelle Stand der Verzeichnungsarbeiten im Politischen Archiv berücksichtigt. Dokumente aus VS-Beständen sind mit der Angabe „VS-Bd.“ versehen. Bei Dokumenten anderer Herkunft werden Archiv und Bestandsbezeichnung angegeben. Erst- bzw. Vorveröffentlichungen werden, soweit ermittelt, in einer gesonderten Fußnote ausgewiesen.

## Kommentierung

In Ergänzung zum Dokumentenkopf enthalten die Anmerkungen formale Hinweise und geben Auskunft über wesentliche Stationen im Geschäftsgang. Angaben technischer Art, wie Registraturvermerke oder standardisierte Verteiler, werden nur bei besonderer Bedeutung erfaßt. Wesentlich ist dagegen die Frage, welche Beachtung das jeweils edierte Dokument auf den verschiedenen Ebenen der für die auswärtigen Angelegenheiten zuständigen Arbeitseinheiten und der Leitungsebene im Bundeskanzleramt gefunden hat. Dies läßt sich an den Paraphen maßgeblicher Akteure sowie an den – überwiegend handschriftlichen – Weisungen, Bemerkungen oder auch Reaktionen in Form von Frage- oder Ausrufungszeichen ablesen, die auf dem Schriftstück selbst oder auf zugehörigen Begleitschreiben und -vermerken zu finden sind. Die diesbezüglichen Merkmale sowie damit in Verbindung stehende Hervorhebungen (Unterstreichungen oder Anstreichungen am Rand) werden in Anmerkungen nachgewiesen. Auf den Nachweis sonstiger An- oder Unterstreichungen wird verzichtet. Abkürzungen in handschriftlichen Passagen werden unter Kennzeichnung durch eckige Klammern aufgelöst.

In den im engeren Sinn textkritischen Anmerkungen werden nachträgliche Korrekturen oder textliche Änderungen des Verfassers und einzelner Adressaten festgehalten. Unwesentliche Textverbesserungen sind hiervon ausgenommen. Ferner wird auf einen systematischen Vergleich der Dokumente mit Entwürfen ebenso verzichtet wie auf den Nachweis der in der Praxis üblichen Einarbeitung von Textpassagen in eine spätere Aufzeichnung.

Die Kommentierung soll den historischen Zusammenhang der edierten Dokumente in ihrer zeitlichen und inhaltlichen Abfolge sichtbar machen, weiteres Aktenmaterial und anderweitiges Schriftgut nachweisen, das unmittelbar oder mittelbar angesprochen wird, sowie Ereignisse oder Sachverhalte näher erläutern, die dem heutigen Wissens- und Erfahrungshorizont ferner liegen und aus dem Textzusammenhang heraus nicht oder nicht hinlänglich zu verstehen sind. Das Auffinden von Dokumenten zu einem bestimmten thematischen Schwerpunkt ist mit Hilfe des Sachregisters möglich.

Besonderer Wert wird bei der Kommentierung darauf gelegt, die Dokumente durch Bezugsstücke aus der zugehörigen Aktenüberlieferung oder gegebenenfalls bereits vorliegenden Editionen und Dokumentationen zu erläutern. Zitate und inhaltliche Wiedergaben sollen die Entscheidungsprozesse erhellen. Dadurch werden sowohl Vorarbeiten für eine vertiefende Erschließung der Bestände des PA/AA geleistet als auch Hinweise auf weiterführende Materialien in anderen Archiven und Quellenpublikationen gegeben.

Findet in einem Dokument veröffentlichtes Schriftgut Erwähnung – etwa Abkommen, Gesetze, Reden oder Presseberichte –, so wird die Fundstelle in einer Anmerkung nach Möglichkeit genauer spezifiziert. Auszüge aus den Bezugsstücken oder inhaltliche Zusammenfassungen sollen zum Verständnis der Dokumente beitragen. Bei Anmerkungen oder Anmerkungsteilen, deren Zweck die knappe Erläuterung eines Sachverhalts oder Ereignisses ist, erfolgen keine systematischen Hinweise auf archivalische oder veröffentlichte Quellen. Sekundärliteratur wird generell nicht in die Kommentierung aufgenommen.

Angaben wie Dienstbezeichnung, Dienststellung, Funktion, Dienstbehörde und Nationalität dienen der eindeutigen Identifizierung der in der Kommentierung vorkommenden Personen. Die genannten Merkmale werden dabei erforderlichenfalls in Kombination oder auch im Wechsel dem Namen hinzugefügt. Bei Bundesministern erfolgt ein Hinweis zum jeweiligen Ressort nur im Personenregister. Eine im Dokumententext lediglich mit ihrer Funktion genannte Person wird nach Möglichkeit in einer Anmerkung namentlich nachgewiesen. Davon ausgenommen sind der jeweilige Bundespräsident und der Bundeskanzler.

Die Bezeichnung einzelner Staaten wird so gewählt, daß Verwechslungen ausgeschlossen sind. Als Kurzform für die Deutsche Demokratische Republik kommen in den Dokumenten die Begriffe „SBZ“ oder „DDR“ vor und werden so wiedergegeben. Der in der Forschung üblichen Praxis folgend, wird jedoch in der Kommentierung und in den Regesten der Begriff DDR verwendet. Das Adjektiv „deutsch“ findet nur bei gesamtdeutschen Belangen oder dann Verwendung, wenn eine eindeutige Zuordnung gegeben ist. Der westliche Teil von Berlin wird als Berlin (West), der östliche Teil der Stadt als Ost-Berlin bezeichnet. Im übrigen orientiert sich die Edition bei der Benutzung geographisch-politischer Begriffe an der Sprache der Quellen.

Für häufig benutzte Publikationen wie Editionen, Geschichtskalender und Memoiren werden Kurztitel oder Kurzformen eingeführt, die sich über ein entsprechendes Verzeichnis auflösen lassen. Der Platzersparnis dienen ebenfalls die Rückverweise auf bereits an anderer Stelle ausgeführte Anmerkungen.

Wie bei der Wiedergabe der Dokumente finden auch in den Anmerkungen die im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln für die Transkription fremdsprachlicher Namen und Begriffe Anwendung. Bei Literaturangaben in russischer Sprache wird die im wissenschaftlichen Bereich übliche Transliteration durchgeführt.

## Verzeichnisse

Das *Dokumentenverzeichnis* ist chronologisch angelegt. Es bietet zu jedem Dokument folgende Angaben: Die halbfett gedruckte Dokumentennummer, Datum und Überschrift, die Fundseite sowie eine inhaltliche Übersicht in Form eines Regests. Um die Einheitlichkeit der Regesten in ihrem notwendigerweise verkürzenden Charakter zu wahren, steht bei der Zusammenfassung des Dokumenteninhalts nicht die Aufzählung aller angesprochenen Themen im Vordergrund, sondern die Aufmerksamkeit gilt wesentlichen Schwerpunkten oder neuen Entwicklungen. Die Regesten können und sollen lediglich einer ersten Orientierung dienen. Hinsichtlich ihrer formalen Gestaltung wird auf die vorangehenden Ausführungen zur Kommentierung verwiesen.

Das *Literaturverzeichnis* enthält nur solche Publikationen, die häufig zur Kommentierung herangezogen und mit Kurztiteln oder Kurzformen versehen wurden. Diese sind alphabetisch geordnet und werden unter Angabe der notwendigen bibliographischen Daten aufgelöst.

Das *Abkürzungsverzeichnis* führt – mit Ausnahme der erwähnten Kurzformen – die im Dokumententeil vorkommenden Abkürzungen auf, es sei denn, sie

sind so gebräuchlich, daß sich eine Auflösung erübrigt. Nicht aufgenommen werden Abkürzungen, die in einer Fußnote erläutert sind.

## Register

Im *Personenregister* werden in der Edition vorkommende Personen unter Nennung derjenigen politischen, dienstlichen oder beruflichen Funktionen aufgeführt, die im inhaltlichen Zusammenhang der Dokumente wesentlich sind. In der Regel wird nur die maßgebliche Funktion in den Jahren 1949 und 1950 angegeben. Zu den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen deutschen Funktionsbezeichnungen für ausländische Diplomaten werden in Einzelfällen die entsprechenden Termini in der jeweiligen Landessprache in Klammern hinzugefügt. Steht ein Dokument in seiner Gesamtheit in Beziehung zu einer Person, so wird im Register statt der betreffenden Seitenzahlen die halbfett gedruckte Dokumentennummer ausgeworfen.

Das *Sachregister* ermöglicht einen thematisch differenzierten Zugriff auf die Dokumente. Auch hier wird in den Fällen, in denen sich ein Schlagwort auf ein Dokument in seiner Gesamtheit bezieht, die halbfett gedruckte Dokumentennummer anstelle von Seitenzahlen aufgeführt.

Die *Organisationspläne* vom 1. Juni und vom 1. Oktober 1950 zeigen die Struktur der im Bundeskanzleramt mit den auswärtigen Angelegenheiten befaßten Arbeitsgruppen bzw. der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten und orientieren über die Namen der Leiter der jeweiligen Arbeitseinheiten.

## **Verzeichnisse**





# Dokumentenverzeichnis

- |   |   |      |
|---|---|------|
| 1 | 21.09. Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer gegenüber den Alliierten Hohen Kommissaren   | S. 3 |
|   | <p>Anläßlich des Antrittsbesuchs bei der Alliierten Hohen Kommission auf dem Petersberg bei Bonn erläutert der Bundeskanzler den Hohen Kommissaren François-Poncet (Frankreich), McCloy (USA) und Robertson (Großbritannien) Grundlinien seiner Politik. Er hebt die Folgen des Zweiten Weltkriegs hervor und dankt für die Nahrungsmittelhilfe der drei Westmächte. Hinsichtlich des Besatzungsstatuts drückt er die Hoffnung auf eine großzügige Anwendung aus. Als erste Aufgabe der Bundesregierung nennt er eine Lösung der sich aus dem „Triebssand der Millionen von Flüchtlingen“ ergebenden sozialen Probleme und bittet um entsprechende Unterstützung. Zur Neuordnung Europas befürwortet er neue Wege mit dem Ziel einer europäischen Föderation, regt eine enge Wirtschaftskooperation an und erklärt sich zur eigenverantwortlichen Mitwirkung der Bundesrepublik in der OEEC bereit. Ferner schlägt er vor, die Einseitigkeit der bestehenden Kontrollregelungen für das Ruhrgebiet aufzuheben und die Basis für eine auch andere europäische Staaten einschließende Ordnung zu schaffen. Die enge Nationalstaatsidee müsse als überwunden gelten.</p> |      |
| 2 | 25.10. Bundeskanzler Adenauer an Generalsekretär Marjolin, OEEC   | S. 6 |
|   | <p>Adenauer teilt gemäß Kabinettsbeschuß vom 4. Oktober 1949 mit, daß die Bundesregierung die bisher von den drei Westmächten wahrgenommene Vertretung der Bundesrepublik bei der OEEC in Paris selbst übernehmen wolle. Er erklärt die Bereitschaft, die damit verbundenen Verpflichtungen vollständig zu erfüllen, und betont die Entschlossenheit der Bundesregierung, die Organisation nach besten Kräften zu unterstützen.</p>   |      |
| 3 | 25.10. Bundesminister Erhard an Bundeskanzler Adenauer  | S. 8 |
|   | <p>Erhard begründet die Notwendigkeit, die Alliierte Hohe Kommission zur Übertragung der Zuständigkeit für Handelsvertragsverhandlungen auf die Bundesregierung zu bewegen. Da es entgegen anderslautender Ankündigungen bei den laufenden Verhandlungen sogar zu Verschlechterungen gegenüber dem bisherigen Verfahren gekommen sei, müsse ein „sofortiger Protest“ eingelegt werden. Dieser solle zugleich genutzt werden, um eine grundsätzliche Neuregelung zu erreichen. Dabei sei auf das Besatzungsstatut, die Bedeutung des Außenhandels für die Wirtschaftspolitik und die Befugnisse, die die DDR seit ihrer Gründung am 7. Oktober 1949 von der Sowjetischen Militäradministration erhalten habe, hinzuweisen. Der Bundesminister hält „ernste Vorhaltungen“ gegenüber der AHK für unverzichtbar.</p>  |      |

- 4      26.10. Bundeskanzler Adenauer an den Geschäftsführenden      S. 10  
         Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission, McCloy
- Der Bundeskanzler bekräftigt den in der Regierungserklärung vom 21. Oktober 1949 verkündeten Standpunkt, daß die Bundesrepublik die „alleinige legitimierte staatliche Organisation des deutschen Volkes“ und damit die „ausschließliche Trägerin der Rechte des früheren Deutschen Reiches“ sei. Sie erhebe daher einen Rechtsanspruch auf das im Ausland befindliche Reichsvermögen für den Fall der Freigabe.
- 5      01.11. Bundeskanzler Adenauer an den Geschäftsführenden      S. 11  
         Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission,  
         Robertson
- Adenauer nimmt Bezug auf die Verhandlungen mit der Alliierten Hohen Kommission über die Demontagen von Industrieanlagen in der Bundesrepublik, bei denen der Zusammenhang mit den Sicherheitsinteressen der drei Westmächte betont worden sei. Er erklärt, daß die Bundesregierung in jeder Institution, die der Kontrolle eines „etwaigen Kriegspotentials Deutschlands“ diene, mitwirken wolle. Zur weiteren Erörterung schlägt er die Bildung eines gemeinsamen Ausschusses vor und bittet, die Demontagen bis zum Abschluß der Beratungen auszusetzen oder zu verlangsamen.
- 6      01.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Blankenhorn      S. 13
- Blankenhorn berichtet über ein Gespräch mit dem französischen Stellvertretenden Hohen Kommissar. Bérard empfahl, von der Errichtung eines Auswärtigen Amts vorerst abzusehen, weil besonders die französische Öffentlichkeit „geradezu ängstlich“ auf eine genaue Einhaltung des Besatzungsstatuts achte. Die Bundesrepublik möge den Beitritt zu internationalen Abkommen und Organisationen anstreben und sich von der „Geschäftigkeit“ des Außenministers der DDR, Dertinger, nicht irritieren lassen. Die Bildung eines kleinen Mitarbeiterstabs zur Unterstützung des Bundeskanzlers Adenauer müsse zunächst ausreichen.
- 7      07.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Blankenhorn      S. 14
- Blankenhorn faßt ein Gespräch mit dem französischen Stellvertretenden Hohen Kommissar zusammen. Bérard erklärte, daß das Interview des Bundeskanzlers Adenauer mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 3. November 1949 französischerseits „auf das lebhafteste begrüßt“ werde. Zu den Ausführungen von Blankenhorn hinsichtlich der Demontagen und der Sicherheitsfrage erläuterte er, daß ein Aussetzen der Demontagen unmöglich sei und ein Beitritt der Bundesrepublik zum Ruhrstatut vom 28. April 1949 nicht als Gegenleistung für Konzessionen der drei Westmächte erscheinen dürfe. Zur Frage einer Kooperation mit dem Militärischen Sicherheitsamt und der von Adenauer angeregten französischen Beteiligung an Firmen in der Bundesrepublik erbat er nähere Informatio-

nen. Abschließend betonte Bérard, daß in Frankreich die Voraussetzungen für eine Verständigung mit der Bundesrepublik wegen „vieler nationalistischer Tendenzen“ nur schrittweise geschaffen werden könnten.

- 8      07.11. Aide-mémoire des Bundeskanzlers Adenauer S. 16

Der Bundeskanzler betont, daß die Problematik der deutsch-französischen Beziehungen vor allem psychologischer Natur sei. Zur Präzisierung seines Schreibens vom 1. November 1949 an den Geschäftsführenden Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission, Robertson, erklärt Adenauer die Bereitschaft, folgende Themen mit der AHK zu erörtern: Beitritt zum Ruhrstatut vom 28. April 1949; Zusammenarbeit mit dem Militärischen Sicherheitsamt; „Beteiligung ausländischen Kapitals an deutschen Werken“; baldige Einbeziehung der Bundesrepublik in die Wirtschaftsverhandlungen zwischen Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden; völkerrechtliche Beendigung des Kriegszustands. Mit Rücksicht auf die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik bittet Adenauer, zuvor eine Verlangsamung laufender sowie einen Verzicht auf den Beginn neuer Demontagen zu verkünden.

- 9      13.11. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Außenminister Acheson S. 18

Adenauer erläutert die besondere Situation Deutschlands und dankt für die politische und wirtschaftliche Hilfe der USA. Er äußert sich besorgt über die Möglichkeit eines Rückzugs der sowjetischen Truppen aus der DDR, weil sich dahinter das Kalkül verberge, den Machtbereich mittels SED und Volkspolizei nach Westen ausdehnen zu können. Ein Abzug der amerikanischen Truppen aus der Bundesrepublik sei deshalb höchst unerwünscht, da letztere dann dem „Zugriff der Sowjets“ offenstünde. Acheson hebt die positive Entwicklung der Bundesrepublik hervor, die „sicherlich mit in erster Linie“ auf die Politik des Bundeskanzlers zurückzuführen sei. Er hält jedoch eine Mäßigung der von den Bundestagsparteien geübten Kritik an den Besatzungsmächten für dringlich, um das Wohlwollen der amerikanischen Öffentlichkeit zu erhalten. Hinsichtlich der Bitte um eine völkerrechtliche Beendigung des Kriegszustands weist er auf die damit verbundenen Rechtsfolgen hin, durch die die Politik gegenüber Deutschland erschwert werden würde.

- 10     14.11. Bundesminister Niklas an Abteilungsleiter Andrews, amerikanisches Landwirtschaftsministerium S. 22

Niklas bittet, den Antrag der Bundesrepublik zur Aufnahme in den Internationalen Weizenrat auf der für den 15. Dezember 1949 geplanten Ratstagung zu unterstützen. Nach Informationen aus dem amerikanischen Hochkommissariat sei auf der Sitzung vom 2. bis 4. November 1949 in London die Entscheidung nur deshalb vertagt worden, weil gleichzeitig das japanische Beitritts-gesuch zur Verabschiedung angestanden habe.

Eine erneute Vertagung würde nachteilige Folgen für die Brotversorgung in der Bundesrepublik haben, vor allem aber innenpolitisch einen „unangenehmen Eindruck“ machen.

- |    |  |       |
|----|--|-------|
| 11 | 28.11. Aufzeichnung des Staatsrats Haas  | S. 24 |
|    | <p>Haas berichtet über ein Gespräch mit einem Mitarbeiter des amerikanischen Hochkommissariats. Ancrum sicherte Unterstützung bei der Errichtung von konsularisch-wirtschaftlichen Vertretungen im Ausland zu. Die Paßangelegenheiten sollten bis zum 31. März 1950 in die Zuständigkeit der Bundesrepublik übergeben werden.</p>  |       |
| 12 | 30.11. Bundeskanzler Adenauer an den Geschäftsführenden Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission, Robertson  | S. 25 |
|    | <p>Adenauer beantragt unter Berufung auf das Petersberger Abkommen vom 22. November 1949 den Beitritt der Bundesrepublik zur Internationalen Ruhrbehörde.</p>  |       |
| 13 | 02.12. Botschaftsrat a.D. Theodor Kordt an Ministerialdirigent Blankenhorn   | S. 26 |
|    | <p>Kordt unterbreitet ein gemeinsam mit dem Professor für Völkerrecht, Kaufmann, verfaßtes und von Bundeskanzler Adenauer erbetenes Gutachten über die Möglichkeit einer Beendigung des völkerrechtlich noch bestehenden Kriegszustands mit den ehemaligen Kriegsgegnern des Deutschen Reiches – und zwar ohne Abschluß eines Friedensvertrags. Dabei sei zu unterscheiden zwischen den Staaten, die ihre Beziehungen zum Deutschen Reich lediglich abgebrochen hätten, den Staaten, mit denen noch ungeklärte politische Fragen bestünden, und den Besatzungsmächten. Der Kriegszustand müsse so „ausgehöhlt“ werden, daß eine „Scheidewand zum Friedenszustand hin nur noch begrifflich“ bestehe. Zur Erreichung eines solchen „asymptotischen Friedenszustandes“ sei es notwendig, daß die Alliierten in einer Erklärung die deutschen Staatsangehörigen nicht mehr als „alien enemies“ betrachteten. Ebenso sollten die vor dem Zweiten Weltkrieg bestehenden bilateralen Verträge wieder in Kraft gesetzt und Kriegsgefangene und Kriegsverbrecher weitestgehend amnestiert werden.</p> |       |
| 14 | 08.12. Bundesminister Erhard an Bundeskanzler Adenauer   | S. 33 |
|    | <p>In Beantwortung einer Anfrage des Bundeskanzlers Adenauer erläutert Erhard das Verfahren zur Vorbereitung von Handelsvertragsverhandlungen sowie die zur Abstimmung zwischen den beteiligten Bundesministerien getroffenen Regelungen. Aus Anlaß der bevorstehenden Verhandlungen stellt er fest, daß die Eignung der vorgesehenen Delegationsleiter „ausschließlich von dem jeweils verantwortlichen Ressortminister“ beurteilt werden könne. Außerdem betont er seine persönliche Verantwortung für Inhalt und Durchführung der Verträge. Erhard versichert, daß die Unterrichtung über die Ver-</p>  |       |

handlungen sowohl innerhalb des Bundesministeriums für Wirtschaft als auch zwischen den Ressorts gewährleistet sei. Abschließend weist er darauf hin, daß seine „bisher unbestrittene und unerschütterte Autorität“ durch Anfragen wie die des Bundeskanzlers beeinträchtigt werden könnte.

- 15      09.12. Bundeskanzler Adenauer an den Geschäftsführenden Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission, François-Poncet S. 37

Adenauer nimmt die von der Alliierten Hohen Kommission übermittelte Einladung der Vorläufigen Kommission für die Internationale Handelsorganisation in Genf zu Zollverhandlungen ab dem 28. September 1950 an. Er bedauert, die erbetenen Listen, insbesondere die mit den von der Bundesregierung gewünschten Zollvergünstigungen, bis zum 15. Januar 1950 nicht vorlegen zu können. Die infolge von Kriegseinwirkungen verlorenen Unterlagen ließen sich bis dahin nicht ersetzen.

- 16      15.12. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy S. 39

McCloy betont die Notwendigkeit einer „geistigen Umerziehung des deutschen Volkes“ und erklärt die Bereitschaft der USA, neben dem bereits bewilligten Betrag von einer Million Dollar weitere 50 Millionen DM zur Durchführung eines Unterstützungsprogramms – besonders für Universitäten und Schulen – bereitzustellen. Er berichtet, daß die Zustände in den Durchgangslagern für die aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft Heimkehrenden einen deprimierenden Eindruck machten. Auf den Wunsch des Bundeskanzlers nach einem stärkeren Engagement privater Investoren in der Bundesrepublik eingehend, erläutert McCloy das Interesse der in Frage kommenden Staaten an einer bevorzugten Behandlung ihrer jeweiligen Gläubiger im Ausland. Ein Fortschritt sei die erzielte Einigung, daß alle Gläubiger Deutschlands bei einer Regelung der Auslandsschulden gleich behandelt würden. Als ungünstig erwiesen sich jedoch Berichte über das Wiedererwachen einer „nationalsozialistischen Geisteshaltung“ in der Bundesrepublik.

- 17      20.12. Aufzeichnung des Staatsrats Haas S. 41

Haas faßt seinen Vortrag beim Bundeskanzler vom Vortrag über die zukünftige Errichtung von konsularisch-wirtschaftlichen Vertretungen im Ausland zusammen. Adenauer wünschte, daß die Vertretungen von vornherein auch politische Aufgaben wahrnehmen sollten und alle Vorbereitungen auch hinsichtlich des Paßwesens und der Verwendung eines Geheimchiffres so getroffen würden, als ob die Befugnisse für die Bundesrepublik auf diesem Gebiet gegeben seien. Haas machte darauf aufmerksam, daß es genauer Kenntnisse über die Lage des „reichseigenen Gebäude- und Grundbesitzes im Ausland“ bedürfe. Bis zur Errichtung der ersten Vertretung solle eine

arbeitsfähige Zentralbehörde eingerichtet werden, die der Bundeskanzler als Koordinierungsbehörde bezeichnete. Zurückhaltung sollte in der Berufung von unerprobten Kräften zu Beamten auf Lebenszeit geübt werden. Soweit notwendig, könne auf „bewährte und politisch einwandfreie Kräfte des ehemaligen auswärtigen Dienstes“ zurückgegriffen werden. Haas wies daraufhin, daß die Wirtschaftsabteilungen mit ausreichenden Kompetenzen versehen werden müßten und das Bundesministerium für Wirtschaft die „Zuständigkeit des Außen-Ressorts auf dem Gebiet der Außenhandelspolitik“ anerkenne.

- |    |        |  |       |
|----|--------|--|-------|
| 18 | 20.12. | Bundeskanzler Adenauer an den Geschäftsführenden Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission, François-Poncet   | S. 45 |
|    |        | Adenauer bittet darum, die Bundesregierung vor Erlass von Gesetzen und Verordnungen durch die Alliierte Hohe Kommission über deren Inhalt rechtzeitig zu unterrichten. Somit könnten die zuständigen Bundesministerien Anregungen geben, die „den besonderen deutschen Verhältnissen“ Rechnung trügen.   |       |
| 19 | 20.12. | Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Herwarth von Bittenfeld   | S. 46 |
|    |        | Herwarth teilt mit, der Leiter der schwedischen Mission bei der Alliierten Hohen Kommission, Eng, habe die Errichtung einer Vertretung der Bundesrepublik in Stockholm für zweckmäßig erachtet.  |       |
| 20 | 03.12. | Aufzeichnung des Gesandten I. Klasse a. D. Erich Kordt   | S. 47 |
|    |        | Kordt informiert über Gespräche mit Angehörigen des italienischen Außenministeriums in Rom. Ihm sei versichert worden, daß Außenminister Graf Sforza und insbesondere Staatspräsident Einaudi eine „möglichst baldige und vollständige Einschaltung“ der Bundesrepublik in die Bemühungen um eine Neuordnung Europas wünschten. Auch eine Beteiligung an den Wirtschaftsverhandlungen zwischen Frankreich, Italien, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg sei befürwortet worden. Abschließend stellt Kordt fest, daß die Mehrheit der Diplomaten, die sich im Herbst 1943 für die Regierung Mussolini in Salò und nicht für die Regierung Badoglio in Brindisi entschieden hätten und daher nach Kriegsende entlassen worden seien, mittlerweile wieder Dienst tue. |       |
| 21 | 03.01  | Aufzeichnung des Gesandten I. Klasse a. D. Erich Kordt   | S. 49 |
|    |        | Aus einem Gespräch mit dem stellvertretenden Abteilungsleiter im italienischen Außenministerium, Spinelli, berichtet Kordt über Erwägungen, die Leitung der Kulturinstitute in Italien wieder in deutsche Verantwortung zu übergeben. Das Vorhaben, diese Einrichtungen einer internationalen Verwaltung im Rahmen der UNESCO zu unterstellen, sei nicht zuletzt deshalb aufgegeben worden, weil Italien betont habe, daß  |       |

die Institute „nur unter deutscher Leitung ihre Bestimmung erfüllen“. Spinelli habe jedoch die Vermutung geäußert, daß Großbritannien und Frankreich eine Zustimmung mit dem Versuch verbinden könnten, die ehemaligen deutschen Botschaftsgebäude in Rom in ihren Besitz zu bringen.

**22**      05.01.    **Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Blankenhorn**      **S. 51**

Blankenhorn faßt die Ergebnisse eines Gesprächs des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Hohen Kommissar zusammen. McCloy bestätigte, daß mit einer Verpachtung der Kohlebergwerke im Saargebiet für 50 Jahre an Frankreich gerechnet werden müsse. Er wünsche ferner Konsultationen über die Gesetzgebung für Beamte, die in den USA als Zeichen dafür angesehen werde, ob die Bundesregierung liberale oder reaktionäre Ziele verfolge. Dabei gehe es weniger um die „Nazieinflüsse“, sondern vielmehr darum, den „Bismarckschen Charakter“ der früheren Gesetzgebung zu beseitigen. Bedenken äußerte McCloy auch gegen Einschränkungen der Gewerbebefreiheit durch die Zulassungsbestimmungen der Handwerksverbände. Besonders besorgt zeigte er sich darüber hinaus wegen der Kritik des Präsidenten der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Niemöller, und des Vorsitzenden des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Dibelius, an der Politik der Bundesregierung. Die in der amerikanischen Presse geäußerte Kritik an seiner Person nehme er nicht tragisch.

**23**      06.01.    **Bundeskanzler Adenauer an den Abgeordneten Henle**      **S. 54**

Der Bundeskanzler berichtet über die Mitteilung des belgischen Verkehrsministers Segers, daß Belgien bereit sei, die Frage des Grenzverlaufs mit der Bundesrepublik „in freundschaftlicher Weise“ zu lösen. So könnte in den seit 23. April 1949 belgischer Hoheit unterstellten Gebieten eine Volksabstimmung über die Zugehörigkeit abgehalten werden. Für weitere von Belgien beanspruchte Gebiete sei ein Verzicht denkbar, wenn die Bundesrepublik bereit wäre, in angemessenem Umfang „gewisse Entschädigungen in wirtschaftlicher Form“ zu leisten. Adenauer bittet Henle, zu informellen Sondierungen nach Brüssel zu reisen.

**24**      06.01.    **Ministerialdirigent Blankenhorn an den niedersächsischen Finanzminister Strickrodt**      **S. 56**

Blankenhorn betont, daß der personellen Besetzung der geplanten konsularisch-wirtschaftlichen Vertretungen im Ausland besondere Aufmerksamkeit gewidmet werde. Es kämen dafür weder Personen in Frage, die bereits in den betreffenden Staaten tätig gewesen seien, noch solche, die derzeit dort als Emigranten lebten. Bei der Auswahl werde sichergestellt, daß die Ernannten die Interessen der Bundesrepublik in gebührender Weise vertreten würden.

- 25**      15.01.    Aufzeichnung des Bundeskanzlers Adenauer S. 57
- Adenauer faßt ein Gespräch mit dem französischen Außenminister zusammen. Er selbst schilderte zunächst die öffentliche Kritik, die die beabsichtigten französisch-saarländischen Abkommen wegen der darin vorgesehenen Autonomie des Saargebiets und der Verpachtung der Kohlebergwerke an Frankreich verursacht hätten. Er stellte fest, daß dadurch ein Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat gefährdet werde. Ferner betonte er die Rechtslage, nach der eine Änderung der deutschen Grenzen nur in einem Friedensvertrag möglich sei und die Saargruben als Besitz der Bundesrepublik in der Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches angesehen werden müßten. Schuman bestätigte zwar den Friedensvertragsvorbehalt, wies jedoch auch darauf hin, daß der Sonderstatus des Saargebiets von den drei Westmächten gebilligt sei und die geplanten Regelungen auf saarländische Initiative zurückgingen. Auf die Anregung von Adenauer, die Bundesrepublik an den Verhandlungen zu beteiligen, reagierte er mit der Feststellung, die Bundesregierung werde bei der Diskussion der Vertragsentwürfe noch Stellung nehmen können. Die Veröffentlichung eines Kommuniqués über das Gespräch lehnte er ab. Abschließend sprach Adenauer den Wunsch nach einer Sicherheitserklärung der Drei Mächte für die Bundesrepublik aus.
- 
- 26**      16.01.    Bundeskanzler Adenauer an den Geschäftsführenden S. 62  
Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission,  
Robertson
- Gemäß der EntschlieÙung des Bundestags vom 1. Dezember 1949 ersucht Adenauer darum, der nach der Besetzung Helgolands durch britische Truppen im Mai 1945 ausgewiesenen Bevölkerung die Rückkehr zu erlauben. Er weist darauf hin, daß die teilweise Sprengung der Insel im April 1947 und die seit herige Nutzung als Übungsziel für die britischen Luftstreitkräfte völkerrechtlich nicht gedeckt seien. Ferner sei viereinhalb Jahre nach Kriegsende keine militärische Notwendigkeit für die Evakuierung Helgolands mehr gegeben.
- 
- 27**      19.01.    Bundeskanzler Adenauer an den amerikanischen S. 64  
Hohen Kommissar McCloy
- Der Bundeskanzler bekräftigt den Willen, sich für die Schaffung eines einheitlichen europäischen Wirtschaftsgebiets und eine Liberalisierung des Handelsverkehrs einzusetzen. Er erläutert die geplanten Maßnahmen, um den Export in den Dollar-Raum zu erweitern, weist jedoch zugleich auf die Notwendigkeit hin, die amerikanische „Schutzzollmauer“ weiter abzubauen. Ferner hebt er die Bemühungen für eine Steigerung der industriellen sowie der landwirtschaftlichen Produktion der Bundesrepublik hervor und bittet dafür um finanzielle Unterstützung. Weitere Kapitalhilfe hält Adenauer für das Programm zur Errichtung von 250 000 Wohnungen im Jahr 1950



für notwendig. Schließlich sagt er eine nachdrückliche Fortsetzung der Berlin-Hilfe und die Bereitschaft zu enger Zusammenarbeit mit der ECA-Sondermission zu.

- 28**      20.01.    Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Blankenhorn      S. 68
- Blankenhorn faßt Gespräche mit dem französischen Stellvertretenden Hohen Kommissar Bérard und dem Hohen Kommissar François-Poncet zusammen. Bérard machte die ihn an die „Goebbels'sche Pressepolemik“ erinnernde Berichterstattung in den Zeitungen der Bundesrepublik für die Verschlechterung der Beziehungen mit Frankreich verantwortlich und erklärte, der Besuch des französischen Außenministers vom 13. bis 16. Januar 1950 in der Bundesrepublik sei durch die Kritik in der Saarfrage negativ beeinflußt worden. Die geplanten Abkommen mit dem Saargebiet enthielten keine Beeinträchtigung deutscher Interessen. Daher sei die Reaktion der Bundesregierung „höchst unglücklich“, zumal die Verschiebung der Paraphierung des deutsch-französischen Handelsabkommens den „Charakter eines erpresserischen Druckmittels“ habe. Auch François-Poncet bemängelte die Haltung der Presse und vermutete eine Steuerung durch die Bundesregierung. Schuman könne die Saarpolitik nicht ändern, ohne seine Entlassung zu provozieren, die auch die Bundesregierung nicht wünschen könne. Blankenhorn hielt dem entgegen, daß der Bundestag bei einer einseitigen Lösung der Saarfrage einen Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat ablehnen könnte.
- 29**      23.01.    Besprechung mit dem Politischen Ausschuß der      S. 72  
Alliierten Hohen Kommission
- Staatsrat Haas erläutert die Planung für den Aufbau konsularisch-wirtschaftlicher Vertretungen im Ausland. Hinsichtlich der personellen Besetzung versichert er, daß in der Anfangsphase „nur Personen ohne jegliche Bindung zur ehemaligen NSDAP“ ausgewählt würden. Eventuelle Ausnahmen würden ebenso wie die gesamte Personalplanung der Alliierten Hohen Kommission zur Stellungnahme vorgelegt. Der Abteilungsleiter im britischen Hochkommissariat, O'Neill, übermittelt das Einverständnis der AHK, daß die geplanten Konsulate alle regulären Funktionen ausüben sollten, sofern sie nicht als diplomatische Vertretungen agierten. Auch müsse das deutsche Auslandsvermögen außerhalb ihrer Zuständigkeit bleiben. Er nennt ferner die Standorte, für die Zulassungsanträge der Bundesregierung von der AHK „günstig aufgenommen“ werden würden. Auf die Frage, warum die Schweiz unberücksichtigt geblieben sei, betont er den vorläufigen Charakter der Vorschläge.
- 30**      27.01.    Bundesminister Erhard an Bundeskanzler Adenauer      S. 75
- Erhard bittet um Aufklärung über Pressemeldungen, wonach Adenauer der „Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland“ am 25. November 1949 erklärt habe, die Bundesrepublik wolle Israel Waren im Wert von 10 Millionen DM als erstes Zeichen für die Notwendigkeit einer Wiedergutmachung lie-

fern. Inzwischen lägen bereits mehrere Exportanträge vor, die sich darauf beriefen. Es müsse deshalb entschieden werden, ob solche Lieferungen ohne jeden Gegenwert oder zu Lasten des von der „Jewish Restitution Successor Organization“ (JRSO) verwalteten Guthabens erfolgen sollten. Für die Bundesrepublik wäre es vorteilhaft, wenn die Bezahlung je zur Hälfte aus dem JRSO-Konto bzw. in freien Dollar erfolgen würde. Bei diesem Vorschlag sei jedoch in Israel eine „erhebliche Verstimmung“ zu erwarten.

**31      28.01. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Blankenhorn      S. 77**

Blankenhorn faßt Gespräche mit dem französischen Stellvertretenden Hohen Kommissar zusammen. Bérard erläuterte, daß die von Bundeskanzler Adenauer verfügte Verzögerung der Paraphierung des neuen Handelsabkommens zwischen der Bundesrepublik und Frankreich „in Paris außerordentlich verstimmt“ habe. Sollte das Abkommen nicht baldmöglichst paraphiert werden, wolle sich die französische Regierung an die OEEC in Paris wenden, ja sie wolle sogar – gemäß Mitteilung des Hohen Kommissars François-Poncet – die Verhandlungen abbrechen, wenn der Abschluß nicht binnen zwei Tagen erfolge. Zu den geplanten französisch-saarländischen Abkommen erklärte Bérard, es handele sich lediglich um eine Anpassung an die durch das Besatzungsstatut „im Gebiet der Bundesregierung veränderte Sachlage“. In einem nachträglichen Telefongespräch präzierte er, daß hinsichtlich der Kohlebergwerke an eine einstweilige Verpachtung an Frankreich gedacht werde, die nach der eventuellen Bestätigung in einem Friedensvertrag für 50 Jahre fort dauern solle.

**32      31.01. Aufzeichnung des Staatsrats Haas      S. 79**

Haas skizziert Aufbau und Aufgaben einer neu zu errichtenden Koordinierungsbehörde für den konsularisch-wirtschaftlichen Dienst, die mit Beginn des Haushaltsjahres 1950/51 am 1. April 1950 arbeitsfähig sein müsse. Er schlägt fünf Abteilungen vor: Eine Abteilung I solle als Personal- und Verwaltungsabteilung aus dem bisherigen Organisationsbüro für die konsularisch-wirtschaftlichen Vertretungen hervorgehen, eine Abteilung II mit unverändertem Aufgabengebiet von der bisherigen Verbindungsstelle zur Alliierten Hohen Kommission gebildet werden. Daneben sollten eine Konsularabteilung und eine Kulturabteilung treten. Schließlich werde eine Handelspolitische Abteilung gemäß einer Vereinbarung mit dem Bundesministerium für Wirtschaft durch Übernahme der mit außenwirtschaftlichen Fragen befaßten Beamten aus der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebiets in Frankfurt-Höchst entstehen. Besondere Bedeutung komme darüber hinaus dem Protokoll zu. Abschließend regt Haas an, bis zur Ernennung eines Staatssekretärs einen der Abteilungsleiter mit der Leitung der neuen Dienststelle zu beauftragen. Er plädiert „aus Gründen der Zweckmäßigkeit“ dafür, daß Ministerialdirigent Blankenhorn diese Aufgabe wahrnehmen solle.

- 33      02.02. Bundeskanzler Adenauer an den Geschäftsführenden Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission, McCloy      S. 82

Der Bundeskanzler sichert die Einhaltung der Handelsbeschränkungen gegenüber den Ostblock-Staaten zu, obwohl sie für die Bundesrepublik von besonderer Bedeutung seien. Er bittet jedoch um Gleichbehandlung mit den im Konsultationsausschuß in Paris vertretenen Staaten. Diese sei bisher nicht gegeben, weil die Bundesrepublik den amerikanischen Festlegungen hinsichtlich der mit Beschränkungen oder Verboten belegten Waren folgen müsse, während andere Staaten eine weniger umfangreiche Liste zugrunde legten. Auch die Handelsabkommen mit Ostblock-Staaten entsprächen den Wünschen der USA, während etwa in britischen Verträgen Waren aufgeführt seien, deren Export der Bundesrepublik verwehrt werde. Abschließend betont Adenauer, daß die Embargomaßnahmen für die Bundesrepublik außenwirtschaftliche Verluste von 150 bis 200 Millionen Dollar zuzüglich 40 bis 50 Millionen Dollar im Handel mit der DDR bedeuteten. Die Konsequenzen für die Wirtschaft in Berlin (West) könnten wahrscheinlich nur durch höhere Subventionen ausgeglichen werden.

- 34      06.02. Bundeskanzler Adenauer an den Geschäftsführenden Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission, McCloy      S. 85

Adenauer bittet darum, einen Antrag zur Aufnahme der Bundesrepublik in die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO (FAO) zu genehmigen. Er weist auf die gemäß Petersberger Abkommen vom 22. November 1949 vorgesehene Teilnahme an internationalen Organisationen und auf den „hohen Wert“ hin, den ein Beitritt zur FAO für die Landwirtschaft der Bundesrepublik hätte.

- 35      14.02. Aufzeichnung des Staatsrats Haas      S. 86

Haas schildert die Tätigkeit des Organisationsbüros für die konsularisch-wirtschaftlichen Vertretungen seit seiner Errichtung im November 1949. Einen Schwerpunkt bilde die Bearbeitung von Personalangelegenheiten: Anfang Dezember 1949 hätten bereits 7000 Bewerbungen vorgelegen. Daneben hätten die Voraussetzungen für die Errichtung der Vertretungen im Ausland geschaffen werden müssen. Dazu habe vor allem die Feststellung des Personalbedarfs und der finanziellen Ausstattung gehört. Weiterer Klärung bedürften noch die Rechtsgrundlagen bzw. die Befugnisse der Vertretungen und ihrer Mitarbeiter. „Außerordentlich stark“ sei darüber hinaus die Arbeitsbelastung des Organisationsbüros durch die Haushaltsfragen gewesen. Die Erstellung eines Haushaltsentwurfs für das kommende Rechnungsjahr gestalte sich erneut schwierig. Besonders dringlich sei es schließlich, 300 bis 350 Mitarbeiter für die Anfang April 1950 zu errichtende zentrale Dienststelle, die die Verbindungsstelle zur AHK, das Protokoll sowie den Sprachendienst umfassen solle, an einem Ort unterzubringen.

**36      22.02.   Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Blankenhorn      S. 91**

Blankenhorn gibt ein Gespräch mit dem französischen Hohen Kommissar wieder. François-Poncet erklärte, daß sich die Beziehungen zwischen der Bundesregierung und den Alliierten Hohen Kommissaren verschlechtert hätten. Als Gründe nannte er zunächst die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, insbesondere deren eigenmächtige Entscheidungen auf diesem Gebiet. Ferner verwies er auf die „äußerst unerfreulichen Reden“ der Bundesminister Dehler, Erhard, Kaiser und Storch. Dadurch sei die Frage aufgeworfen worden, warum der Bundeskanzler, „der sonst über so große Energien verfüge“, nicht für Disziplin Sorge. Unverständlich sei auch, daß das Bundeskabinett den Freispruch des wegen antisemitischer Äußerungen angeklagten Abgeordneten Hedler gebilligt habe. Die Verwaltungs- und Justizbehörden müßten dringend von „schädlichen Elementen“ gereinigt und ein Gesetz zum Schutz der Republik erlassen werden. Nur so sei das schwindende Ansehen der Bundesregierung im Ausland zu festigen.

**37      25.02.   Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Blankenhorn      S. 94**

Blankenhorn faßt eine Besprechung mit dem Allgemeinen Ausschuß der Alliierten Hohen Kommission vom Vortag zusammen. Staatssekretär Ritter von Lex, Bundesministerium des Innern, erläuterte die Tätigkeit des Zoll- und Grenzschutzes und wünschte eine Verstärkung um je 1300 Beamte in der britischen und in der französischen Besatzungszone. Ferner bat er darum, Polizei-Hundertschaften zur Unterstützung des Zollgrenzschutzes an der Demarkationslinie zur DDR und die Bildung eines der Bundesregierung unmittelbar unterstehenden Polizeikontingents für die Bundeshauptstadt zu genehmigen. Gegen diese Vorschläge wurden seitens der AHK keine Bedenken erhoben, sofern die Sicherheitskräfte nur dem äußeren Schutz des Bundesgebiets dienten. Eine Verwendung zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern wurde jedoch abgelehnt; der amerikanische Stellvertretende Hohe Kommissar verweigerte zudem jede Diskussion über eine entsprechende „bundespolizeiliche Organisation“. Hays hielt eine Vereinbarung mit Nordrhein-Westfalen über eine Aufstockung der örtlichen Polizeikräfte in Bonn für die „einzige praktische Lösung“, die äußerstenfalls ein einvernehmliches Weisungsrecht von Land und Bund in Notfällen umfassen könnte.

**38      07.03.   Vermerk des Oberlandesgerichtsrats Dittmann      S. 97**

Dittmann notiert eine Mitteilung des Referatsleiters im amerikanischen Hochkommissariat, Gufler. Dieser habe am 4. März 1950 erklärt, daß es zweckmäßig sei, das in den USA vorgesehene Generalkonsulat nicht in Washington, sondern in New York zu errichten. Er habe auf Nachfrage versichert, daß diese Information im Auftrag des amerikanischen Außenministeriums erfolge, und eine schriftliche Stellungnahme nachgereicht.

---

**39      18.03.   Aufzeichnung des Gesandtschaftsrats a.D. Weiz      S. 98**

Weiz faßt eine Ressortbesprechung im Bundeskanzleramt vom Vortag zusammen. Es bestand Einvernehmen, daß eine Friedensregelung vorerst nicht erreichbar sei. Daher müsse angestrebt werden, durch Vereinbarungen und Abkommen „schrittweise die Folgen des juristisch fortbestehenden Kriegszustandes aufzulockern“. Für das Vorgehen sei zu differenzieren zwischen den drei Westmächten, den übrigen ehemaligen Kriegsgegnern, den neutral gebliebenen Staaten sowie den ehemaligen Verbündeten Deutschlands im Zweiten Weltkrieg. Zur näheren Klärung wurden Ausarbeitungen u.a. zu folgenden Fragen vorgesehen: Identität der Bundesrepublik mit dem früheren Deutschen Reich, Behandlung der DDR hinsichtlich einer völkerrechtlichen Beendigung des Kriegszustands, Rechtsgrundlage für eine Fortdauer der Besetzung der Bundesrepublik. Weitere Fragen betrafen die Fortgeltung oder das Wiederauflösen vertraglicher Bindungen des Deutschen Reiches, die finanziellen Konsequenzen einer völkerrechtlichen Beendigung des Kriegszustands und das Problem des deutschen Auslandsvermögens. Es wurde vereinbart, entsprechende Stellungnahmen der Ressorts für ein Gesamtgutachten ausarbeiten zu lassen.

**40      21.03.   Aufzeichnung des Staatsrats Haas      S. 101**

Haas informiert über die Frage der Errichtung einer konsularisch-wirtschaftlichen Vertretung in der Schweiz. In der Besprechung mit dem Politischen Ausschuß der Alliierten Hohen Kommission am 23. Januar 1950 sei die Schweiz nicht unter den Staaten aufgeführt worden, in denen die Einrichtung einer Vertretung auf jeden Fall die Billigung der AHK finden würde. Als Grund sei das der Liquidation unterliegende deutsche Vermögen in der Schweiz angegeben worden. Am 17. März 1950 habe dann der Abteilungsleiter im amerikanischen Hochkommissariat, Gufler, bekräftigt, daß auch Konsulate in anderen als den genannten Staaten möglich seien; jedoch habe er hinsichtlich der Schweiz erneut auf das Problem des deutschen Vermögens verwiesen. Auch der Leiter der schweizerischen Mission bei der AHK, Huber, habe Bedenken geäußert, weil die Schweiz gegebenenfalls „ähnliche Wünsche der ostzonalen Stellen“ kaum würde ablehnen können. Statt dessen habe er vorgeschlagen, in der Schweiz zunächst eine Handelsvertretung zu errichten. Haas befürwortet ein solches Vorgehen als möglichen Ansatzpunkt für eine spätere Erweiterung „nach der konsularischen Seite hin“.

**41      21.03.   Aufzeichnung des Bundeskanzlers Adenauer      S. 104**

Der Bundeskanzler notiert Gedanken für ein zweites Interview mit dem amerikanischen Journalisten Kingsbury-Smith. Er stellt fest, daß sein im ersten Interview am 7. März 1950 vorgeschlagener Vorschlag einer „Union Frankreich-Deutschland“

weitgehend mit Zurückhaltung aufgenommen worden sei. Seine Anregung, so Adenauer weiter, sei aus der Überzeugung entstanden, daß eine Fortführung der bisherigen Politik angesichts des Gegensatzes zwischen den USA und der UdSSR eine Katastrophe herbeiführen könnte. Ein wirklicher Frieden hänge von einer sowjetischen Einsicht in die Überlegenheit des Westens ab. Letztere sei jedoch gefährdet, wenn die Neuordnung Europas stagniere. Hier habe die Verschlechterung der deutsch-französischen Beziehungen, nicht zuletzt durch die Saarfrage, besonderes Gewicht. Die Unionsidee sei als „Flucht nach vorn“ zu verstehen, durch die sich das Sicherheitsbedürfnis Frankreichs befriedigen, die von der OEEC in Paris gewünschte wirtschaftliche Einheit Europas fördern und eine Westbindung der Bundesrepublik sowie das „Abstoppen des nationalistischen Gedankens in Deutschland“ sichern ließe. Indem eine solche Union den übrigen europäischen Staaten offenstehen würde, könnte Europa schließlich ein neuer politischer Faktor werden.

- 42      23.03. Bundeskanzler Adenauer an den amerikanischen Stellvertretenden Hohen Kommissar Hays      S. 108

Adenauer bittet um Zusicherungen, die die Zustimmung des Bundestags für einen Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat ermöglichen würden. Die Drei Mächte sollen erklären, daß ein gleichzeitiger Beitritt des Saargebiets lediglich unter dem Vorbehalt einer Regelung seines Status durch einen Friedensvertrag gelte. Ferner solle die Bundesrepublik schon vor der vollen Mitgliedschaft einen Beobachter in das Ministerkomitee des Europarats entsenden können. Der Bundeskanzler schlägt vor, diese Zusagen zunächst nur für den Fall anzukündigen, daß eine Mehrheit im Bundestag zu erwarten sei. Sie sollte erst dann schriftlich übermittelt werden, wenn ein Erfolg seiner Bemühungen gewährleistet erscheine. Anschließend könnte das Ministerkomitee, nachdem es über den Beitrittswunsch der Bundesrepublik informiert worden wäre, die offizielle Einladung aussprechen und diese dem Bundestag vorgelegt werden. Adenauer betont, er wende sich gesondert an jeden der Hohen Kommissare, „um auch den Schein eines offiziellen Schrittes“ zu vermeiden. Er bittet um Antwort bis zum folgenden Tag und um völlige Geheimhaltung.

- 43      24.03. Aufzeichnung des Oberregierungsrats von Trützschler      S. 110

Trützschler informiert, daß sich der Leiter der jugoslawischen Wirtschaftsvertretung in Frankfurt/Main am 9. März 1950 erkundigt habe, warum die Unterzeichnung des am 22. Dezember 1949 paraphierten Handelsabkommens verzögert werde. Auf den Hinweis des Bundesministers Erhard, es beständen „psychologische Hemmnisse“ wegen der in Jugoslawien festgehaltenen Kriegsgefangenen, habe Gavrilović erwidert, daß eine vertrauliche Behandlung des Themas notwendig gewesen wä-

re. Trützschler schlägt eine Mitteilung an Gavrilović vor, daß die an sich erwünschte Unterzeichnung des Handelsabkommens nur möglich sei, wenn die Bundesregierung öffentlich berechnete Hoffnung auf eine Lösung des Kriegsgefangenenproblems äußern könnte. In diesem Zusammenhang bestehe die Bereitschaft, einen Verzicht auf Interventionen zugunsten solcher Personen auszusprechen, die „eine persönliche Blutschuld“ auf sich geladen hätten.

44      25.03.    Aufzeichnung des Bundeskanzlers Adenauer      S. 114

Der Bundeskanzler legt die Grundzüge einer formellen Rechtsverwahrung bei der Alliierten Hohen Kommission gegen die Konventionen vom 3. März 1950 zwischen Frankreich und dem Saargebiet fest. Er betont, daß nach Auffassung der drei Westmächte das Deutsche Reich fortbestehe, die Bundesrepublik als Nachfolgestaat gelte und Grenzänderungen erst in einem Friedensvertrag erfolgen könnten. Letzteres impliziere ein Mitspracherecht der Bundesrepublik, das durch präjudizierende Maßnahmen wie die Saarkonventionen beeinträchtigt werde. Von der Saar-Regierung sei sogar die Endgültigkeit dieser Regelungen behauptet worden. Frankreich betrachte das Saargebiet bereits jetzt als unabhängig, auch wenn der britische Hohe Kommissar Robertson erklärt habe, daß Autonomie nicht gleichbedeutend mit Unabhängigkeit sei. Schließlich müsse es als „eine Spitze gegen Deutschland“ aufgefaßt werden, daß das Saargebiet einerseits gemäß der Allgemeinen Konvention im Ausland durch Frankreich vertreten werden solle, dem Europarat jedoch andererseits selbständig beitreten könne.

45      28.03.    Aufzeichnung des Referenten Salat      S. 116

Salat berichtet über ein Gespräch mit dem Referatsleiter im französischen Hochkommissariat, Moreau. Es sei die Frage aufgeworfen worden, ob nicht der Zeitpunkt für eine Erweiterung der kulturellen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik besonders günstig sei. Nach Ansicht von Salat verfüge die französische Seite „nicht mehr über die notwendigen Geldmittel“; außerdem wolle sie ihre Arbeit über die französische Besatzungszone hinaus ausdehnen. Er schlägt vor, die devisenrechtlichen Möglichkeiten des deutsch-französischen Handelsabkommens vom 10. Februar 1950 zu nutzen, um den Austausch von Studenten, Jugendleitern, Gewerkschaftsfunktionären usw. zu fördern. Weitere Kooperationsmöglichkeiten sieht er auf den Gebieten der Kunst, der Musik, des Films oder des Rundfunks. Er befürwortet ferner, in Frankreich ähnliche deutsche Einrichtungen zu gründen wie das in München vorgesehene Institut Français. Abschließend regt Salat an, daß Bundeskanzler Adenauer beim französischen Hohen Kommissar François-Poncet die Initiative für ein Programm kultureller Zusammenarbeit ergreifen sollte.

- 46      28.03. Bundeskanzler Adenauer an den Geschäftsführenden      S. 119  
                 Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission,  
                 François-Poncet  
Adenauer beantragt, offizielle Beobachter zu der am 8. Mai 1950 in Genf beginnenden Tagung der Weltgesundheitsorganisation entsenden zu dürfen.
- 47      31.03. Aufzeichnung des Gesandtschaftsrats II. Klasse a.D.      S. 120  
                 von Marchtaler  
Marchtaler berichtet über ein Gespräch mit einem Mitarbeiter des World Jewish Congress. Lewy erwähnte, daß die Mitglieder der Organisation unter bestimmten Voraussetzungen bereit seien, „zu einer Versöhnung mit Deutschland die Hand zu bieten“. Dazu erscheine ihm eine – auf möglichst großer Mehrheit basierende – Resolution des Bundestags erforderlich, in der die während der nationalsozialistischen Herrschaft begangenen Verbrechen an den Juden verurteilt und die Verpflichtung zur Wiedergutmachung grundsätzlich anerkannt werden. Durch ein Bundesgesetz solle darüber hinaus „Aufreizung zum Rassenhaß“ unter Strafe gestellt werden. Das Ansehen der Bundesrepublik würde dadurch moralisch und psychologisch wesentlich gestärkt und der Weg für eine Annäherung frei werden.
- 48      05.04. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Blankenhorn      S. 122  
Blankenhorn berichtet über ein Gespräch mit dem Generalsekretär der Alliierten Hohen Kommission. Glain hob die Entschlossenheit der Westmächte hervor, Berlin (West) militärisch zu verteidigen. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die UdSSR versuchen werde, die Westsektoren der Stadt unter ihre Kontrolle zu bekommen, auch wenn „für dieses Jahr eine Offensive“ offensichtlich nicht geplant sei. Es sei vorgesehen, eine Organisation der NATO an die Stelle des Verteidigungskommandos der WEU zu setzen, um den USA einen starken Einfluß einzuräumen.
- 49      06.04. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Blankenhorn      S. 123  
Blankenhorn faßt ein Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Leiter der italienischen Mission bei der AHK zusammen. Rizzo teilte mit, daß sich der italienische Außenminister vergeblich für die Entsendung eines Beobachters der Bundesrepublik in das Ministerkomitee des Europarats ausgesprochen habe. Graf Sforza wolle sich jedoch erneut im Ministerkomitee dafür einsetzen, sobald die Bundesrepublik in der Beratenden Versammlung vertreten sei. Auf den Plan einer deutsch-französischen Union angesprochen, erklärte Adenauer, daß er eine Mitwirkung Italiens wegen „gewisser französischer Ressentiments“ zunächst nicht erwähnt habe. Abschließend teilte er mit, daß die Bundesregierung beabsichtige, ein Generalkonsulat in Rom zu errichten.



50      11.04. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Blankenhorn      S. 125

Blankenhorn berichtet über ein Gespräch mit dem französischen Stellvertretenden Hohen Kommissar. Bérard erklärte, Frankreich lege entscheidenden Wert darauf, daß die Bundesrepublik bald Mitglied im Europarat werde. Es müsse alles vermieden werden, was in der französischen Öffentlichkeit den Eindruck der „Geschäftemacherei“ oder „Erpressung“ hervorrufe. Bérard empfahl, der ablehnenden Haltung der SPD kein zu großes Gewicht beizumessen, da die geäußerten Befürchtungen hinsichtlich einer zu starken Bindung an die Westmächte auf parteitaktische Erwägungen zurückgingen, die einen neuen außenpolitischen Erfolg des Bundeskanzlers vereiteln sollen. Bérard konnte keine Information dazu geben, ob das Einladungsschreiben an die Saar-Regierung zur Mitgliedschaft im Europarat den Vorbehalt hinsichtlich einer abschließenden Regelung durch einen Friedensvertrag enthalte, wie er auf der Außenministerkonferenz vom 9. bis 11. November 1949 in Paris beschlossen worden sei.

51      12.04. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Blankenhorn      S. 127

Blankenhorn faßt ein Gespräch mit dem Leiter der österreichischen Verbindungsstelle in der britischen Besatzungszone zusammen. Schöner trug den Wunsch vor, Kontakte mit der Bundesregierung aufzunehmen, die solange inoffiziell bleiben sollten, bis die Alliierte Hohe Kommission ihre gegenwärtigen außenpolitischen Zuständigkeiten auf die Bundesregierung übertragen habe. Schöner suchte um ein Gespräch mit Bundeskanzler Adenauer und Bundesminister Blücher nach und teilte mit, es sei beabsichtigt, in Bonn ein Büro der in Düsseldorf ansässigen österreichischen Verbindungsstelle zu errichten.

52      12.04. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Blankenhorn      S. 128

Blankenhorn berichtet über den Besuch des Vizepräsidenten der Vollversammlung des Europarats beim Bundeskanzler. Lord Layton bezeichnete die Mitgliedschaft der Bundesrepublik im Europarat als „dringend erwünscht“. In der Öffentlichkeit dürfe nicht der Eindruck entstehen, daß die Bundesregierung mit ihrem Beitritt zögere, weil sie von den Westmächten neue Konzessionen erhalten wolle. Auf Anfrage von Adenauer teilte Layton mit, daß er nicht wisse, ob die Einladung an die Saar-Regierung zur Mitgliedschaft im Europarat vorbehaltlich einer friedensvertraglichen Regelung erfolgt sei. Dies sei aber auch nicht notwendig, weil im Ministerkomitee des Europarats Klarheit über diesen Vorbehalt bestanden habe.

53      13.04. Notiz des Ministerialdirigenten Blankenhorn      S. 129

Blankenhorn faßt ein Gespräch des Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Hohen Kommissar vom Vortag zusammen. McCloy berichtete über seine Unterredung in London mit dem Vorsitzenden der Konservativen Partei. Churchill halte eine

Mitgliedschaft der Bundesrepublik im Europarat für unerlässlich; der Beitritt sollte jedoch nicht mit der Saarfrage verknüpft werden. Der Bundeskanzler betonte daraufhin gegenüber McCloy die Risiken eines solchen Anschlusses der Bundesrepublik an eine „gegen Rußland gerichtete Koalition“. McCloy warnte vor einer Neutralisierung, die der UdSSR Anlaß böte, die Bundesrepublik „subversiv“ in ihre „Gewalt zu bekommen“. Ein Zögern der Bundesregierung berge angesichts der ablehnenden Haltung Frankreichs und Großbritanniens in der europäischen Frage die Gefahr in sich, daß die USA sich an Deutschland und Westeuropa desinteressierten.

- 54      21.04.    Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem      S. 134  
                      britischen Hohen Kommissar Robertson

Adenauer berichtet über seinen Aufenthalt vom 16. bis 19. April 1950 in Berlin (West). Es sei ihm gelungen, die Bevölkerung der Westsektoren und der DDR „in ihrem Kampf gegen den Osten“ zu stärken. Gerade das Absingen der dritten Strophe des Deutschlandliedes habe einen „tiefen Eindruck“ hinterlassen. Die Rede des britischen Außenministers Bevin vom 28. März 1950 erläuterte Robertson dahingehend, daß die Bundesrepublik, wenn sie sich in die europäische Föderation eingliedere, damit rechnen könne, in nächster Zeit größere außenpolitische Kompetenzen zu erhalten. Nach Ansicht von Robertson fehle der Bundesregierung dazu noch eine „ausreichende Maschinerie“. Wünschenswert wäre, auf der bevorstehenden Außenministerkonferenz der drei Westmächte in London einen Ausschuß zur Vorbereitung einer Revision des Besatzungsstatuts zu bilden. Der Bundeskanzler konstatiert im Vergleich zur Situation gegen Ende des Jahres 1949 eine wesentliche Verschlechterung der Stimmung in der Bundesrepublik, die die Gefahr eines wachsenden Nationalismus in sich berge. Die Anfrage von Adenauer, ob die Bundesregierung als assoziiertes Mitglied mit den übrigen Mitgliedstaaten des Europarats in Kontakt treten dürfe, beantwortet Robertson positiv. Er zeigt sich erfreut über die Entsendung des CDU-Abgeordneten Schlange-Schöningen als Leiter des neu zu errichtenden Generalkonsulats in London.

- 55      28.04.    Bundeskanzler Adenauer an den Geschäftsführenden      S. 139  
                      Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission,  
                      Robertson

Adenauer trägt den Wunsch nach Schaffung einer Polizei unter Bundeshoheit in Form von circa 220 kasernierten Bereitschaften mit einer Gesamtstärke von 25000 Mann vor, die dem Bundesminister des Innern als oberstem Verwaltungschef unterstehen solle. Ihre Aufgabe würde es vor allem sein, angesichts der „sehr starken subversiven Tätigkeit aus der Ostzone“ die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik zu schützen.

- 56      04.05.   Notiz des Ministerialdirigenten Blankenhorn      S. 142

Blankenhorn resümiert ein Gespräch des Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Hohen Kommissar. McCloy zeigte sich besorgt über die Schwierigkeiten des Demokratisierungsprozesses in der Bundesrepublik und bezeichnete die Gewerbefreiheit als eine unerläßliche Garantie für eine freiheitliche Entwicklung. Auf der bevorstehenden Außenministerkonferenz der drei Westmächte in London wolle sich die amerikanische Regierung für eine Liberalisierung der Beschränkungen beim Schiffsbau und bei der Stahlproduktion einsetzen. Er hoffe auch, daß dort vorbereitende Arbeiten für eine Revision des Besatzungsstatuts aufgenommen werden könnten. Von Bedeutung sei die Frage der Verteidigung von Berlin (West), denn eine Aufgabe der Westsektoren würde bedeuten, daß „den Russen der erste Einbruch in die westliche Welt“ gelungen sei. McCloy drückte die Hoffnung aus, daß die Bundesregierung ihre politischen und finanziellen Verpflichtungen gegenüber Berlin (West) erfüllen werde. Die USA beabsichtigten, im kommenden Jahr „hinreichend Antitankwaffen neuester Prägung“ nach Europa zu schaffen. Hinsichtlich der Reden in Berlin (West), Bad Ems und München äußerte McCloy die Befürchtung, daß die Äußerungen von Adenauer „eine Spaltung zwischen Bevölkerung und Besatzung“ sowie innerhalb der Bevölkerung herbeiführen könnten.

- 57      08.05.   Bundeskanzler Adenauer an den französischen Außenminister Schuman      S. 145

Der Bundeskanzler dankt dem französischen Außenminister für dessen Schreiben vom 7. Mai 1950 und den Plan über eine europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Adenauer erklärt sich zu einer engen Verbindung der Bundesrepublik mit Frankreich und zur Mitarbeit an den erforderlichen organisatorischen Maßnahmen bereit.

- 58      08.05.   Bundeskanzler Adenauer an den französischen Außenminister Schuman      S. 146

Adenauer bezeichnet es als erfreulich, daß der Plan des französischen Außenministers Schuman vom 7. Mai 1950 eine Annäherung und „einen Auftrieb zu konstruktiver Zusammenarbeit“ beider Staaten erwarten lasse, die zum ersten Mal seit 1945 gleichberechtigt an einer gemeinsamen Aufgabe beteiligt wären. Der Bundeskanzler äußert gleichzeitig die Erwartung, daß sowohl das Kabinett als auch der Bundestag dem Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat zustimmen würden und so ein weiterer Beitrag zum friedlichen Wiederaufbau Europas geleistet werden könne.

- 59**      **11.05**    **Aufzeichnung des Gesandtschaftsrats II. Klasse a.D. von Marchtaler**      **S. 148**

Marchtaler berichtet von einem Gespräch mit dem Leiter des Verbindungsbüros des amerikanischen Hochkommissariats in Bonn vom Vortag. Pabsch teilte mit, daß der Schuman-Plan „den bekannten, mehrfach geäußerten Wünschen der amerikanischen Politik“ entspreche. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Ollenhauer habe ihm gegenüber jedoch bekräftigt, daß sich an der ablehnenden Haltung der SPD hinsichtlich eines Beitritts der Bundesrepublik zum Europarat auch mit Bekanntwerden des Schuman-Plans nichts geändert habe. Allerdings formiere sich innerhalb der SPD eine „gewisse Opposition“ gegen die Parteiführung. Nach Ansicht von Pabsch nehme der SPD-Vorsitzende Schumacher aus der Sorge heraus, daß die endgültige Eingliederung der Bundesrepublik in den Westen den Verzicht auf die Wiedervereinigung bedeute, eine Haltung ein, die der SPD im In- und Ausland viele Sympathien kosten werde.

- 60**      **12.05.**    **Bundeskanzler Adenauer an den Geschäftsführenden Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission, McCloy**      **S. 150**

Anläßlich der bevorstehenden Errichtung von Generalkonsulaten in London, Paris und New York ersucht Adenauer die Alliierte Hohe Kommission, weitere Vertretungen der Bundesrepublik – vor allem in Europa, aber auch in Australien, Brasilien, Chile, Kanada und Südafrika – zuzulassen und die betreffenden Regierungen zu unterrichten.

- 61**      **16.05.**    **Aufzeichnung des Generals a.D. Graf von Schwerin**      **S. 151**

Schwerin erörtert Vor- und Nachteile verschiedener Möglichkeiten für einen Aufbau deutscher Sicherheitskräfte im Rahmen einer westeuropäischen Verteidigungsgemeinschaft. So könnte eine „mobile westdeutsche Bundespolizei“ nach dem Vorbild der Volkspolizei in der DDR geschaffen werden. Dazu wären allerdings ein Beschluß der Außenminister der drei Westmächte sowie die Zustimmung von Bundestag und Bundesrat erforderlich. Für eine Heranziehung der Grenzpolizei der Länder würde zwar nur das Einverständnis der Alliierten Hohen Kommissare und der Landesregierungen benötigt, jedoch hält Schwerin das Personal der Grenzpolizei für militärische Aufgaben weitgehend für ungeeignet. Darüber hinaus könnte die Frage der Weisungsbefugnis einer den Ländern übergeordneten Instanz zu „unerfreulichen öffentlichen Auseinandersetzungen“ führen. Eine Koordinierung der Dienstgruppen bei den alliierten Besatzungstruppen wäre politisch am einfachsten umzusetzen, erscheine jedoch im Falle eines plötzlich eintretenden nationalen Notstandes am wenigsten geeignet, um ein rasches und wirksames Handeln zu gewährleisten.

- 62**      24.05.   Notiz des Ministerialdirigenten Blankenhorn      S. 154
- Blankenhorn berichtet über ein Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Beauftragten für den französischen Wirtschaftsplan vom Vortag. Monnet informierte, daß der Schuman-Plan in den USA und den westeuropäischen Staaten mit Zustimmung aufgenommen worden sei. Die Mitwirkung Italiens und der Beneluxstaaten sei wahrscheinlich; es sei zu hoffen, daß auch Großbritannien mitarbeiten werde. Adenauer stimmte der Ansicht von Monnet zu, daß nicht vorrangig die technische Umsetzung des Plans von Bedeutung sei, sondern die „Schaffung einer grundsätzlich neuen geistigen Haltung“. Er arbeite seit 25 Jahren an Plänen, „Eisen und Kohle als Grundlage einer friedlichen Lösung zwischen Frankreich und Deutschland auszuwerten“. Die Gesprächspartner stellten Überlegungen an, wer die Leitung der Delegation der Bundesrepublik für die Verhandlungen über den Schuman-Plan übernehmen könnte. Monnet bedauerte, daß in der Öffentlichkeit der Gedanke einer Unvermeidbarkeit des Krieges weit verbreitet sei. Er bezeichnete den Schuman-Plan als revolutionären Akt, der alles verändern könne. Adenauer bemerkte abschließend, daß, wenn die Furcht vor einem Krieg beseitigt sei, „Europa wie ein genesender Kranker seine Kräfte wiederfinden“ werde.
- 63**      25.05.   Aufzeichnung des Generals a. D. Graf von Schwerin      S. 159
- Graf von Schwerin berichtet über ein Gespräch mit dem Bundeskanzler vom Vortag. Die Sorge von Adenauer gelte der „inneren Sicherung gegen die zunehmende Zersetzung des öffentlichen Lebens durch östlich infizierte geistige Infiltration“ sowie der ungenügenden äußeren Sicherheit der Bundesrepublik. Die sich in einem Katastrophenfall ergebenden Aufgaben könnten nur von einer mobilen Bundesgendarmerie bewältigt werden, deren Aufbau sich möglichst „geräuschlos“ vollziehen sollte. Adenauer beabsichtige, ehemalige Generale zu empfangen, die „nicht nazihörig“ gewesen seien, um einer Diffamierung des Teiles der Wehrmacht, der „nur seine nationale Pflicht erfüllt“ habe, entgegenzutreten.
- 64**      26.05.   Ressortbesprechung im Bundesministerium der Finanzen      S. 161
- In der Ressortbesprechung werden Forderungen nach Wiedergutmachungsleistungen an 50 000 bis 60 000 israelische Staatsangehörige in Höhe von insgesamt 175 bis 250 Millionen DM erörtert. Seitens des Bundesministeriums für Wirtschaft wird eine Zahlung mittels Lieferung von Pumpen, Röhren und Holzhäusern vorgeschlagen. Der Vertreter des Leiters der Verbindungsstelle zur AHK, Dittmann, weist jedoch darauf hin, daß bereits zwei Exportanträge nach Israel durch die Alliierte Hohe Kommission abgelehnt worden seien. Es wird beschlossen, diese Angelegenheit zunächst im Bundeskabinett und anschließend mit der AHK zu erörtern. Ferner sei zu prüfen, welche Form ein Wiedergutmachungsabkommen mit Israel

haben sollte. Nach Auffassung des Bundesministeriums der Finanzen könne bei einer globalen Entschädigung, etwa durch Exportlieferungen, die Höhe der Einzelsprüche auf die Hälfte reduziert werden. Schließlich wird das Problem eines Verzehrs auf die Geltendmachung von Einzelsprüchen durch den Staat Israel angesprochen.

- 65**      06.06.   Notiz des Ministerialdirigenten Blankenhorn      S. 164

Blankenhorn faßt ein Gespräch des Bundeskanzlers mit dem britischen Hohen Kommissar Robertson zusammen. Adenauer bedauerte, daß Großbritannien an den Verhandlungen über den Schuman-Plan nicht teilnehmen wolle. Er erläuterte anschließend die militärpolitische Lage in Mitteleuropa. Eine sowjetische Invasion würde eine erste Welle von 8 bis 10 Millionen Flüchtlingen in Richtung Westen auslösen, die die Operationen der alliierten Truppen außerordentlich behindern würde. Ein solcher Angriff könne nur durch 10 bis 12 deutsche, zwischen Rhein und Elbe stationierte Panzerdivisionen aufgefangen werden. Dem stimmte Robertson zu und stellte fest, daß „kein vernünftiger Mensch in England, Amerika und Frankreich“ daran zweifle, daß eine Aufrüstung der Bundesrepublik notwendig sei. Im übrigen gehe von der UdSSR für die nächsten ein bis zwei Jahre keine unmittelbare Gefahr aus, da sie wirtschaftlich noch nicht zur Kriegführung in der Lage sei. Für die Zeit danach rechne er allerdings mit einer sowjetischen Invasion. Den Vorschlag des Bundeskanzlers, in Frankreich eine Legion aufzustellen, in der „deutsche Kräfte“ ausgebildet werden könnten, wolle er mit dem britischen Generalstab erörtern. Sicherlich werde der Bundesrepublik die Aufstellung von Polizeikräften zugestanden werden. Im übrigen beabsichtige er, die etwa 80 000 Mann starken deutschen Dienstgruppen, die den Alliierten unterstellt seien, allmählich zu militärischen Verbänden ausbilden zu lassen.

- 66**      07.06.   Notiz des Ministerialdirigenten Blankenhorn      S. 168

Blankenhorn hält die Hauptthemen aus einem Gespräch des Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy fest. Adenauer erläuterte seine Ansichten zur sicherheitspolitischen Lage in Mitteleuropa und zu den sich daraus ergebenden Gefahren für die Bundesrepublik. Er schlug vor, in Frankreich eine internationale Legion aufzustellen, in die „freiwillige deutsche Offiziere und Soldaten“ aufgenommen werden könnten. McCloy, der im wesentlichen die Haltung des Bundeskanzlers teilte, vertrat dagegen die Auffassung, daß in Frankreich die Bemühungen zur eigenen Aufrüstung erlahmen könnten, wenn beachtliche deutsche Kontingente auf französischem Boden gebildet würden. Beeindruckt zeigte sich McCloy durch das Pfingsttreffen der Freien Deutschen Jugend (FDJ) in Berlin (Ost). Die Bundesregierung solle überlegen, wie Jugendliche in ihrer „Abwehrkraft gegen die Ideen des Ostens“ gestärkt werden könnten, ohne sie dem „gleichen militärischen totalitären Zwang zu unterwerfen“, wie dies in der DDR der Fall sei. Der Bundeskanzler betonte die Absicht, durch eine ge-

schickte Aufklärung die Jugend noch mehr als bisher für den europäischen Gedanken westlicher Prägung begeistern zu wollen.

- 67**      07.06. Hauserlaß des Ministerialdirigenten Blankenhorn      S. 170

Blankenhorn verfügt, daß auf Weisung des Bundeskanzlers Adenauer mit sofortiger Wirkung eine „Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten“ im Bundeskanzleramt eingerichtet werde. Darin werden das Organisationsbüro für die konsularisch-wirtschaftlichen Vertretungen als Abteilung I, die Verbindungsstelle zur Alliierten Hohen Kommission als Abteilung II, die am 5. Juni 1950 neu errichtete Konsularabteilung – untergliedert in eine Rechtsabteilung und eine Länderabteilung – sowie das Protokoll zusammengefaßt. Die zukünftigen konsularisch-wirtschaftlichen Vertretungen im Ausland sollen die Bezeichnung Generalkonsulat bzw. Konsulat der Bundesrepublik Deutschland führen.

- 68**      08.06. Aufzeichnung des Beraters in Sicherheitsfragen, Graf von Schwerin      S. 172

Schwerin berichtet über ein Gespräch mit dem SPD-Vorsitzenden vom Vortag. Schumacher habe trotz „gewisser antimilitaristischer Grundsätze“ seiner Partei eine strategische Konzeption befürwortet, die die Entscheidung am Njemen und an der Weichsel suche, nicht aber hinter dem Rhein. Eine solche Verteidigung Westeuropas sei aber nur bei „voller Mobilisierung der deutschen Kräfte“ möglich, die von der UdSSR sicherlich nicht zugelassen werde und eine unmittelbare Kriegsgefahr heraufbeschwöre. Schließlich habe Schumacher zu bedenken gegeben, daß der Verdacht, die Aufstellung einer Polizei unter Bundeshoheit erfolge auf Veranlassung der Alliierten, eine Ablehnung durch die SPD zur Folge hätte. Die deutschen Arbeiter befürchteten nämlich, für Zwecke der Alliierten mißbraucht zu werden.

- 69**      08.06. Notiz des Ministerialdirigenten Blankenhorn      S. 174

Blankenhorn berichtet über ein Gespräch des Bundeskanzlers mit dem französischen Hohen Kommissar über die sicherheitspolitische Lage in Mitteleuropa. François-Poncet stellte die Genehmigung in Aussicht, den Zoll- und Grenzschutz um etwa 11 000 Mann zu verstärken und eine 5 000 Mann starke Polizeitruppe für die Bundeshauptstadt aufzustellen. Die Einrichtung einer Polizei unter Bundeshoheit in Höhe von 25 000 Mann sei jedoch momentan nicht erreichbar, denn sie gelte als ein „erster Ansatz zu einer deutschen Armee“. Der Hohe Kommissar räumte die Schwäche der westeuropäischen Verteidigung ein, zumal große Teile der französischen Truppen in Indochina und Nordafrika gebunden seien und eine moderne Ausrüstung fehle. Den einzigen Ausweg sah er in einem zunächst wirtschaftlichen, später aber auch politischen und mili-

tärischen Zusammenschluß Europas. Dann könne auch die Bundesrepublik ein nennenswertes Kontingent in eine neu zu bildende europäische Armee entsenden.

- 70      13.06. Bundesminister Erhard an Bundeskanzler Adenauer      S. 176

Der Bundesminister nimmt Wünsche von Vertretern aus der Wirtschaft der Bundesrepublik nach einer Ausweitung des Osthandels zum Anlaß, darauf hinzuweisen, daß vor dem Zweiten Weltkrieg der Handel mit den Staaten des jetzigen europäischen Ostblocks 14% auf der Einfuhr- und 14,3% auf der Ausfuhrseite des Gesamthandels des Deutschen Reiches umfaßt habe. Im Vergleich dazu sei von Oktober 1949 bis März 1950 der Osthandel der Bundesrepublik auf 3,5 bis 5% zurückgegangen. Dies bedeute einen geschätzten jährlichen Umsatzverlust von etwa 2,162 Milliarden DM. Während amerikanische Sachverständige die „Gefahr einer kommunistischen Infiltration“ sähen, habe die UNO-Wirtschaftskommission für Europa einen verstärkten Osthandel befürwortet. Erhard lehnt die Einbeziehung der „Ostzone als Mittlerin in das Geschäft mit den Staaten hinter dem Eisernen Vorhang“ ab. Die Alliierte Hohe Kommission erhebe gegen den Abschluß von Handelsverträgen zwischen der Bundesrepublik und den Ostblock-Staaten bzw. der Volksrepublik China keine Einwände.

- 71      20.06. Delegationsleiter Hallstein, z.Z. Paris, an Bundeskanzler Adenauer      S. 183

Hallstein berichtet von der öffentlichen ersten Sitzung der Konferenz über den Schuman-Plan. Das Interesse der Pressevertreter habe sich in erster Linie auf die Delegation der Bundesrepublik konzentriert. Der französische Außenminister Schuman habe die Grundgedanken seiner am 9. Mai 1950 veröffentlichten Überlegungen wieder aufgenommen und kleine Arbeitsgruppen vorgeschlagen, um schnelle Ergebnisse zu erzielen. Daher seien die Delegationen gebeten worden, auf die „strengen Formen der üblichen Konferenztechnik“ und auf „brillante rednerische Demonstrationen“ zu verzichten.

- 72      21.06. Plenarsitzung der Konferenz über den Schuman-Plan in Paris      S. 185

Der Vorsitzende der Konferenz über den Schuman-Plan unterbreitet Vorschläge zum Aufbau einer europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Dazu gehören Pläne über die Zusammensetzung, die Aufgaben und die wirtschaftlichen Kontrollmöglichkeiten der Hohen Behörde, vor allem bei der Vergabe von Krediten, bei den Preisen und den Löhnen. Die Hohe Behörde sei „Trägerin einer responsabilité commune, nicht aber Trägerin einzelner nationaler Verantwortlichkeiten“. Als Kontrollinstanz schlägt Monnet eine Versammlung vor, die jährlich aus den Parlamenten der Teilnehmerstaaten neu gewählt werden soll und die Hohe Behörde bei Pflichtversäumnissen mit Zweidrittelmehrheit absetzen kann. Monnet ist da-



von überzeugt, daß sich Großbritannien in irgendeiner Form zu einer Mitarbeit entschließen werde, sobald die Institution erst einmal geschaffen sei.

- 73**      21.06.    Besprechung mit dem Vorsitzenden der Konferenz über    S. 190  
den Schuman-Plan, Monnet, in Houjarray

Monnet beantwortet Fragen der Delegation der Bundesrepublik zum Schuman-Plan. Er erklärt, daß unter „Regionalen Gruppen“ freiwillige Produktionsverbände, die im Sinne eines gemeinsamen Marktes denken sollten, zu verstehen seien. Ihnen komme die Funktion eines Mittlers zwischen Hoher Behörde und den einzelnen Industrieunternehmen zu, besonders bei Investitionsprogrammen. Auf die Frage nach einem Rechtsschutz stellt Monnet fest, daß die Anrufung eines Gerichts gegen Entscheidungen der Hohen Behörde nur durch Staaten möglich sei, während den einzelnen Unternehmen nur in besonderen Ausnahmefällen ein Rekursrecht gewährt werden sollte. Hinsichtlich der der Bundesrepublik von den Drei Mächten auferlegten Produktionsrestriktionen erklärt Monnet, „daß es in Zukunft auf den vergemeinschafteten Gebieten eine deutsche Produktion oder eine französische Produktion nicht mehr geben werde“ und die Fragen infolgedessen unter völlig neuen Gesichtspunkten betrachtet werden müßten. Ein demokratisches Kontrollorgan der Hohen Behörde könnte nach Auffassung des Vorsitzenden nur von den Mitgliedern der nationalen Parlamente jeweils für ein Jahr gewählt werden. Dieser Ansatz zu einem späteren europäischen Parlament hätte das Recht, die Hohe Behörde gegebenenfalls abzusetzen.

- 74**      22.06.    Plenarsitzung der Konferenz über den Schuman-Plan in    S. 194  
Paris

Der Vorsitzende der Konferenz über den Schuman-Plan bittet die einzelnen Delegationen um Stellungnahme zu den Ausführungen vom Vortag. Der italienische Vertreter, Taviani, zeigt sich besorgt wegen der Rückständigkeit der italienischen Stahlindustrie. Belgien, Luxemburg und die Niederlande wünschen genauere Angaben über Preisangleichungen und Exporte sowie eine stärkere Berücksichtigung der Souveränität ihrer Staaten. Monnet wendet sich jedoch gegen den Vorschlag, der Hohen Behörde erst allmählich ihre vollen Rechte zuzugestehen, denn das „wäre gegen den Geist des Planes selber“. Die Delegation der Bundesrepublik stimmt dem Schuman-Plan grundsätzlich zu und ist sich mit Monnet einig, daß der entscheidende Punkt im Politischen liege: „Das Ziel sei Europa und der Friede.“

- 75**      23.06.    Generalkonsul I. Klasse Schlange-Schöningen, London,    S. 202  
an die Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten

Schlange-Schöningen berichtet über den freundlichen Empfang durch offizielle Stellen und die Presse beim Dienstantritt in London. Hinderlich für „ein ordnungsgemäßes und erfolgreich-

ches Arbeiten“ des Generalkonsulats sei jedoch das Fehlen von passenden Büroräumen. Deshalb bittet er um Lösung dieses vor allem finanziellen Problems. Er berichtet ferner über die Tagung des Internationalen Weizenrats vom 19./20. Juni 1950 in London; bei der Abstimmung über den japanischen Aufnahmeantrag habe er sich der Stimme enthalten.

- 76**      24.06.    Aufzeichnung des Oberlandesgerichtsrats Dittmann      S. 206
- Dittmann notiert aus einem Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem britischen Abgeordneten Sandys, daß der frühere Premierminister und Vorsitzende der Konservativen Partei, Churchill, den Wunsch habe, die Bundesrepublik zu besuchen. Er plane, eine öffentliche Rede über die „Europäische Idee“ zu halten.
- 77**      28.06.    Bundeskanzler Adenauer an den Geschäftsführenden      S. 207  
Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission,  
François-Poncet
- Adenauer übermittelt die bereits mehrfach vorgetragene Bitte der Bundesregierung, eine Lockerung der Liefersperre für Eisen und Stahl in die „Währungsgebiete der DM-Ost“ zu genehmigen. Derzeit könne mit keiner Verhandlungsbereitschaft der DDR hinsichtlich einer Verlängerung des Abkommens über den Interzonenhandel gerechnet werden, das am 30. Juni 1950 auslaufe. Sollte bis dahin keine Vereinbarung getroffen worden sein, so müßte nach Ansicht des Bundeskanzlers mit „Vergeltungsmaßnahmen“ der DDR gegen Berlin (West) gerechnet werden.
- 78**      29.06.    Oberlandesgerichtsrat Dittmann an den General-      S. 209  
sekretär der Alliierten Hohen Kommission, Glain
- Dittmann legt den Wunsch der Bundesregierung dar, Mitglied beim Internationalen Währungsfonds und bei der Bank für Wiederaufbau zu werden. Er bittet gleichzeitig um Informationen über die notwendigen Bedingungen für den Beitritt der Bundesrepublik.
- 79**      29.06.    Instruktion für die Delegation bei der Konferenz über      S. 210  
den Schuman-Plan
- Die Bundesregierung ist mit den französischen Vorschlägen vom 24. Juni 1950 zum Schuman-Plan grundsätzlich einverstanden. Der Delegation werden folgende Weisungen zur weiteren Verhandlungsführung erteilt: Die Hohe Behörde solle ein Zentrum für gegenseitige Information und dauernde Kooperation sein, deren Entscheidungskompetenzen im Vertragswerk niedergelegt werden müßten. Sie sollte die Prinzipien der Preisbildung bestimmen, den Import und Export koordinieren und Kredite aus öffentlicher Hand genehmigen. Über die Kompetenzen der organisatorisch selbständigen regionalen Zu-

sammenschlüsse von Industrien müsse noch verhandelt werden. Insgesamt sei ein freier, einheitlicher Markt ohne „regierungs- und kartellmäßige Eingriffe“ anzustreben.

- 80      29.06.    Aufzeichnung des Staatsrats Haas      S. 214

Haas berichtet über ein Gespräch mit dem Leiter der schweizerischen Mission bei der AHK über die Errichtung einer konsularisch-wirtschaftlichen Vertretung in der Schweiz. Huber erklärte, daß die Schweiz mit Rücksicht auf ihre Neutralitätspolitik und auf die Sicherheit ihrer Staatsangehörigen in der „Ostzone“ zum jetzigen Zeitpunkt nicht für eine konsularische Vertretung der Bundesrepublik eintrete, sondern zunächst nur eine Wirtschaftsvertretung anstrebe. Haas lehnte den Vorschlag nicht grundsätzlich ab, regte jedoch an, daß als Übergangsregelung eine Wirtschaftsvertretung offizielle Beratungen über die deutschen Rechtsverhältnisse und über die Behandlung von Pensions- und Rechtsansprüchen durchführen dürfe.

- 81      01.07.    Bundeskanzler Adenauer an den Geschäftsführenden      S. 217  
Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission,  
Kirkpatrick

Der Bundeskanzler weist auf die „sich immer mehr steigende Aufregung“ der Bevölkerung in der Nähe der Demarkationslinie zur DDR hin. Seit Beginn des Korea-Kriegs bestehe Furcht vor einem plötzlichen Angriff der UdSSR; möglicherweise könnte es auch ohne konkrete sowjetische Aktionen zu Panik und zu einer Fluchtbewegung gefährlichen Ausmaßes kommen. Adenauer ersucht um Maßnahmen zur Beruhigung der Bevölkerung.

- 82      02.07.    Besprechung beim Vorsitzenden der Konferenz über      S. 218  
den Schuman-Plan, Monnet, in Houjarray

Delegationsleiter Hallstein berichtet über die Instruktionen seitens der Bundesregierung und der Sachverständigenausschüsse zum Arbeitsdokument der französischen Regierung. Monnet zeigt sich mit dem deutschen Grundsatz einverstanden, der darin bestehe, daß „jede Art von Rückfall in nationale Egoismen“ verhindert werden soll. Er hebt die Bedeutung sozialer Gesichtspunkte hervor und stimmt dem Vorschlag von Hallstein zu, das Schiedsgericht zum Träger einer „gesunden Rechtsentwicklung“ werden zu lassen. Jedoch dürfe die Autorität der Hohen Behörde nicht eingeschränkt werden. Während Monnet mit der Bundesregierung bezüglich des einheitlichen Marktes und der Einbeziehung der Überseegebiete einig ist, lehnt er die Auffassung ab, daß die Hohe Behörde nur die Prinzipien der Preisbildung und nicht die Preise selbst festlegen könne. In Verfahrensfragen kommen beide Delegationen überein, daß die Hohe Behörde vor ihren Entscheidungen die Beteiligten sowie Sachverständige hören müsse.

- 83      03.07. Vortragsexposé des Delegationsleiters Hallstein, z. Z. Paris S. 224

Hallstein stellt heraus, daß die Bedeutung des Schuman-Plans vor allem im Politischen und nicht im Wirtschaftlichen liege. In seiner Stellungnahme zu den Einzelheiten der Gemeinschaft teilt er dem Schiedsgericht „die Funktion eines Hüters der Objektivität der Hohen Behörde“ zu. Das wirtschaftliche Prinzip des Planes sollte in der Verpflichtung bestehen, unter Verzicht auf nationalen Egoismus und künstliche Mittel höchste Wirtschaftlichkeit mit einem Minimum von Eingriffen zu bewirken, ohne dabei die soziale Zielsetzung aus den Augen zu verlieren. Ein einheitlicher Markt dürfe weder durch die Einflußnahme von Regierungen und Kartellen noch durch den Beibehalt von Binnenzöllen auf Eisen, Stahl und Kohle oder Subventionen und ähnlichen konkurrenzverfälschenden Unterstützungen gefährdet werden. Als Folge eines einheitlichen Marktes würden unrationell arbeitende Produzenten von der Produktion ausgeschlossen werden. Dafür bedürfe die Hohe Behörde jedoch weitgehender Befugnisse, beispielsweise hinsichtlich der Festlegung der Preise, der Koordinierung des Handels sowie bei Investitionen und Krediten.

- 84      03.07. Plenarsitzung der Konferenz über den Schuman-Plan in Paris S. 230

Die Delegationsleiter bekunden zunächst ihre grundsätzliche Zustimmung zum Schuman-Plan und legen dann Vorbehalte bzw. Änderungswünsche dar: Der italienische Delegationsleiter Taviani bittet erneut um Berücksichtigung der besonderen Lage der italienischen Stahlindustrie und verlangt die Bildung von Arbeitsgruppen. Der belgische Delegationsleiter Suetens argumentiert, daß das politische Interesse des Planes gleichwertig mit dem ökonomischen sei. Auch der niederländische Delegationsleiter Spierenburg zeigt sich im Prinzip mit der Aufgabe gewisser Souveränitätsrechte einverstanden; allerdings dürfe auf eine Beteiligung der nationalen Regierungen nicht vollständig verzichtet werden. Er schlägt deshalb zur Kontrolle der Hohen Behörde einen Ministerrat sowie ein Schiedsgericht vor. Der Vorsitzende der Konferenz, Monnet, stimmt der Bildung von Arbeitsgruppen zu. Ihm liegt vor allem an „einer wirklichen Aufgabe von Souveränitätsrechten“.

- 85      04.07. Aufzeichnung des Ministerialrats Herwarth von Bittenfeld S. 234

Herwarth faßt ein Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Leiter der brasilianischen Mission bei der AHK, de Pimentel Brandão, zusammen. Adenauer dankte für den Empfang der Delegation der Bundesrepublik anläßlich der Wirtschaftsverhandlungen vom 26. April bis 6. Juni 1950 in Rio de Janeiro. Er bedauerte, daß die Bundesrepublik gemäß dem Wunsch der Alliierten Hohen Kommission vorerst in Brasilien kein Generalkonsulat errichten könne. Pimentel Brandão gab Informationen wieder, wonach die Bedenken der AHK eigentlich Ar-

gentinien betrafen. Argentinien sei allerdings ein Generalkonsulat der Bundesrepublik kaum zu verwehren, wenn ein solches in Brasilien oder in anderen südamerikanischen Staaten errichtet werde. Der Missionsleiter sprach sich dafür aus, daß die Bundesrepublik möglichst bald Vertretungen sowohl in Brasilien als auch in Argentinien unterhalte.

- 86      04.07. Aufzeichnung des Ministerialrats Herwarth von Bittenfeld      S. 236

Herwarth gibt ein Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Leiter der indischen Mission bei der AHK anläßlich dessen Abschiedsbesuchs wieder. Khub Chand wies auf die großen Möglichkeiten für eine Intensivierung der Handelsbeziehungen hin. Da Indien an einer Industrialisierung und die Bundesrepublik an einem verstärkten Export interessiert sein müßten, seien beide Staaten „die gegebenen Wirtschaftspartner“. Wichtig sei ferner, daß vermehrt deutsche Ingenieure in Indien arbeiteten und indische Studenten an Hochschulen in der Bundesrepublik ausgebildet würden.

- 87      10.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blankenhorn      S. 238

Blankenhorn informiert über ein Gespräch mit dem amerikanischen Stellvertretenden Hohen Kommissar Hays, an dem auch der Berater in Sicherheitsfragen, Graf von Schwerin, und Generalmajor a.D. Gehlen teilnahmen. Von deutscher Seite wurde erläutert, daß die Bevölkerung sich an der Abwehr eines sowjetischen Angriffs beteiligen würde, wenn es sich um eine gemeinsame Verteidigung nach Aufforderung durch die Bundesregierung handelte. Demgegenüber würde gegen eine Mitwirkung innerhalb der Verbände der drei Westmächte eingewandt werden, daß „deutsche Soldaten als Kanonenfutter zu schade“ seien. Hays wies auf die Divergenzen hin, die insbesondere mit Frankreich hinsichtlich einer Einbeziehung der Bundesrepublik in die westeuropäische Verteidigung beständen. Als mögliche Vorgehensweisen nannte er den Ausbau der Dienstgruppen bei den Besatzungstruppen der Drei Mächte durch Kampfausbildung, die Aufstellung von Bereitschaftspolizeien in den Ländern sowie – im Verteidigungsfall – die Bildung von Freiwilligenverbänden. Blankenhorn hob die Beunruhigung der Bevölkerung in der Bundesrepublik angesichts der Situation in Korea hervor und erläuterte davon ausgehend das Interesse des Bundeskanzlers Adenauer an einer baldigen Klärung der Sicherheitsfragen.

- 88      11.07. Aufzeichnung des Oberlandesgerichtsrats Dittmann      S. 242

Dittmann faßt ein Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Leiter der belgischen Mission bei der AHK zusammen. Scheyven übermittelte den Wunsch, baldmöglichst die „verhältnismäßig geringfügige Frage“ der Grenzziehung zwischen Belgien und der Bundesrepublik zu regeln. Adenauer wies auf die vergeblichen Bemühungen des CDU-Abgeordneten Henle vom Januar

1950 hin, dieses Thema in Brüssel anzusprechen, bekräftigte jedoch weiterhin seine Verhandlungsbereitschaft. Die Gesprächspartner vereinbarten vertrauliche Sondierungen in Bonn.

- 89      12.07. Delegationsleiter Hallstein, z. Z. Paris, an Ministerialdirektor Blankenhorn      S. 243

Hallstein informiert über ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der Konferenz über den Schuman-Plan. Monnet berichtete, daß der niederländische Delegationsleiter mit der Fusionierung von „Souveränitätspartikeln“ einverstanden sei. Spierenburg halte aber einen Ministerrat zum einen als Verbindung zwischen Hoher Behörde und den nationalen Regierungen für erforderlich, zum anderen zur Erörterung von solchen Bereichen in der Wirtschaftspolitik der einzelnen Mitgliedstaaten, die durch Maßnahmen der Hohen Behörde beeinflußt würden. Monnet teilte ferner mit, der belgische Delegationsleiter Suetens habe im Zusammenhang mit der angestrebten Unkündbarkeit eines Vertrages über den Schuman-Plan darauf aufmerksam gemacht, daß sich Belgien auch aus verfassungsrechtlichen Gründen höchstens auf 50 Jahre binden könne. Monnet schloß gegenüber Hallstein nicht aus, der geplanten gemeinsamen Körperschaft eine größere Bedeutung als bisher vorgesehen einzuräumen. Ihre Mitglieder könnten zukünftig vielleicht sogar „unmittelbar von den europäischen Völkern“ gewählt werden.

- 90      12.07. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy      S. 246

Adenauer schildert die Beunruhigung der Bevölkerung durch den Korea-Krieg. Das besondere Sicherheitsproblem resultiere daraus, daß das Potential der Bundesrepublik sowohl für die UdSSR als auch für die drei Westmächte in dem „bereits im Ausbruch befindlichen oder vielleicht auch erst drohenden Dritten Weltkrieg“ entscheidend sein könnte. Die am 10. Juli 1950 begonnenen Besprechungen des Ministerialdirektors Blankenhorn und des Beraters in Sicherheitsfragen, Graf von Schwerin, mit dem amerikanischen Stellvertretenden Hohen Kommissar Hays sollten zur Erörterung der Verteidigungsmöglichkeiten dienen. McCloy räumt ein, daß im Fall einer sowjetischen Invasion die alliierten Kräfte derzeit nicht ausreichen. Er befürwortet eine Verstärkung der Besatzungstruppen sowie der Dienstgruppen. Jedoch widerstrebe es ihm „innerlich, eine deutsche Armee wiederherzustellen“, ehe die Demokratie in der Bundesrepublik gefestigt sei. Zudem erwarte er nicht vor 1951 eine kriegerische Auseinandersetzung, „die wohl unvermeidbar sei“.

- 91      12.07. Sitzung des Organisationsausschusses der Konferenz über den Schuman-Plan in Paris      S. 250

Delegationsleiter Hallstein beglückwünscht den niederländischen Delegationsleiter Spierenburg zu dem Vorschlag, einen Ministerrat einzusetzen, da dies eine zusätzliche Fusionierung

von Souveränitätsrechten und eine Verbreiterung der europäischen Integration bedeute. Bedingung dafür sei allerdings, daß die Zuständigkeit der supranationalen Hohen Behörde „nicht zu sehr beschränkt“ sei. Spierenburg erwidert darauf, daß nach seinen Vorstellungen der Ministerrat als Kontrollorgan für die Hohe Behörde dienen solle; überhaupt müsse die Hohe Behörde einen mehr technischen und aus dem Vertrag abzuleitenden Charakter und der Ministerrat einen politischen Charakter besitzen, der es ermögliche, „gewisse Instruktionen“ an die Hohe Behörde bei der Durchführung von Entscheidungen zu geben. Abschließend betont der französische Außenminister Schuman, daß die Hohe Behörde unabhängig sein solle. Allerdings seien Interventionen von Regierungen und Gremien wie beispielsweise den Gewerkschaften zulässig. Diesbezüglich kämen entweder Kontakte zur Hohen Behörde vor einer Entscheidungsfindung oder aber die Schaffung einer „Instanz zur Nachprüfung der Entscheidungen“ in Betracht.

**92**      17.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blankenhorn      S. 254

Blankenhorn gibt ein Gespräch mit dem französischen Hohen Kommissar vom 16. Juli 1950 wieder. François-Poncet äußerte die Befürchtung, daß sich die UdSSR wegen der inzwischen von den USA in Korea gezeigten Entschlossenheit veranlaßt sehen könnte, „rechtzeitig, das heißt schon jetzt, zum Angriff zu schreiten“. Angesichts der unzureichenden Verteidigungsvorbereitungen in Europa könne ein sowjetischer Vormarsch nicht aufgehalten werden. Für erfolversprechende militärische Vorkehrungen sei es zu spät; eine Aufrüstung der Bundesrepublik würde „die russische Invasion nur noch beschleunigen“. Allenfalls könne an eine Verstärkung der Dienstgruppen gedacht werden, deren ausreichende Bewaffnung jedoch Schwierigkeiten bereiten würde. Blankenhorn sprach sich für eine grundlegende Reorganisation der Dienstgruppen aus. Er widersprach der Überlegung, im Kriegsfall den Sitz der Bundesregierung nach Kanada zu verlegen; äußerstenfalls sei eine Verlegung nach Spanien oder Nordafrika denkbar. François-Poncet kritisierte abschließend die Haltung des SPD-Vorsitzenden Schumacher, die eine deutsch-französische Zusammenarbeit erschwere. Ferner informierte er über den Stand der Vorbereitungen zur Revision des Besatzungsstatuts und kündigte an, daß die Bundesregierung für die Außenpolitik einen „ziemlichen Grad von Unabhängigkeit“ erhalten werde.

**93**      17.07. Aide-mémoire zu Sicherheitsfragen      S. 258

In der an den amerikanischen Stellvertretenden Hohen Kommissar Hays übermittelten Denkschrift werden die Konsequenzen eines sowjetischen Einmarsches in die Bundesrepublik erörtert. Als mögliche Sofortmaßnahmen zur Unterstützung der Verteidigungsbemühungen der Drei Mächte werden die Nutzung von Flüssen als Sperrlinien, die Errichtung von Straßensperrungen sowie die Anlage von bewaffneten „Fluchtburgen“ genannt. Ferner wird zu bedenken gegeben, wie und wo kampfbereite ehemalige Wehrmachtsangehörige bewaffnet

und eingesetzt werden könnten. Hinsichtlich des zu erwartenden Stroms von 8 bis 10 Millionen Flüchtlingen wird die Frage der Sicherung und eventuellen Lenkung gestellt. In den vorgesehenen Auffanggebieten sollten Vorkehrungen zur Verpflegung und Unterkunft getroffen sowie der Weitertransport in „menschenarme Räume im südlichen Frankreich und Spanien“ vorbereitet werden. Zur Gewährleistung der Versorgung wird eine Vorratshaltung in Frankreich, Großbritannien und der Schweiz vorgeschlagen. Zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung wird die Aufstellung örtlicher Hilfspolizei und die Unterstellung der Polizeien der Länder unter Bundeshoheit angeregt. Schließlich wird problematisiert, ob eine Verstärkung der Dienstgruppen auf 200 000 Mann sowie ihre Verwendung als „Kadres für deutsche Truppenteile“ unter deutscher Führung ins Auge gefaßt werden sollte.

- 94      17.07.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blankenhorn      S. 263

Blankenhorn gibt eine Besprechung mit dem amerikanischen Stellvertretenden Hohen Kommissar Hays über die Folgen eines möglichen sowjetischen Angriffs wieder. Der ebenfalls anwesende Berater in Sicherheitsfragen, Graf von Schwerin, regte rechtzeitige Vorkehrungen gegen Sabotageakte und Umsturzversuche in der Bundesrepublik an. Ferner trat er für eine Verstärkung der Polizeikräfte in den Ländern sowie für die Aufstellung kommunaler Hilfspolizei ein. Hays hielt einen Ausbau der Länderpolizeien bis zu einer Gesamtstärke von 10 000 Mann für möglich. Er gab ferner zu erkennen, daß er den Vorschlag des französischen Hohen Kommissars François-Poncet skeptisch beurteile, den Sitz der Bundesregierung im Kriegsfall nach Kanada zu verlegen. Zu den von Schwerin erläuterten Konsequenzen der zu erwartenden Fluchtbewegung erklärte Hays, daß ein rascher Weitertransport aus den Auffanggebieten wichtig sei. Positiv nahm Hays die von Schwerin vorgetragenen Vorschläge zur Unterstützung der Verteidigungsmaßnahmen der Drei Mächte auf. Er stimmte zu, daß über die Dienstgruppen „unter nützlicher Tarnung“ Kader für Truppenverbände der Bundesrepublik geschaffen werden könnten.

- 95      20.07.    Sitzung des Organisationsausschusses der Konferenz über den Schuman-Plan in Paris      S. 269

Der niederländische Delegationsleiter Spierenburg stimmt einer supranationalen Gemeinschaft zu. Allerdings müsse ein Ministerrat in die „Verantwortlichkeit der Hohen Behörde gegenüber der Assemblée commune“ eingeschaltet werden. Dieser könne in Einzelfragen, wie bei der Landesverteidigung, der Hohen Behörde Direktiven geben oder ihre Zuständigkeit aufheben. Wichtig seien für die einzelnen Regierungen auch Möglichkeiten zur Anrufung eines Schiedsgerichts. Delegationsleiter Hallstein wendet sich nachdrücklich dagegen, dem Mini-



sterrat „ein Direktionsrecht der von Holland geforderten Art“ zuzugestehen, weil dadurch der supranationale Charakter des Schuman-Plans gefährdet werde.

- 96**      21.07. Sitzung des Organisationsausschusses der Konferenz über den Schuman-Plan in Paris      S. 272

Der Vorsitzende der Konferenz, Monnet, schlägt vor, durch einen Juristenausschuß ein Arbeitsdokument ausarbeiten zu lassen über Struktur und Stellung der Hohen Behörde, des Ministerrats, der Gemeinsamen Versammlung und – auf Vorschlag Belgiens und der Niederlande – auch des Schiedsgerichts. Hinsichtlich einer eventuellen Befugnis des Ministerrats, der Hohen Behörde in Fragen der Aufrüstung, der Blockaden sowie des Imports und Exports Anweisungen zu erteilen, kann angesichts unterschiedlicher Auffassungen des niederländischen Delegationsleiters Spierenburg und des Vorsitzenden der Konferenz, Monnet, sowie des Delegationsleiters Hallstein bis zum Ende der Sitzung keine Einigkeit erzielt werden.

- 97**      22.07. Besprechung mit dem amerikanischen Stellvertretenden Hohen Kommissar Hays      S. 274

Ministerialdirektor Blankenhorn erläutert die Auffassung des Bundeskanzlers Adenauer, daß die Bundesrepublik im Kriegsfall unbedingt verteidigt werden müsse und „deutsche Kräfte im Rahmen der alliierten Verteidigung so rasch wie möglich zu organisieren“ seien. Er informiert über das Vorhaben, Präsident Truman persönlich um eine Verstärkung der amerikanischen Besatzungstruppen zu bitten. Der amerikanische Stellvertretende Hohe Kommissar hält eine vorherige Konsultation des Hohen Kommissars McCloy für unabdingbar und versichert, daß binnen ein bis eineinhalb Jahren keine sowjetischen Aktionen erwartet würden. Er teilt mit, daß die AHK vorgeschlagen habe, eine Aufstockung der Polizei in den Ländern bis zu einer Gesamtstärke von 10000 Mann zu genehmigen. Mit diesem Vorschlag sei auf Frankreich Rücksicht genommen worden, das keine Bundespolizei wünsche. Der Berater in Sicherheitsfragen, Graf von Schwerin, übergibt Vorschläge für einen Ausbau der Polizeikräfte. Ferner kündigt er Überlegungen sowohl zur Reorganisation der Dienstgruppen bei den Besatzungstruppen der drei Westmächte als auch zur „Aktivierung der Kriegskameradschaften ehemaliger deutscher Kampfeinheiten“ an.

- 98**      23.07. Besprechung beim Vorsitzenden der Konferenz über den Schuman-Plan, Monnet, in Houjarray      S. 281

Der niederländische stellvertretende Delegationsleiter Kohnstamm skizziert für die geplante Montan-Union drei Zuständigkeitsbereiche. In Fragen der europäischen Verteidigung, der Vollbeschäftigung und der Handelspolitik fordert er eine Unterordnung der Hohen Behörde unter die Weisungen des Ministerrats. Delegationsleiter Hallstein kritisiert den Vorschlag

von Kohnstamm und hebt hervor, „daß eine Festlegung auf die Vollbeschäftigungsphilosophie nicht erreichbar sein werde“. Er wendet sich weiter gegen eine Verfälschung der Struktur der Hohen Behörde. Eine Aufnahme kriegswirtschaftlicher Gesichtspunkte verleihe ihr den Charakter eines „war production board“. Monnet stimmt Hallstein zu, und es wird beschlossen, zukünftig die Kriegswirtschaft nicht mehr als Beispiel in der Diskussion zu verwenden. Hallstein argumentiert weiter, daß für alle Beschlüsse des Ministerrats, die Weisungen beinhalten, Einstimmigkeit zu fordern sei.

- 99**      27.07.    Besprechung beim Vorsitzenden der Konferenz über      S. 283  
den Schuman-Plan, Monnet, in Paris

Monnet schlägt eine Unterscheidung zwischen „vollkommenen europäischen Organen des Schuman-Plans (Hohe Behörde und Cour) und unvollkommenen“ mit „transitorischem Charakter“ (Ministerrat und Gemeinsame Versammlung) vor. Delegationsleiter Hallstein entgegnet, daß die Gemeinsame Versammlung als Kontrollorgan auf Dauer der Hohen Behörde gleichgestellt sein müsse und daß auch der Ministerrat keine vorübergehende Funktion habe, sondern eine Interessenvertretung der einzelnen Mitgliedstaaten sei. Das bundesstaatliche Konzept der europäischen Union erfordere, daß jedes einzelstaatliche Gewicht durch ein gesamtstaatliches Gegengewicht kompensiert werden müsse.

- 100**      27.07.    Aufzeichnung des Bundeskanzlers Adenauer,      S. 285  
z.Z. Bürgenstock

Adenauer betont, daß die Erhaltung des Selbstbehauptungswillens und die Einbeziehung der Bundesrepublik in die westliche Verteidigung nur möglich seien, wenn ihr weitgehende Eigenständigkeit zugestanden werde. Mit einer Revision des Besatzungsstatuts müßten daher für die Bundesrepublik eigenes Recht sowie ein völkerrechtlicher Status angestrebt werden, der „nicht lediglich vom Willen der Alliierten abhängig“ sei.

- 101**      30.07.    Gespräch des Delegationsleiters Hallstein mit dem      S. 286  
Vorsitzenden der Konferenz über den Schuman-Plan,  
Monnet, in Houjarray

Monnet zeigt sich beunruhigt über die Haltung der italienischen Regierung zum Schuman-Plan. Lediglich die Bundesrepublik, Frankreich und die Niederlande hätten genaue inhaltliche Vorstellungen. Interesse bestünde auch in den USA, die ein starkes Europa wünschten. Monnet spricht sich für die Entsendung eines Beobachters der Konferenz über den Schuman-Plan zum Europarat aus, lehnt jedoch eine „organische Verbindung“ zwischen der zukünftigen Schuman-Plan-Organisation und dem Europarat ab. Besorgt äußert sich Monnet zur Haltung der französischen Sozialisten zum Schuman-Plan, und Delegationsleiter Hallstein merkt an, daß es im sozialpolitischen Ausschuß der Konferenz noch Differenzen gebe hinsicht-

lich der „Anerkennung einer Vollbeschäftigungs-Philosophie“. Monnet schlägt vor, die Konferenz über den Schuman-Plan bis zum 12. August 1950 zu unterbrechen, um dann den Regierungen Gelegenheit zu geben, einen Bericht über den derzeitigen Verhandlungsstand zu prüfen, der als Direktive für die Redaktion des Vertrags gedacht sei.

- 102**     01.08.   Oberlandesgerichtsrat Dittmann an Oberregierungsrat     S. 290  
 Ostermann von Roth, z.Z. Bürgenstock

Dittmann bittet, Bundeskanzler Adenauer über ein Gespräch mit dem Leiter der französischen Verbindungsstelle in Bonn zu informieren. Cheysson habe berichtet, daß in der Intergovernmental Study Group on Germany in London Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich einer Revision des Besatzungsstatuts bestünden. Während Frankreich eine Beibehaltung der Beschränkungen auf den Gebieten Sicherheit und Außenpolitik wünsche, bevorzugten die USA eine Fortdauer der Kontrollen in den Bereichen Wirtschaft und Gesetzgebung. Großbritannien befürworte dagegen Einschränkungen auf den Gebieten der Sicherheit und der Wirtschaft.

- 103**     01.08.   Aufzeichnung des Oberlandesgerichtsrats Dittmann     S. 292

Dittmann faßt ein Gespräch mit dem französischen Stellvertretenden Hohen Kommissar zusammen. Bérard erklärte, daß die mit Schreiben des Geschäftsführenden Vorsitzenden der AHK, Kirkpatrick, vom 28. Juli 1950 mitgeteilte Ablehnung einer Bundespolizei mit Rücksicht auf die Öffentlichkeit in Frankreich erfolgt sei. Die französische Regierung wünsche jedoch, der Bundesregierung eine „schlagkräftige Polizei für Fälle der Not“ zuzugestehen; sie empfehle daher, bei der Auslegung des Schreibens „nicht zu ängstlich“ zu sein. Abschließend betonte Bérard, daß das Bundesamt für Verfassungsschutz bald seine Arbeit aufnehmen müsse.

- 104**     02.08.   Gespräch des Delegationsleiters Hallstein mit dem     S. 294  
 Vorsitzenden der Konferenz über den Schuman-Plan,  
 Monnet, in Paris

Hallstein berichtet, daß Bundeskanzler Adenauer nicht einverstanden sei mit dem Verfahrensvorschlag von Monnet, den Regierungen mit der Bitte um weitere Instruktionen einen Bericht über den Stand der Verhandlungen vorzulegen. Ein offizieller Zwischenbericht müßte im Bundestag debattiert werden, und die unvermeidliche öffentliche Erörterung von Details werde die Verhandlungen praktisch in das Anfangsstadium zurückversetzen. Monnet erwidert, daß er von dem Gedanken, einen Zwischenbericht vorzulegen, abgerückt sei. Für die Anfangsphase der Hohen Behörde empfiehlt er, daß die Konferenz „konkrete und detaillierte Anweisungen“ ausarbeiten solle.

- 105**      4./5.08. Sitzung des Organisationsausschusses der Konferenz      S. 296  
über den Schuman-Plan in Paris

Die Delegationsleiter Belgiens, Luxemburgs und der Niederlande – Suetens, Wehrer und Spierenburg – stimmen dem französischen „Mémorandum sur les Institutions“ zu. Delegationsleiter Hallstein bedauert, daß wesentliche Vorschläge der Bundesrepublik nicht berücksichtigt worden seien. Besonders kritisiert er die Zurückdrängung des supranationalen Charakters der Gemeinsamen Versammlung. Der Vorsitzende der Konferenz, Monnet, merkt an, daß es zu einer Endredaktion des Vertrags erst kommen könne, wenn sowohl die wirtschaftlichen als auch die institutionellen Fragen geklärt seien. Übereinstimmung erzielen die Teilnehmer darüber, daß das „Mémorandum sur les Institutions“ keineswegs als bindende Festlegung angesehen werden könne und im Zusammenhang mit den Bemerkungen einzelner Delegationen „gelesen“ werden müsse.

- 106**      09.08. Aufzeichnung des Beraters in Sicherheitsfragen,      S. 301  
Graf von Schwerin

Schwerin informiert über ein Gespräch mit dem britischen Stellvertretenden Hohen Kommissar vom Vortag. Steel erläuterte, daß die sicherheitspolitischen Besprechungen seines amerikanischen Kollegen Hays mit Schwerin und Ministerialdirektor Blankenhorn „auf rein politischer Ebene“ geführt würden. Weiterreichende Entscheidungen seien der für Mitte September 1950 vorgesehenen Außenministerkonferenz der drei Westmächte vorbehalten. Steel erhob jedoch keine Bedenken gegen geheime Beratungen von militärischen Sachverständigen aus der Bundesrepublik und gegen die Bildung eines Verteidigungsausschusses des Bundeskabinetts. Er empfahl, die Pressediskussionen über die Bewaffnung der Dienstgruppen bei den Besatzungstruppen zu beenden. Ferner hielt er den Eintritt ehemaliger Wehrmachtsangehöriger in die geplanten Bereitschaftspolizeien der Länder und außerdem die Zulassung von Vereinigungen ehemaliger Soldaten für möglich, sofern diese „nicht in politisches Fahrwasser abglitten“.

- 107**      09.08. Aufzeichnung des Beraters in Sicherheitsfragen,      S. 304  
Graf von Schwerin

Schwerin berichtet über ein Gespräch mit dem amerikanischen Stellvertretenden Hohen Kommissar. Hays äußerte sich besorgt über die Pressediskussion zur Bewaffnung und Umorganisation der Dienstgruppen bei den Besatzungstruppen der drei Westmächte. Angesichts der kritischen Äußerungen des Bundesministers Blücher wünschte er insbesondere, daß dieser persönlich zur Beendigung der „schädlichen Erörterung“ beitrage. Des weiteren teilte Hays mit, daß bei den Dienstgruppen in der amerikanischen Zone außer einer Verstärkung um 10000 Mann auch strukturelle Änderungen vorgenommen würden, um einen „erfolgreichen Start der geplanten Cadrebildung“ vorzubereiten. Die in den bisherigen Besprechungen von

Schwerin vorgetragenen Vorschläge zur Sicherheitsfrage seien den Regierungen der Drei Mächte übermittelt worden. Entscheidungen würden auf der bevorstehenden Außenministerkonferenz getroffen. In einem abschließenden Resümee der bisher vereinbarten Maßnahmen bekräftigte Hays, daß er den Eintritt ehemaliger Wehrmachtsangehöriger in die Bereitschaftspolizeien der Länder positiv beurteile.

- 108**      10.08.    Aufzeichnung des Gesandtschaftsrats a. D. Tichy      S. 307

Tichy informiert über eine Ressortbesprechung im Bundesministerium für Angelegenheiten des Marshallplans. Bei der Erörterung des geplanten Abkommens über die Errichtung einer Europäischen Zahlungsunion habe Übereinstimmung bestanden, daß der Bundestag dem Beitritt der Bundesrepublik zustimmen müsse. Dagegen sei eine Genehmigung der Alliierten Hohen Kommission vor einer Unterzeichnung nicht erforderlich, da das Abkommen „lediglich eine Fortentwicklung des Marshall-Plans“ darstelle.

- 109**      10.08.    Legationsrat I. Klasse a. D. Mohr, z. Z. Straßburg, an die Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten      S. 309

Mohr übermittelt den Beschluß des Ministerkomitees des Europarats vom 5. August 1950. Danach solle der Kontakt mit der Bundesregierung durch das Generalsekretariat des Europarats gewährleistet werden, in dem – ebenso wie in den Sachverständigenausschüssen – künftig auch Deutsche tätig sein könnten. Darüber hinaus könne das Ministerkomitee die Bundesregierung auffordern, zur Erörterung bestimmter Themen Berater zu entsenden. Mohr gibt Informationen weiter, daß sowohl Frankreich als auch Belgien, Luxemburg und die Niederlande darauf gedrängt hätten, die Möglichkeit von Beratungen ohne Teilnahme eines Vertreters der Bundesrepublik zu erhalten.

- 110**      11.08.    Der Bevollmächtigte der Bundesrepublik in Berlin, Vockel, an Bundeskanzler Adenauer      S. 311

Vockel berichtet von der Diskussion in Berlin (West) über eine Eingliederung der Stadt in die Bundesrepublik. Das Thema sei vom Magistrat und den der SPD nahestehenden Zeitungen stark herausgestellt worden – verbunden mit dem Vorwurf der „Entschlußlosigkeit der Bundesregierung, vorab des Bundeskanzlers“. Sogar der amerikanische Stadtkommandant Taylor habe sich der Argumentation angeschlossen, damit jedoch eine Klarstellung des französischen Stellvertretenden Hohen Kommissars provoziert. Bérard habe die Ablehnung einer Einbeziehung der Stadt als 12. Land bekräftigt. In einem Gespräch vom 5. August 1950 habe Oberbürgermeister Reuter allerdings nur noch die Anwendung wichtiger Bundesgesetze auf Berlin (West) verlangt. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage der Stadt konstatiert Vockel eine langsame Besserung. Neben den zusätzlichen Hilfsmaßnahmen der USA und den Kreditbürg-

schaften des Bundes und der ECA-Verwaltung in Frankfurt/Main werde sich die Wiederaufnahme des Interzonenhandels positiv auswirken. Besondere Bedeutung komme ferner den Verhandlungen über eine dauerhafte Regelung der Finanzhilfe des Bundes zu. Abschließend appelliert Vockel, die Verbundenheit mit Berlin (West) durch eine verstärkte Verlegung von Bundesdienststellen, etwa der Ausbildungsstätte für den Auswärtigen Dienst, in die Stadt zu zeigen.

- 111**     17.08.   Generalkonsul I. Klasse Krekeler, New York, an die Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten     S. 316

Krekeler gibt ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Byroade, wieder. Dieser empfahl, daß die Bundesrepublik keine überhöhten Erwartungen an die am 12. September 1950 beginnende Außenministerkonferenz der drei Westmächte in New York knüpfen solle. Er erwähnte jedoch die Bemühungen, den völkerrechtlich noch bestehenden Kriegszustand zu beenden, und stimmte zu, daß die Möglichkeiten dafür angesichts des Korea-Kriegs sowohl juristisch als auch psychologisch gewachsen seien. Krekeler informierte über die Entscheidung des Bundeskanzlers Adenauer, amerikanische Staatsbürger von der Visumpflicht bei der Einreise in die Bundesrepublik auszunehmen. Byroade beendete das Gespräch mit dem Hinweis, daß die Aufhebung des Kriegszustands mit einem Vertrag verbunden sein müsse, in dem von der Bundesrepublik „wesentliche Zugeständnisse“ erwartet würden.

- 112**     24.08.   Bundeskanzler Adenauer an den Geschäftsführenden Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission, McCloy     S. 320

Adenauer legt Rechtsverwahrung gegen das Abkommen vom 6. Juli 1950 zwischen der DDR und Polen über die Festlegung der Oder-Neiße-Linie als Staatsgrenze ein. Er weist darauf hin, daß der Gebietsstand Deutschlands gemäß Kommuniqué vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam nur durch einen Friedensvertrag geändert werden könne. Die DDR-Regierung entbehre daher jeder Legitimation für vorgreifende Bindungen. Das Görlitzer Abkommen werde von der Bundesregierung als „rechtswidrig und ungültig“ betrachtet.

- 113**     29.08.   Memorandum des Bundeskanzlers Adenauer     S. 322

Der Bundeskanzler weist darauf hin, daß das Vertrauen der Bevölkerung der Bundesrepublik in die westliche Verteidigungsfähigkeit wegen des Korea-Kriegs schwinde. Er schildert die Stärke und die offensive Ausrichtung der sowjetischen Streitkräfte in der DDR sowie die Umstrukturierung von Teilen der Volkspolizei zu militärischen Formationen. Daraus zieht er den Schluß, daß die UdSSR „Westdeutschland mit der Ostzone zu einem satellitenartigen Staatengebilde“ vereinigen wolle. Adenauer erneuert daher in dringender Form die Bitte an die drei Westmächte, ihre Truppen in der Bundesrepublik

alsbald zu verstärken. Außerdem bekräftigt er die Bereitschaft der Bundesrepublik, in einer internationalen westeuropäischen Armee ein Kontingent zu stellen. Dagegen lehnt er eine „Remilitarisierung Deutschlands“ durch die Aufstellung nationaler Sicherheitskräfte ausdrücklich ab. Zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit schlägt der Bundeskanzler die Bildung einer angemessenen Schutzpolizei unter Bundeshoheit vor, deren demokratische Kontrolle durch einen vom Bundestag gebildeten Ausschuß bzw. deren internationale Kontrolle durch das Militärische Sicherheitsamt erfolgen könne.

- 114**      29.08. Memorandum des Bundeskanzlers Adenauer S. 328
- Der Bundeskanzler erläutert, daß die wesentlichen Voraussetzungen für die bestehende Form der Besatzung nicht mehr gegeben seien. Angesichts der von der Bundesrepublik gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft übernommenen Pflichten müßten ihr mehr Handlungsfreiheit und Verantwortlichkeit zugestanden werden. Die Außenminister der drei Westmächte sollten daher auf der bevorstehenden Konferenz in New York erklären, daß der völkerrechtliche Kriegszustand mit der Bundesrepublik beendet werde, daß der Zweck der Besatzung künftig in der Sicherung gegen äußere Gefahren bestehen solle und daß die Beziehungen zwischen den Drei Mächten und der Bundesrepublik „fortschreitend durch ein System vertraglicher Abmachungen geregelt“ würden. Adenauer schlägt zur Umsetzung dieser Grundsätze die Bildung einer gemeinsamen Kommission von Sachverständigen vor.
- 115**      29.08. Gespräch des Delegationsleiters Hallstein mit dem Vorsitzenden der Konferenz über den Schuman-Plan, Monnet, in Paris S. 330
- Delegationsleiter Hallstein berichtet zum Stand der Diskussion über den Schuman-Plan, daß in der Bundesrepublik grundsätzliche Zustimmung vorhanden sei zur supranationalen Struktur und zum Handlungsplan für die Anlaufphase. Er müsse jedoch darauf aufmerksam machen, daß weder die Bundesregierung noch die Opposition oder die Gewerkschaften einer Preiserhöhung zustimmen könnten, da sich daraus „notwendig eine Preisrevolution in Deutschland entwickeln würde“. Für die Übergangszeit fordert Hallstein konkrete Sonderlösungen für die belgische Kohle und den italienischen Stahl. Ausgleichszahlungen seien zwar nicht gänzlich auszuschließen, müßten jedoch prozentual beschränkt werden. Monnet äußert sich skeptisch gegenüber dem Mittel eines graduellen Marktes und hält Ausgleichszahlungen für unumgänglich.
- 116**      30.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blankenhorn S. 334
- Blankenhorn gibt ein Gespräch mit dem Leiter der französischen Verbindungsstelle in Bonn wieder. Cheysson berichtete über die Reaktion des französischen Hohen Kommissars und des französischen Außenministers auf einen vorab übermittel-

ten Entwurf zum Sicherheitsmemorandum des Bundeskanzlers Adenauer. François-Poncet und Schuman würdigten, daß die Bundesregierung eine „einseitige Remilitarisierung Deutschlands“ ablehne und zur Teilnahme an einer internationalen westeuropäischen Armee bereit sei. Cheysson teilte ferner mit, daß eine Schutzpolizei unter Bundeshoheit nicht genehmigt werde. Jedoch könnten die Bereitschaftspolizeien in den Ländern ein geeignetes Instrument zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung werden. Hinsichtlich einer Neuordnung der Beziehungen mit den Drei Mächten informierte Cheysson, daß auf der bevorstehenden Außenministerkonferenz in New York eine Erklärung über die völkerrechtliche Beendigung des Kriegszustands erfolgen werde. Darüber hinaus entspreche die von Adenauer vorgeschlagene Erklärung, den „Besatzungszweck in einen Sicherheitszweck zu verwandeln“, den französischen Vorstellungen. Schwierigkeiten könnte der Wunsch nach einem System vertraglicher Vereinbarungen bereiten, wenn die Bundesregierung damit eine sofortige Aufhebung des Besatzungsstatuts anstrebe.

- 117      02.09. Bundeskanzler Adenauer an den Geschäftsführenden      S. 336  
 Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission,  
 François-Poncet

In Ergänzung zum Sicherheitsmemorandum vom 29. August 1950 unterbreitet Adenauer Vorstellungen über Zusammensetzung, Bewaffnung und Organisation der von ihm gewünschten Schutzpolizei unter Bundeshoheit. Diese solle in der ersten Phase aus 25 000, später aus 60 000 Mann bestehen und je nach Entwicklung der Lage weiter verstärkt werden können. Als Ausrüstung schlägt er automatische Handfeuerwaffen, Maschinengewehre, Handgranaten und Granatwerfer vor.

- 118      02.09. Bundeskanzler Adenauer an den Geschäftsführenden      S. 338  
 Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission,  
 François-Poncet

Bundeskanzler Adenauer bittet um eine öffentliche Erklärung zur Beruhigung der Bevölkerung in der Bundesrepublik und zur Abschreckung der „Gewalthaber in der Ostzone“. Die Westmächte sollten darin die Verpflichtung übernehmen, Übergriffe der Volkspolizei der DDR auf das Gebiet der Bundesrepublik und von Berlin (West) selbst dann abzuwehren, wenn sich die UdSSR „bei etwaigem Vorgehen der Volkspolizei völlig zurückhält“.

- 119      09.09. Besprechung beim Vorsitzenden der Konferenz über      S. 339  
 den Schuman-Plan, Monnet, in Paris

Der niederländische Delegationsleiter Spierenburg erläutert die Forderung, daß der Ministerrat in Verteidigungsfragen gegenüber der Hohen Behörde weisungsbefugt sein müsse. Er betont, daß diese Befugnis eine Festlegung der Prioritäten bei Verteilung, Produktionsprogramm und Investitionen umfassen



solle. Er plädiert für ein Abstimmungsverfahren mit qualifizierter Mehrheit. Dagegen wendet Delegationsleiter Hallstein ein, daß die ökonomischen Prinzipien, auf die die Hohe Behörde festgelegt sei, damit ihre Geltung verlieren würden. Außerdem fielen Entscheidungen in Verteidigungsfragen de facto in den „zuständigen internationalen Verteidigungsorganismus“. Dies sei für die Bundesrepublik jedoch nur zu akzeptieren, wenn sie durch einen eigenen Verteidigungsbeitrag selbst Einfluß nehmen könne. So sei eine Weisungsbefugnis des Ministerrats nur bei Einstimmigkeit akzeptabel. Spierenburg hält es für undenkbar, daß sich die westeuropäischen Regierungen in Verteidigungsfragen einem „deutschen Veto“ unterwerfen würden.

**120**      13.09. Aufzeichnung des Staatsrats Haas S. 342

Haas berichtet über ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Hochkommissariat, Gufler. Dieser teilte mit, daß eine formelle Stellungnahme der Alliierten Hohen Kommission zur Frage einer Auslandsverwendung von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern nicht erfolgt sei und auch nicht herbeigeführt zu werden brauche. Künftig könne eine Verwendung vorgesehen werden, wobei jeder Einzelfall „on its own merits“ beurteilt werden solle. Auf den Hinweis von Haas, daß die Bundesrepublik sehr an der Errichtung von Generalkonsulaten in Südamerika interessiert sei, empfahl Gufler, entsprechende Anträge an die AHK zu stellen.

**121**      16.09. Besprechung beim Vorsitzenden der Konferenz über den Schuman-Plan, Monnet, in Paris S. 343

Zum niederländischen Memorandum über eine Weisungsbefugnis des Ministerrats gegenüber der Hohen Behörde im Zusammenhang mit der „europäischen Verteidigung“ erklärt Staatssekretär Hallstein, daß seine Bedenken nicht ausgeräumt seien. Er halte diesbezüglich an der Notwendigkeit der einstimmigen Beschlußfassung des Ministerrats fest. Der niederländische Delegationsleiter Spierenburg weist darauf hin, daß der Schuman-Plan ohne Lösung dieser strittigen Frage Gefahr laufe, „unter dem Drucke der Verteidigungsbedürfnisse gebrochen zu werden“. Hallstein wendet dagegen ein, daß die Übertragung der Weisungsbefugnisse darauf hinauslaufe, auch für ein im Ministerrat überstimmtes Mitglied Krieg erklären zu können. Der französische Vertreter Hirsch schlägt vor, das Problem nicht unter dem verteidigungspolitischen, sondern vielmehr unter dem wirtschaftlichen Aspekt zu betrachten. Bei jeglicher Verknappung solle zunächst der Ministerrat mit der Verteilung befaßt werden. Komme es dort zu keiner einstimmigen Entscheidung, so habe die Hohe Behörde die Produkte, die sich aus der gemeinsamen Produktion von Kohle und Stahl ergäben, zu verteilen. Während Hallstein und Monnet den Vorschlag positiv aufnehmen, erwähnt Spierenburg, daß er das Einstimmigkeitsprinzip im Ministerrat akzeptieren könne, „wenn Deutschland bereit sei, die Ruhrbehörde beizubehalten“.

- 122      16.09.   Generalkonsul I. Klasse Krekeler, New York, an die      S. 347  
Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten

Krekeler berichtet über ein Gespräch des Vortragenden Legationsrats Riesser mit dem französischen Hohen Kommissar vom Vortag. François-Poncet habe über die in New York tagende Außenministerkonferenz der Drei Mächte mitgeteilt, daß die Abgabe einer Erklärung der drei Westmächte geplant sei, wonach jeder Angriff gegen die Bundesrepublik „wie ein Angriff auf ihr eigenes Territorium angesehen“ und damit die Verteidigungsmaßnahmen der NATO auslösen würde. Ferner werde der völkerrechtlich noch bestehende Kriegszustand beendet werden. Schließlich solle der Bundesrepublik gestattet werden, ein Außenministerium zu errichten und „agents diplomatiques“ mit beschränkten Befugnissen ins Ausland zu entsenden. Statt der Aufstellung einer Bundespolizei werde die Verstärkung der Polizei in den Ländern um 25 000 Mann genehmigt. Hinsichtlich der Bereitstellung eines Kontingents der Bundesrepublik innerhalb einer europäischen Armee sei bisher keine Entscheidung gefallen. Jedoch sei die französische Öffentlichkeit „noch nicht geneigt, die Neubildung einer deutschen Wehrmacht zu gestatten“. In diesem Zusammenhang habe François-Poncet den großen Einfluß ehemaliger deutscher Generale auf die Politik der Bundesregierung erwähnt.

- 123      18.09.   Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blankenhorn      S. 350

Blankenhorn berichtet, der amerikanische Stellvertretende Hohe Kommissar Hays habe sich danach erkundigt, wie sich die Bundesregierung die Behandlung der Frage eines deutschen Kontingents innerhalb einer europäischen Armee vorstelle. Daraufhin habe Bundeskanzler Adenauer antworten lassen, die Außenminister der drei Westmächte könnten diese Angelegenheit zum Gegenstand einer formellen Anfrage an die Bundesregierung machen, damit insbesondere der Bundestag die Angelegenheit erörtern und entscheiden könne.

- 124      18.09.   Generalkonsul Hausenstein, Paris, an die Dienststelle      S. 351  
für Auswärtige Angelegenheiten

Hausenstein teilt mit, daß Frankreich einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik in einem europäischen Rahmen ablehne. Der amerikanische Druck, der auf der Außenministerkonferenz vom 12. bis 14. sowie am 18. September 1950 in New York auf den französischen Außenminister Schuman ausgeübt werde, führe möglicherweise zu einer Isolierung Frankreichs und damit zu einer Verschlechterung des deutsch-französischen Verhältnisses. Hausenstein empfiehlt die Abgabe einer Erklärung, daß die Bundesregierung die Aufstellung von Truppen solange aufschiebe, bis ein Einvernehmen mit Frankreich erreicht sei und die drei Westmächte ihre Truppen an der „Demarkationslinie“ wesentlich verstärkt hätten.

- 125**      24.09. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy S. 352
- McCloy berichtet, daß sich sowohl die Außenminister der drei Westmächte als auch der NATO-Ministerrat auf den Tagungen vom 12. bis 18. September 1950 in New York für die Aufstellung einer internationalen Armee ausgesprochen hätten, in die deutsche Kontingente gleichberechtigt einbezogen werden sollten. Ferner sei die Bundesregierung als einzige legitime Regierung in Deutschland anerkannt worden. Aus der Übertragung des ausschließlichen Rechts der Bundesrepublik zur Übernahme der Rechte und Pflichten des Deutschen Reiches ergebe sich allerdings die Verpflichtung, die Vorkriegsschulden zu übernehmen. Hinsichtlich der Sicherheitsfrage sei eine Verstärkung der Besatzungstruppen sowohl in Berlin (West) als auch in der Bundesrepublik vorgesehen. Dagegen sei die Bildung einer Bundespolizei nicht genehmigt worden. Darüber hinaus informiert McCloy, daß in der amerikanischen Zone alle Kriegsverbrecher von einem Begnadigungsausschuß angehört worden seien, der zahlreiche Strafmaßänderungen vorgeschlagen habe. Adenauer erklärt, daß an einen Verteidigungsbeitrag keine politischen Forderungen geknüpft werden sollten, obwohl die psychologischen Voraussetzungen in der Bundesrepublik problematisch seien. Ablehnung käme vor allem von Teilen der evangelischen Kirche, zu denen auch Bundesminister Heinemann gehöre. Dessen Rücktrittsgesuch wolle er nun annehmen.
- 126**      26.09. Generalkonsul I. Klasse Krekeler, New York, an die Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten S. 360
- Krekeler berichtet über ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium. Byroade gab der Hoffnung Ausdruck, daß der amerikanische Kongreß möglichst bald einen Beschluß über die völkerrechtliche Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland herbeiführe.
- 127**      27.09. Aufzeichnung des Beraters in Sicherheitsfragen, Graf von Schwerin S. 362
- Schwerin faßt ein Gespräch mit dem amerikanischen Stellvertretenden Hohen Kommissar zusammen. Hays teilte mit, daß die Bundesregierung baldmöglichst die Bewaffnung für die Bereitschaftspolizei anfordern solle, da diese aus den USA eingeführt werden müsse. Bekleidung, Kraftfahrzeuge, Funk- und Nachrichtengeräte, möglicherweise auch Handgranaten, Sprengmittel und leichte Waffen sollten jedoch in der Bundesrepublik hergestellt werden. Hays informierte ferner, daß die amerikanischen Besatzungstruppen bis zum 1. April 1951 verstärkt werden sollten. Er führte aus, daß aus den Bereitschaftspolizeien in den Ländern und den Dienstgruppen sechs deutsche Divisionen aufgestellt werden könnten, so daß zusammen mit den alliierten Truppen insgesamt 19 Divisionen zur Verfügung stünden, an deren Spitze vorübergehend ein amerikanischer Oberbefehlshaber treten würde. Der amerikanische Hohe Kommissar McCloy habe vorgeschlagen, jeweils nur Teile der Be-

reitschaftspolizeien für drei Monate zusammenzuziehen und ausbilden zu lassen, damit – gemäß dem Wunsch der Länder – nicht gleichzeitig alle Kräfte dem Bund unterständen.

- 128      28.09. Bundeskanzler Adenauer an den amerikanischen Hohen Kommissar McCloy S. 366

Der Bundeskanzler teilt mit, daß die Bundesregierung entschlossen sei, hinsichtlich der Ausfuhrkontrollen weiterhin „aufs engste“ mit der amerikanischen Regierung zusammenzuarbeiten. Trotz der Bedeutung des Außenhandels mit dem Osten müsse die Sicherheit der westlichen Welt den Handelsinteressen einzelner Staaten vorangehen. Die Ausfuhrgenehmigungen seien in Abstimmung mit der „Export Control Working Party“ der AHK erteilt worden. Die Genehmigung der Ausfuhr von Materialien, die in den Vorbehaltslisten erfaßt seien, unterläge nicht deutscher Zuständigkeit. Vielmehr hätte für die von McCloy beanstandeten Lieferungen strategischer Materialien die Zustimmung der AHK vorgelegen. Es sei Aufgabe der Grenzzoll-Stellen, die Übereinstimmung der Ausfuhr Güter mit den Angaben in den Ausfuhrpapieren zu überprüfen. Adenauer regt an, in der Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, daß die Bundesrepublik den gleichen Beschränkungen im Osthandel unterliege, denen auch die übrigen Staaten in Westeuropa unterworfen seien.

- 129      04.10. Aufzeichnung des Beraters in Sicherheitsfragen, Graf von Schwerin S. 369

Schwerin gibt Fragen des amerikanischen Hohen Kommissars an Bundeskanzler Adenauer weiter. McCloy erkundigt sich, ob die Bundesregierung einen amerikanischen Oberbefehl über eine europäische Verteidigungsstreitmacht billigen würde. Er bittet um Auskunft, ob in der Bundesrepublik ein Kontingent von etwa zehn Divisionen auf freiwilliger Basis oder nur bei Einführung der Wehrpflicht aufgestellt werden könnte und welche Untergliederung bevorzugt würde. Er fragt ferner, ob und wann der Aufbau einer Luftwaffe zur Unterstützung der Bodentruppen erfolgen solle, wie die Verwaltung eines deutschen Kontingents zu organisieren wäre und ob die Bundesrepublik dessen Aufstellung in eigener Verantwortung oder durch Verordnungen des vorgesehenen Oberbefehlshabers bewerkstelligen wolle. Schließlich wünscht McCloy Informationen über die innenpolitischen Schwierigkeiten, die zu erwarten wären.

- 130      10.10. Aufzeichnung des Beraters in Sicherheitsfragen, Graf von Schwerin S. 370

Schwerin beantwortet die am 4. Oktober 1950 übermittelten Fragen des amerikanischen Hohen Kommissars McCloy. Ein amerikanischer Oberbefehl über eine europäische Verteidigungsstreitmacht wäre akzeptabel, sofern ihm auch die Truppen der übrigen Teilnehmerstaaten untergeordnet würden. Für ein Kontingent der Bundesrepublik sei eine eigene Gesetzge-

bung und die baldige Einführung der Wehrpflicht erforderlich. Die Aufstellung solle auf Korps-Ebene erfolgen und zu gegebener Zeit die Bildung eines „deutschen Armee-Stabes“ einschließen. Ferner wären die Luftverteidigung der Bundesrepublik und deren Beteiligung an der Luftverteidigung Europas zu bedenken. Kritik sei von den Oppositionsparteien, von pazifistischer, nationalistischer und kirchlicher Seite sowie bei den von einer Mitwirkung ausgeschlossenen Teilen der ehemaligen Wehrmacht zu erwarten. Sie werde jedoch um so geringer sein, je rascher die drei Westmächte die psychologisch notwendigen Voraussetzungen schüfen.

- 131**     11.10    Besprechung mit dem Allgemeinen Ausschuß der Alliierten Hohen Kommission S. 372

Zum Auftakt der Verhandlungen über eine Revision des Besatzungsstatuts teilt der britische Stellvertretende Hohe Kommissar Steel mit, daß ein revidiertes Statut und eine neue Vereinbarung nach dem Vorbild des Petersberger Abkommens in Vorbereitung seien. Es würden Vorschläge für die gewünschten Erklärungen der Bundesrepublik zur Schuldenfrage und zur Rohstoffverteilung erarbeitet. Ferner bemühe sich die AHK um Lockerungen der Beschränkungen für die Stahlproduktion und für den Schiffbau. Zur Überprüfung der deutschen Gesetze, die auf dem völkerrechtlich noch bestehenden Kriegszustand beruhten, sei ein Rechtsausschuß gebildet worden. Zur Fortgeltung von Verträgen des Deutschen Reiches habe die AHK den betroffenen Staaten eine Initiative der Bundesrepublik angekündigt. Hinsichtlich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen und des Beitritts zu internationalen Organisationen hätten die Gespräche mit der Bundesregierung bereits begonnen. Zur Regelung der Flüchtlingsfragen könne gleichfalls eine offiziellere Verbindung aufgenommen werden. Ministerialdirektor Blankenhorn benennt die Sachverständigen für die Verhandlungsausschüsse. Zur Aufstellung der Bereitschaftspolizeien in den Ländern kündigt er eine baldige Einigung mit den Ministerpräsidenten an.

- 132**     11.10.    Aufzeichnung des Referenten Böker S. 378

Böker gibt Informationen des Beraters in Sicherheitsfragen, Graf von Schwerin, über das Gespräch mit dem amerikanischen Stellvertretenden Hohen Kommissar Hays vom selben Tag wieder. Es habe Einigkeit darüber bestanden, daß die Bewaffnung der Bereitschaftspolizeien der Länder durch den Bund beschafft werden solle, und zwar durch eigene Produktion in der amerikanischen Besatzungszone oder – „im Austausch gegen Panzermaterial“ – in der Schweiz. Hinsichtlich eines Kontingents der Bundesrepublik innerhalb einer europäischen Verteidigungsstreitmacht habe Hays – ausgehend von einer Kaderbildung bei den Dienstgruppen der alliierten Streitkräfte – für eine stufenweise Aufstellung von acht oder zehn Divisionen plädiert. Schwerin habe erklärt, daß diese Planung in deutscher Verantwortung umgesetzt werden könne.

Er habe ferner auf eine Zurückhaltung bei den militärischen Sachverständigen hingewiesen, weil „gewisse psychologische Voraussetzungen“ noch ausstünden. Daraufhin habe Hays versichert, daß eine Begnadigung der meisten in amerikanischen Gewahrsam befindlichen Kriegsverbrecher bevorstehe.

- 133**      16.10.   Aufzeichnung des Rechtsberaters Kaufmann      S. 381

Kaufmann erörtert das Problem, ob für eine Wehrgesetzgebung eine Änderung des Grundgesetzes erforderlich wäre. Er weist darauf hin, daß Verteidigungsfragen in die Gesetzgebungskompetenz des Bundes fielen, obwohl dies im Grundgesetz nicht eigens festgelegt sei. Artikel 26 verbiete zwar Vorbereitungen für einen Angriffskrieg, nicht aber Maßnahmen zur Verteidigung, die auch von der UNO-Charta vom 26. Juni 1945 gedeckt würden. Mit Artikel 24 sei die Einordnung eines deutschen Kontingents in ein überstaatliches Verteidigungssystem vom Grundgesetz selbst ermöglicht. Zugleich werde dort die Gegenseitigkeit der Rechte und Pflichten aller Teilnehmer gefordert. Zwar seien im Grundgesetz militärische Fragen mit Rücksicht auf die Besatzungsmächte nicht ausdrücklich erwähnt worden, doch lebe die auf diesem Gebiet lediglich ruhende Souveränität Deutschlands wieder auf, sobald dafür Raum gegeben werde. Ferner besäßen die Organe des Bundes aufgrund ungeschriebenen Verfassungsrechts oder „aus der Natur der Sache“ Zuständigkeit in Militärangelegenheiten.

- 134**      24.10.   Aufzeichnung des Staatssekretärs Hallstein, z.Z. Paris      S. 385

Hallstein gibt die Erläuterungen des französischen Außenministers zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Plevén vom selben Tag wieder. Schuman erklärte, auch er habe die Schaffung einer europäischen Armee immer ins Auge gefaßt, jedoch eine längere psychologische Vorbereitungszeit für notwendig gehalten. Der französische Vorschlag sei weder als Torpedierung der amerikanischen Vorstellungen noch als Taktik zu verstehen. Wenn der Plan bei der Tagung des Verteidigungsausschusses der NATO vom 28. bis 31. Oktober 1950 in Washington angenommen würde, könnten Verhandlungen aufgenommen werden, die auf politischer Ebene stattfinden und nicht von militärischen Sachverständigen geführt werden sollten. Abschließend erläuterte Schuman, daß die Erklärung von der gesamten Regierung, einschließlich ihrer sozialistischen Mitglieder, getragen werde. Darin liege ein Unterschied zum Schuman-Plan, bei dem größere Bewegungsfreiheit in der Formulierung bestanden habe.

- 135**      25.10.   Notiz des Ministerialdirektors Blankenhorn      S. 387

Blankenhorn faßt ein Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem britischen Hohen Kommissar zusammen. Kirkpatrick kritisierte die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Plevén vom Vortag und trat dafür ein, auch gegen den Willen Frankreichs die im September 1950 in New York erörterte „große Lösung“ einer europäischen NATO-Streitmacht durch-

zuführen. Dazu würden außer den vorgesehenen sechs amerikanischen Divisionen vier britische, zwei belgische, eine niederländische und sechs bis sieben französische Divisionen gehören. Die Bundesrepublik solle sechs Divisionen für den Fronteinsatz und vier Divisionen als Reserve stellen. Die ablehnende Haltung der SPD werde durch entsprechenden Druck der USA und Großbritanniens überwunden werden können.

- 136**      26.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blankenhorn      S. 389

Blankenhorn notiert ein Gespräch mit dem französischen Stellvertretenden Hohen Kommissar. Bérard erläuterte, der mit der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Plevén vom 24. Oktober 1950 unterbreitete Plan für eine europäische Armee sei das Ergebnis eines Kompromisses innerhalb des französischen Kabinetts. Die für die Bundesrepublik nachteiligen Vorschläge, wie etwa die Verweigerung eines eigenen Verteidigungsministeriums, seien die Folge des noch immer vorhandenen außerordentlichen Mißtrauens in Frankreich. Es müßte vor dem Hintergrund der im Mai 1951 bevorstehenden Parlamentswahlen und der kommunistischen Argumentation gesehen werden, daß Frankreich durch die Deutschlandpolitik seiner Regierung in ein „militärisches Abenteuer gegen Sowjetrußland“ gestürzt werde. Auf die von Blankenhorn erläuterten Bedenken des Bundeskanzlers erwiderte Bérard mit der Bitte, die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien sollten in der Kritik vorerst zurückhaltend bleiben.

- 137**      27.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blankenhorn      S. 391

Blankenhorn informiert über eine Besprechung mit dem Allgemeinen Ausschuß der AHK über die Revision des Besatzungsstatuts. Von seiten der AHK wurde besonderer Wert auf die vom Geschäftsführenden Vorsitzenden Kirkpatrick am 23. Oktober 1950 erbetenen Erklärungen der Bundesregierung zur Anerkennung der Vorkriegsschulden des Deutschen Reiches und zur Verteilung der Rohstoffe gelegt. Ferner wurde eine baldige Verabschiedung des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht und eine Aufstellung über die internationalen Organisationen erbeten, denen die Bundesrepublik beizutreten wünsche. Hinsichtlich einer völkerrechtlichen Beendigung des Kriegszustands hätten Sondierungen ergeben, daß die dazu befragten Staaten zu einer Aufhebung der entsprechenden Gesetze bereit seien. Für die Aufstellung einer der Bundesregierung verantwortlichen Polizei sollten andere Wege erst dann erwogen werden, wenn die von der Außenministerkonferenz der drei Westmächte im September in New York vorgesehene Lösung über die Bereitschaftspolizeien der Länder nicht zustande komme.

- 138**      28.10. Aufzeichnung des Legationsrats a.D. Steg      S. 394

Steg erörtert die Möglichkeit, einen Ständigen Beobachters zur UNO zu entsenden. Er sieht in den Maßnahmen zur Beendigung des Korea-Kriegs einen entscheidenden Wendepunkt für

die Organisation und hält ihre Entwicklung zum „bestimmen Faktor der internationalen Politik“ für denkbar. Da die Bundesrepublik vorerst nicht ordentliches Mitglied werden könne, rät Steg zur Akkreditierung eines Ständigen Beobachters beim Generalsekretariat. Auf diese Weise wirkten auch andere Staaten, die der Organisation nicht angehörten, an deren Arbeiten mit. Insbesondere würden dadurch die Informationsmöglichkeiten über die Tätigkeit der UNO und ihrer Spezialorganisationen erweitert. Ein Antrag der Bundesregierung sollte durch vertrauliche Sondierungen über das Generalkonsulat in New York bei UNO-Generalsekretär Lie eingeleitet und erst nach dessen Zustimmung offiziell unterbreitet werden. Ferner müßte der Posten zunächst möglichst unauffällig bleiben und erst später mit einer maßgeblichen Persönlichkeit besetzt werden.

- 139**      02.11.    Aufzeichnung des Ministerialrats Herwarth von Bittenfeld S. 398

Herwarth berichtet über den Antrittsbesuch des neuen Leiters der spanischen Mission bei der AHK. Aguirre trat gegenüber dem Bundeskanzler für eine Intensivierung des bilateralen Verhältnisses ein. Spanien wünsche Unterstützung beim Aufbau neuer Industrien und wolle in die Bundesrepublik exportieren, um die Mittel für den Kauf deutscher Waren zu erhalten. Adenauer sprach sich für den Bau von Kraftwerken in Spanien aus, die eventuell Elektrizität in die Bundesrepublik liefern könnten.

- 140**      03.11.    Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Dittmann S. 400

Dittmann gibt eine Mitteilung des Politischen Beraters beim britischen Hochkommissariat wieder. O'Neill erinnerte an eine im Frühjahr 1950 getroffene Vereinbarung zwischen Bundeskanzler Adenauer und dem Hohen Kommissar Robertson zur Einschränkung der Briefzensur in der britischen Besatzungszone. Da allein zwischen dem 20. September und dem 4. Oktober 1950 500 000 Propagandasendungen aus der DDR gezählt worden seien, halte das Hochkommissariat eine partielle Verstärkung der Zensurmaßnahmen für die aus der DDR kommende Post für erforderlich und bitte um Zustimmung des Bundeskanzlers.

- 141**      04.11.    Staatssekretär Hallstein, z.Z. Rom, an Generalsekretär Paris, Europarat S. 401

Hallstein bekräftigt den am Vortag bereits mündlich erläuterten Rechtsstandpunkt der Bundesregierung zur Unterzeichnung der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten durch einen Vertreter des Saargebiets. Er betont den von den drei Westmächten bestätigten Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik und stellt fest, daß das



Saargebiet keine völkerrechtliche Handlungsfähigkeit besitze. Diese Rechtslage werde auch durch die Unterzeichnung eines internationalen Abkommens nicht berührt.

- 142**      07.11.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blankenhorn      S. 403

Blankenhorn faßt ein Gespräch des Bundeskanzlers mit dem französischen Hohen Kommissar zusammen. François-Poncet erklärte im Auftrag des Ministerpräsidenten Plevén, daß dieser eine Verständigung mit der Bundesrepublik für unabdingbar halte und eine baldige Unterzeichnung des Schuman-Plans wünsche. Adenauer hob hervor, daß die Fragen der Übergangsregelungen und der Ruhrbehörde noch strittig seien. Der amerikanische Hohe Kommissar McCloy habe ihm vorgeschlagen, den Vertrag unter dem Vorbehalt einer Beseitigung der Ruhrbehörde zu paraphieren. Hinsichtlich des Plevén-Plans bedauerte der Bundeskanzler, daß dieser die „Sofort-Fragen“ zu wenig berücksichtige. Die europäische Verteidigung müsse unmittelbar nach Abschluß der Verhandlungen über den Schuman-Plan organisiert werden. François-Poncet erläuterte, der Plan sehe die sofortige Errichtung eines europäischen Verteidigungsministeriums sowie die Schaffung einer eigenen Kommandostruktur vor, die der NATO unterstellt würden. Die Bundesrepublik werde dem geplanten Ministerrat von Beginn an angehören. Auch Großbritannien solle nach Möglichkeit beteiligt werden.

- 143**      08.11.    Generalkonsul I. Klasse Du Mont, Amsterdam, an die Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten      S. 406

Du Mont skizziert die niederländische Haltung zur Frage eines Verteidigungsbeitrags der Bundesrepublik. Außenminister Stikker habe sich bereits bei der Tagung des NATO-Ministerrats im September 1950 in New York positiv geäußert. Demgegenüber müsse der Plevén-Plan als „französische Obstruktion“ betrachtet werden, die eine gemeinsame Verteidigung des Westens blockiere und sogar die Verstärkung der amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik verzögern könnte. Allerdings wünschten die Niederlande keine selbständige deutsche Armee, sondern hielten eine Aufstellung deutscher Truppen nur im Rahmen der NATO für tragbar. Dabei werde eingeräumt, daß es für die Bundesrepublik nicht zumutbar wäre, als größte Truppeneinheit nur Bataillone zu stellen. Vielmehr gewinne die Auffassung an Boden, daß die Gleichberechtigung eine Vorbedingung für einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik sein müsse.

- 144**      15.11.    Bundeskanzler Adenauer an den Geschäftsführenden Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission, McCloy      S. 408

Adenauer übermittelt ein Memorandum über die Rechtslage der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein. Obwohl Dänemark den seit 1920 feststehenden Grenzverlauf anerkannt habe, hätten nach 1945 staatlich unterstützte Organisationen

Aktivitäten entwickelt, die unter Ausnutzung einer „defaitistischen Stimmung“ bei der deutschen Bevölkerung eine Abtrennung Südschleswigs von der Bundesrepublik bezweckten. Sogar ein dänisches Regierungsmitglied habe als Ziel der als Kulturinitiativen ausgegebenen Aktionen „volkliche Eroberungen“ genannt. Die Bundesrepublik habe bislang keine Gegenmaßnahmen ergriffen, obwohl sie dazu berechtigt sei. Die dänische Minderheit besitze alle Rechte und Sicherheiten, die ihr der Landtag von Schleswig-Holstein in der Kieler Erklärung vom 26. September 1949 zugesichert habe. Es sei zu hoffen, daß Dänemark diesen Beweis des Verständigungswillens mit der Bereitschaft zur vertraglichen Regelung der Rechte der Minderheiten beiderseits der Grenze honoriere. Eine einseitige Regelung unter dem Besatzungsstatut wäre ein „schwerer Mißgriff“.

- 145      15.11. Aufzeichnung des Rechtsberaters Kaufmann S. 412

Kaufmann stellt fest, daß die Bundesregierung als einzige legitim gebildete Regierung zur Anerkennung der äußeren Vorkriegsschulden des Deutschen Reiches nach dem Gebietsstand vom 31. Dezember 1937 befugt sei. Jedoch müßten ihre beschränkte territoriale Herrschaftsgewalt und der provisorischen Charakter der Bundesrepublik bei einer Schuldenregelung berücksichtigt werden. Die Übernahme einer unbeschränkten Haftung würde einerseits „etwaige“ Staaten, die deutsche Gebietsteile erwerben könnten, aus der Haftung entlassen und andererseits den Eindruck erwecken, daß die Teilung Deutschlands endgültig sei. Da die Bestimmung des Grundgesetzes betreffend Übergang des Reichsvermögens an den Bund unter dem Vorbehalt der Präambel und des Artikels 146 stände, könnte eine unbeschränkte Schuldenübernahme sogar verfassungswidrig sein. Ferner wäre eine solche nicht ohne gleichzeitige Anerkennung der inneren Reichsschulden möglich. Kaufmann schlägt daher eine einschränkende Formulierung für eine Erklärung zur Schuldenfrage vor.

- 146      16.11. Aide-mémoire des Bundeskanzlers Adenauer S. 416

Adenauer erklärt, daß er mit der Billigung eines Verteidigungsbeitrags durch den Bundestag rechne, die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik jedoch Vorbehalte habe. Eine Zustimmung wäre nur zu erreichen, wenn Aussicht auf eine baldige „völlige Freiheit“ der Bundesrepublik bestehe, für die es sich lohne, Opfer zu bringen. Um die Bevölkerung „auch innerlich“ für eine Mitwirkung zu gewinnen, müßten die drei Westmächte rasch Großzügigkeit zeigen. So solle bei den Verhandlungen über eine Revision des Besatzungsstatuts dessen Ablösung durch Verträge angestrebt werden; bei der Festsetzung der Besatzungskosten seien die Sozialausgaben zu berücksichtigen; die Demontagen sollten beendet und die Beschränkungen für die deutsche Industrie und Forschung gelockert werden; die Auslieferung von Deutschen an das Ausland und die Kriegsverbrecherprozesse müßten eingestellt, Todesurteile umgewandelt und bei Freiheitsstrafen möglichst umfassende Be-

gnadigungen ausgesprochen werden. Schließlich müsse für den Rundfunk die Rechtslage aus der Zeit vor 1933 wiederhergestellt werden, damit das „Propagandamonopol“ nicht ohne Verantwortlichkeit gegenüber Parlament und Regierung ausgeübt werde.

- 147      17.11. Generalkonsul I. Klasse Krekeler, New York, an die Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten      S. 420

Der Generalkonsul berichtet über ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Byroade, vom 15. November 1950. Krekeler hob hervor, daß hinsichtlich einer Verstärkung der Verteidigung in Europa nach Auffassung des Bundeskanzlers Adenauer äußerste Eile geboten sei. Byroade erläuterte, daß es nach den amerikanischen Vorschlägen nicht um eine „Remilitarisierung Deutschlands“, sondern um die gleichberechtigte Teilnahme an einer europäischen Streitmacht gehe. Die Bundesrepublik würde an den organisatorischen und strategischen Planungen beteiligt werden, wenn auch die Erfüllung ihres an sich legitimen Anspruchs auf Mitwirkung in der NATO wegen der notwendigen Zustimmung der Parlamente sämtlicher Mitgliedstaaten längere Zeit benötigte. Ein Versuch, politische Konzessionen zur Bedingung für einen deutschen Verteidigungsbeitrag zu machen, sei jedoch abzulehnen. Byroade bestätigte, daß die europäische Verteidigung noch vor Jahresende organisiert sein müsse. Krekeler betonte, daß weder durch den Pleven-Plan noch durch die Verhandlungen zum Schuman-Plan Verzögerungen eintreten dürften. Zudem müßten im Widerspruch stehende Bindungen wie das Ruhrstatut revidiert werden.

- 148      21.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Dittmann      S. 425

Dittmann gibt ein Gespräch des Bundeskanzlers mit dem britischen Hohen Kommissar über das Aide-mémoire vom 16. November 1950 wieder. Kirkpatrick führte aus, daß die gewünschte Ablösung des Besatzungsstatuts durch Verträge denkbar sei, gegebenenfalls aber eine neue Rechtsgrundlage für die Truppen der Drei Mächte in Berlin geschaffen werden müsse. Im Hinblick auf die Besatzungskosten erklärte er sich mit einer Überprüfung unter Berücksichtigung der Sozialausgaben der Bundesrepublik einverstanden. Zu den Demontagen äußerte er, daß sie fast vollständig abgeschlossen seien; Erleichterungen im Bereich der Forschungs- und Produktionsbeschränkungen seien jedoch möglich. Ferner informierte er, daß Auslieferungen nur noch beim Straftatbestand des Mordes erfolgten, die deutsche Justizhoheit in der britischen Besatzungszone weitgehend wiederhergestellt sei und eine Revision des Rundfunkwesens geprüft werden könne. Adenauer bat um Unterstützung zur Verhinderung der letzten Demontagen. Zu den übrigen Themen kündigte er die Übermittlung von Memoranden an.

- 149**      24.11. Staatsrat Haas an Staatssekretär Hallstein, z.Z. Paris      S. 430

Haas übermittelt Hallstein Angaben über den Aufbau und die Personalplanung des zukünftigen Auswärtigen Amts. Die bisherige Abteilung III (Konsularabteilung) der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten solle in eine Rechtsabteilung und eine Politische Abteilung mit je einer Unterabteilung für Friedensregelung und für Ländergruppen gegliedert werden. Die bisherige Abteilung II (Verbindungsstelle zur AHK) könne erst abgebaut werden, wenn das Besatzungsstatut verändert sei. Außerdem solle mit größter Beschleunigung eine Handelspolitische Abteilung aufgebaut werden. Die für Kulturbeziehungen zuständige Arbeitseinheit in der Abteilung II müsse als eigene Kulturabteilung verselbständigt werden. Für die einzustellenden Mitarbeiter werden Personalvorschläge unterbreitet.

- 150**      27.11. Aufzeichnung des Oberregierungsrats Stahlberg      S. 432

Stahlberg berichtet, daß in der Besprechung vom 24. November 1950 zwischen Vertretern der Bundesregierung und der AHK vereinbart worden sei, Pässe im Inland zukünftig von Landräten und Bürgermeistern kreisfreier Städte ausstellen zu lassen. Die AHK werde der Bundesregierung eine Liste mit Namen von Personen, denen kein Paß ausgehändigt werden dürfe, übergeben. Die AHK behalte sich eine Entscheidung über die Schaffung eines für die Paßkontrolle, aber auch für die „grüne Grenze“ zuständigen Bundesgrenzschutzes noch vor. Im Ausland solle die Zuständigkeit für die Ausgabe von Pässen zwischen dem 1. und 15. Januar 1951 an die Generalkonsulate in New York, London und Paris übergehen. Die Paßausstellung solle außerdem in denjenigen Staaten, in denen Konsulate der Bundesrepublik bestünden, bis zum 1. April 1951 und in möglichst vielen anderen Staaten so schnell wie möglich durch Dienststellen der Bundesrepublik übernommen werden.

- 151**      28.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Dittmann      S. 437

Dittmann berichtet, daß laut Auskunft des Politischen Beraters im britischen Hochkommissariat, O'Neill, der britische Hohe Kommissar keine prinzipiellen Einwendungen gegen den Plan zur Revision des Besatzungsstatuts habe, den die Bundesregierung in einem Gegenentwurf zum Vorschlag der drei Westmächte angeboten habe. Kirkpatrick habe jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß innerhalb der AHK noch mit Schwierigkeiten zu rechnen sei. Der von Dittmann beigefügte Entwurf der Bundesregierung bezieht sich auf folgende Themen: völkerrechtliche Beendigung des Kriegszustandes, Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik bis zur Herstellung der deutschen Einheit, militärisches Hilfsversprechen der Drei Mächte und Schaffung von Polizeikräften des Bundes. Hingewiesen wird auch auf die Bereitschaft der Bundesrepublik, die Haftungsverpflichtungen für die Vorkriegsschulden zu übernehmen, sowie auf die Erklärung der AHK, den Aufbau eines „Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten“ zuzu-

lassen und die Bundesregierung zu ermächtigen, in direkte diplomatische Beziehungen mit anderen Staaten zu treten. Hervorgehoben wird die Absicht der AHK, einige Kontrollrechte des Besatzungsstatuts aufzuheben und weitere Lockerungen, vor allem hinsichtlich des Schiffbaus und der Stahlquote, vorzunehmen.

- 152      01.12   Bundeskanzler Adenauer an den Geschäftsführenden      S. 444  
Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission,  
François-Poncet

Adenauer teilt mit, daß die Bundesrepublik bereits im März 1950 den Wunsch geäußert habe, in der UNESCO mitarbeiten zu dürfen. Im Juni 1950 habe sie Beobachter zur Generalversammlung der Organisation entsandt und sehe nun den Zeitpunkt als geeignet an, ein Aufnahmegesuch zu stellen. Die Bundesrepublik sei kein Mitglied der UNO, und deshalb müsse das Gesuch zunächst dem Wirtschafts- und Sozialrat der UNO unterbreitet werden. Wenn bis Mitte Dezember 1950 beim Generalsekretär der UNESCO ein Antrag vorliege, könne noch im Frühjahr 1951 mit einer Entscheidung durch die Generalversammlung der UNESCO gerechnet werden.

- 153      04.12   Generalkonsul I. Klasse Krekeler, New York, an die      S. 446  
Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten

Krekeler berichtet über ein Gespräch mit dem Generalsekretär der UNO. Er habe dabei betont, daß keine „Remilitarisierung“, sondern nur eine Beteiligung der Bundesrepublik an einer europäischen Verteidigung gewünscht werde. Lie habe „ohne eine Spur von Bitterkeit im Ton“ angemerkt, daß er die deutsche Besetzung Norwegens nicht vergessen könne. Deshalb plane er auch keinen Besuch in der Bundesrepublik. Lie habe weiter den Standpunkt vertreten, daß die Teilung Deutschlands überwunden werden sollte; überhaupt stehe nicht Korea, sondern Deutschland im Brennpunkt des politischen Geschehens. Er begrüße es, daß die Bundesrepublik in Norwegen ein Generalkonsulat errichten werde.

- 154      04.12   Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats      S. 448  
Dittmann

Dittmann vermerkt, daß die amerikanischen und französischen Hohen Kommissare, McCloy und François-Poncet, das Schreiben des Ministerpräsidenten der DDR, Grotewohl, vom 30. November 1950 im Wortlaut kennenzulernen und mit Bundeskanzler Adenauer vor einer Beantwortung zu besprechen wünschten. Von französischer Seite sei noch darauf hingewiesen worden, daß es sich bei dem Vorgang um eine Angelegenheit der auswärtigen Politik handele und damit der AHK vorbehalten sei.

- 155**     07.12.    Besprechung über den Schuman-Plan S. 449
- Staatssekretär Hallstein teilt dem Koordinierungsausschuß mit, daß bei der Konferenz über den Schuman-Plan bereits mit der Formulierung des Vertragstextes begonnen worden sei. Bei den institutionellen Fragen habe sich wenig geändert, aber es beständen noch Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Kartelle und des belgischen Kohleproblems. Auch die Preisfrage sei noch umstritten, und in Außenhandelsfragen gebe es Differenzen mit Belgien, Luxemburg und den Niederlanden. Die Mitglieder des Koordinierungsausschusses erörtern anschließend Fragen der Institutionen des Schuman-Plans, um sich dann dem Wettbewerb und der Kartellfrage zuzuwenden.
- 156**     07.12    Generalkonsul I. Klasse Du Mont, Amsterdam, an die Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten S. 457
- Du Mont berichtet, er habe mit dem Generalsekretär im niederländischen Außenministerium, Boon, über den niederländischen Plan der Einsetzung eines Hohen Kommissars für Verteidigungsfragen gesprochen. Er habe dabei vor allem bedauert, daß die Bundesregierung über sie betreffende Fragen nicht informiert gewesen sei. Dies beunruhe ihn besonders, weil die Nachrichten über den Inhalt des Plans in der Presse auf eine „nicht tragbare Diskriminierung hindeuteten“. Der Generalsekretär habe sich energisch gegen den Vorwurf gewehrt, daß die niederländische Regierung Kontrollen und Beschränkungen der Bundesrepublik plane. Eine direkte Kontaktaufnahme mit der Bundesregierung sei lediglich aus besatzungsrechtlichen Gründen nicht möglich gewesen. Die Niederlande strebten an, eine Einigung der drei Westmächte in Verteidigungsfragen herbeizuführen. Die Einsetzung des Hohen Kommissars sei ein Vermittlungsvorschlag zur Verwirklichung der völligen Gleichberechtigung der Bundesrepublik.
- 157**     09.12.    Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Dittmann S. 459
- Dittmann vermerkt aus einem Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Geschäftsführenden Vorsitzenden der AHK, François-Poncet, vom 7. Dezember 1950, daß Adenauer bereit sei, mit der AHK das Schreiben des Ministerpräsidenten der DDR vom 30. November 1950 zu beraten. Die Beantwortung fiele aber nicht in die Zuständigkeit der AHK, weil Grotewohl nur Fragen der innerdeutschen Politik berühre.
- 158**     09.12.    Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy S. 460
- McCloy berichtet aus der Sitzung des Rats der Alliierten Hohen Kommissare. Diese seien zu dem Ergebnis gekommen, daß das Schreiben des Ministerpräsidenten der DDR, Grotewohl, vom 30. November 1950 einer sorgfältigen Prüfung bedürfe. Adenauer teilt mit, daß er beabsichtige, den Brief mündlich beantworten zu lassen und gleichzeitig ein Aide-mémoire zu

übergeben. Darin wolle er anfragen lassen, wie geheime Wahlen durchgeführt werden sollten und ob Grotewohl beauftragt sei, im Namen der östlich der Oder-Neiße-Linie gelegenen deutschen Gebiete zu sprechen. Zur Frage eines Verteidigungsbeitrags der Bundesrepublik führt McCloy aus, daß die USA an einer militärischen Gleichberechtigung der Bundesrepublik festhalten werden. Die amerikanische Regierung stehe dem Wunsch, das Besatzungsstatut durch einen Sicherheitsvertrag zu ersetzen, positiv gegenüber. Adenauer zeigt sich besorgt über die französische Politik, die praktisch auf eine Neutralisierung und damit auf eine Preisgabe Deutschlands an den Osten hinausliefe.

- 159**      09.12.    Rundschreiben des Ministerialdirigenten Herwarth von Bittenfeld      S. 466

Herwarth teilt mit, die AHK habe mit Wirkung vom 10. November 1950 beschlossen, den Mitgliedern der tschechischen und polnischen Konsulate die konsularische Immunität zu entziehen, da sie bisher nicht bei der AHK ihre Anerkennung beantragt hätten. Auch die Bundesrepublik solle den Vertretungen keine Immunitäten und Privilegien mehr einräumen. Nach Auffassung des Bundeskanzleramtes sollten den Vertretungen die bisher gewährten Vorrechte und Vergünstigungen noch bis zum 31. Dezember 1950 belassen und Zwangsmaßnahmen vermieden werden.

- 160**      11.12.    Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Leiter der schweizerischen Mission bei der AHK, Huber      S. 468

Huber erläutert, daß die Schweiz wegen der in der DDR lebenden Schweizer und der ungeklärten Schuldenfrage Bedenken habe, eine Vertretung in der Bundesrepublik zu errichten. Der Bundeskanzler teilt mit, daß der Ausschuß des Bundestags für das Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten den Verhandlungsergebnissen mit der AHK über die Anerkennung der Vorkriegsschulden zustimmen werde. Huber wünschte darüber hinaus eine Anerkennung der Schulden von etwa einer Milliarde Franken aus den Jahren 1939 bis 1945. Adenauer deutet in dieser Frage Verhandlungsbereitschaft an. Dagegen erklärt er, daß er seitens der Bundesrepublik keine Möglichkeit sehe, auch für private Verbindlichkeiten deutscher Staatsbürger einzustehen.

- 161**      11.12.    Vortragender Legationsrat von Kessel, Paris, an Staatssekretär Hallstein, z.Z. Paris      S. 471

Aus Gesprächen mit politischen Beobachtern teilt Kessel deren Auffassung mit, daß Frankreich nicht das genügende Gewicht habe, um eine eigene weltpolitische Linie zu verfolgen. Bei Meldungen über französisch-sowjetische Sondierungen handele es sich vermutlich um ein Störmanöver der UdSSR, der daran liege, Mißtrauen zwischen den drei Westmächten zu säen.

- 162**     12.12.   Aufzeichnung des Vizekonsuls a. D. Krapf, z. Z. Paris     S. 473
- Krapf berichtet über ein Gespräch mit dem Gesandten an der amerikanischen Botschaft in Paris. Nach Meinung von Bohlen würden erst Vorverhandlungen über die Tagesordnung der geplanten Außenministerkonferenz der Vier Mächte erkennen lassen, ob die UdSSR „ernsthafte Absichten“ hätte. Wenn das der Fall sei und die UdSSR entsprechende Verpflichtungen eingehe, sei nicht ausgeschlossen, daß auf der Konferenz die Entmilitarisierung eines vereinigten Deutschlands vereinbart werden könnte. Frankreich hoffe, mittels Verhandlungen der Vier Mächte eine deutsche Wiederbewaffnung verhindern zu können. Bohlen sei der Ansicht, daß die Erörterungen für die Aufstellung von Truppenkontingenten der Bundesrepublik verfrüht aufgenommen wurden. Es sei auch ungewiß, ob und unter welchen Voraussetzungen „der deutsche Soldat“ wieder bereit sei zu kämpfen.
- 163**     12.12.   Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats     S. 475  
Dittmann
- Dittmann informiert über ein Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Leiter der jugoslawischen Wirtschaftsvertretung vom Vortag. Adenauer bot an, bei der Überwindung der wirtschaftlichen Krise zu helfen. Er bat Pavlič, darauf hinzuwirken, daß noch vor Weihnachten 1950 eine Generalamnestie für die deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien erlassen werde. Nachdem Pavlič auf die „wirklichen Verbrecher“ aufmerksam machte, gab Adenauer zu bedenken, daß bei der Verurteilung der „Haß über die Vernunft die Oberhand gewonnen habe“. Deswegen halte er eine Überprüfung aller Urteile für gerechtfertigt.
- 164**     12.12.   Aufzeichnung des Staatsrats Haas     S. 477
- Haas vermerkt, daß die AHK den Wunsch der Bundesregierung nach Errichtung eines Generalkonsulats in Teheran der iranischen Regierung mitgeteilt habe. Während der Handelsvertragsverhandlungen mit dem Iran habe es jedoch Anzeichen dafür gegeben, daß der Iran Bedenken habe, die Bundesrepublik anzuerkennen. Daher stehe die Zustimmung zur Errichtung eines Generalkonsulats in Teheran noch aus.
- 165**     13.12.   Vortragender Legationsrat Riesser, New York, an die     S. 478  
Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten
- Riesser berichtet von einem Gespräch mit dem juristischen Berater im amerikanischen Außenministerium. Oppenheimer teilte mit, daß in Washington erwogen werde, Adenauer zur bevorstehenden Tagung des NATO-Ministerrats am 18./19. Dezember 1950 nach Brüssel einzuladen, damit er seine Auffassung über einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik erläutern könne. Riesser erwiderte, daß eine Teilnahme des Bundeskanzlers auf Kritik in der Bundesrepublik stoßen würde, wenn es zu unzureichenden Beschlüssen hinsichtlich der deutschen Mitwirkung an einer europäischen Verteidigung käme.



- 166**      13.12. Generalkonsul I. Klasse von Grundherr, Athen, an die Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten S. 479
- Grundherr gibt Eindrücke seit seiner Ankunft in Athen wieder. Ministerpräsident Venizelos, der stellvertretende griechische Ministerpräsident Papandreou und der Staatssekretär im griechischen Außenministerium, Politis, wünschten, daß das Generalkonsulat in Athen bald in eine Gesandtschaft umgewandelt werde. Wirtschafts- und Regierungskreise legten angesichts einer „drohenden Ostgefahr“ Wert auf eine enge wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit. Eine Integration der Bundesrepublik in ein europäisches Verteidigungsbündnis werde befürwortet. Papandreou habe am 13. November 1950 vor der griechischen Kammer eine Regelung von Eigentumsfragen der Bundesrepublik in Griechenland angekündigt.
- 167**      14.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Mohr S. 481
- Mohr erörtert die Schwierigkeiten, auf die ein Beitritts-gesuch der Bundesrepublik zur UNO stoßen würde. Abgesehen von der Feindstaaten-Klausel, unter die Deutschland gemäß der UNO-Charta noch falle, würde ein Antrag der Bundesregierung wahrscheinlich an einem Veto der UdSSR im Sicherheitsrat scheitern. Andernfalls könnte die UdSSR einen Beitritt der Bundesrepublik von der gleichzeitigen Aufnahme der „Ost-zonen-Republik“ abhängig machen. Den Interessen der Bundesrepublik dürfte zunächst mit ihrer Teilnahme an den Sonderorganisationen der UNO und später durch Entsendung eines Ständigen Beobachters gedient sein.
- 168**      16.12. Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy in Bad Homburg S. 484
- McCloy und Adenauer erörtern Probleme der geplanten Außenministerkonferenz der Vier Mächte und den Stand der Beratungen über eine vertragliche Neuregelung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und den drei Westmächten. McCloy erwartet von der Tagung des NATO-Ministerrats am 18./19. Dezember 1950 und von der Außenministerkonferenz der drei Westmächte am 19. Dezember 1950 in Brüssel keine großen Ergebnisse. Der Bundeskanzler bringt seine Sorgen über eine Entmilitarisierung und Neutralisierung eines vereinten Deutschlands zum Ausdruck und weist auf die Gefahr hin, daß ein solches Deutschland „sofort unter russischen Einfluß“ falle. Er sei eher bereit, eine Verzögerung bei der Wiedervereinigung hinzunehmen, als daß ganz Deutschland „unter bolschewistische Herrschaft gerate“. Entscheidend sei eine enge Kooperation mit den USA.
- 169**      16.12. Entwurf für einen Sicherheitspakt S. 488
- In dem Entwurf werden Überlegungen für einen Sicherheitspakt entwickelt, der das Besatzungsstatut ersetzen und für die Dauer von zehn Jahren abgeschlossen werden soll. Mit dem

Abkommen müsse „der gemeinsame Schutz“ für die Bundesrepublik und Berlin (West) durch alliierte und deutsche Truppen gewährleistet werden, die gleichberechtigt einem internationalen Oberbefehl zu unterstellen wären. Die Teilnehmerstaaten müßten die Verpflichtung eingehen, alles zu vermeiden, was die Sicherheit des Bundesgebiets gefährde – insbesondere spezielle Abmachungen mit Staaten des Ostblocks. Ferner solle ein Beratungs- und Überwachungsgremium aus militärischen Sachverständigen der drei Westmächte und der Bundesrepublik geschaffen werden, das auch eine eventuelle Waffenproduktion in der Bundesrepublik kontrollieren könnte. In einer besonderen Konvention müßte der Status der alliierten Truppen genau festgelegt werden.

- 170**      16.12. Abgeordneter Gerstenmaier, z.Z. New York, an Bundeskanzler Adenauer S. 490

Gerstenmaier berichtet über seinen Aufenthalt in den USA anlässlich der Erörterung der Kriegsgefangenenfrage durch die UNO-Generalversammlung in New York. Er stellt fest, daß die Beratungen als beachtlicher Erfolg gewertet werden könnten, jedoch von der Debatte über den Korea-Krieg überschattet worden seien. Ferner informiert er über ein Gespräch mit Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses und des Verteidigungsausschusses des amerikanischen Kongresses. Sie hätten der Lage in Deutschland und Europa nur „eine sehr relative Bedeutung“ beigemessen. Doch habe er Zustimmung zu seinen Ausführungen über die Notwendigkeit der Umwandlung des Besatzungsstatuts in einen Sicherheitsvertrag erhalten. Weit hin unbekannt seien in den USA die Vorstellungen der Bundesregierung über einen Verteidigungsbeitrag. Desgleichen könne man sich unter der europäischen Föderationsidee nichts Rechtes vorstellen. Offen werde zugegeben, daß eine „russische Präventivmaßnahme“ gegen die Bundesrepublik z. Z. nicht auszuschließen sei und nur durch einen Großeinsatz amerikanischer Atombomben aufgefangen werden könnte.

- 171**      20.12. Aufzeichnung des Generalkonsuls I. Klasse Anton Pfeiffer, Brüssel S. 495

Pfeiffer faßt ein Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter in Brüssel zusammen. Murphy berichtete, daß auf der Tagung des NATO-Ministerrats am 18./19. Dezember 1950 und auf der Außenministerkonferenz der drei Westmächte am 19. Dezember 1950 in Brüssel beschlossen worden sei, die Bundesrepublik in ein Verteidigungsbündnis einzubeziehen. Ferner teilte er mit, daß vor dem Aufbau eines Außenministeriums das Problem der Auslandsschulden der Bundesrepublik geklärt werden solle. Murphy glaubte nicht, daß die UdSSR einen Angriffskrieg beginnen werde. Frankreich sei inzwischen an einer Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik interessiert. Murphy bestätigte Meldungen, wonach eine Verteidigung Europas an der Elbe gegebenenfalls auch ohne Beteiligung der Bundesrepublik aufgebaut werden müsse.

- 172      21.12. Bundeskanzler Adenauer an den Geschäftsführenden      S. 500  
                 Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission,  
                 François-Poncet (Entwurf)

Adenauer teilt mit, daß der Ausschuß des Bundestags für das Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten zu dem mit der AHK am 4. Dezember 1950 vereinbarten Entwurf eines Notenwechsels über die Anerkennung der Auslandsschulden noch keine Stellung genommen habe. Die Bundesregierung anerkenne jedoch trotz der „beschränkten territorialen Herrschaftsgewalt“ die äußeren Vorkriegsschulden des Deutschen Reiches und die Verbindlichkeiten aus der Wirtschaftshilfe der Nachkriegszeit. Sie wolle an der Aufstellung eines allgemeinen Zahlungsplanes für die Begleichung der Schulden mitarbeiten.

- 173      21.12. Aufzeichnung des Referenten Böker      S. 502

Böker faßt ein Telefongespräch mit dem Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland in Berlin zusammen. Vockel habe den Außenminister der DDR auf dessen Interview mit einer niederländischen Zeitung zu den Punkten Handelsverträge mit der Bundesrepublik sowie Zusammenarbeit mit Polizei und Justiz angesprochen. Dertinger habe Vockel erklärt, daß er damit keine „authentische Interpretation“ des Schreibens des Ministerpräsidenten der DDR, Grotewohl, vom 30. November 1950 gegeben habe.

- 174      28.12. Gespräch mit dem Politischen Berater im      S. 503  
                 amerikanischen Hochkommissariat, Reber

Gegenstand des Gesprächs waren Meinungsverschiedenheiten zwischen Bundeskanzler Adenauer und den Alliierten Hohen Kommissaren am 21. Dezember 1950 über die Ergebnisse der Tagung des NATO-Ministerrats am 18./19. Dezember 1950 und der Außenministerkonferenz der drei Westmächte am 19. Dezember 1950 in Brüssel. Dort sei keineswegs der Entschluß gefaßt worden, das Besatzungsstatut für alle Zeiten aufrechtzuerhalten. Vielmehr sei beabsichtigt, sehr schnell zu prüfen, wie das Besatzungsstatut durch vertragliche Vereinbarungen ersetzt werden könnte. Ferner berichtet Reber über ein Gespräch des amerikanischen Hohen Kommissar McCloy mit dem SPD-Vorsitzenden, der dabei seine Vorstellungen über die Verhandlungen auf der geplanten Außenministerkonferenz der Vier Mächte entwickelt habe. Schumacher habe gebeten, sich für die Wiedervereinigung Deutschlands aufgrund freier Wahlen einzusetzen. Sollte die Konferenz scheitern, habe sich Schumacher bereit erklärt, einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik unter der Bedingung zu unterstützen, daß gleichzeitig die Besatzungstruppen der drei Westmächte erheblich verstärkt würden.

- 175      28.12.   Generalkonsul I. Klasse Krekeler, New York, an die      S. 507  
                 Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten

Krekeler berichtet über die politische Lage in den USA. Durch die Wahlerfolge der Republikanischen Partei bei den Kongreßwahlen sei die innenpolitische Situation in den USA labil geworden. Die militärischen Rückschläge im Korea-Krieg und die negativ verlaufenen Verhandlungen in der UNO hätten im amerikanischen Selbstbewußtsein „Wunden geschlagen“. Dies habe die Öffentlichkeit in ihrer Zustimmung zu der von Präsident Truman angekündigten Aufrüstung bestärkt. Eine Einbeziehung der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungssystem werde in den USA nicht als „kriegsentscheidend“ angesehen, wohl aber als Voraussetzung, um die Position in Mitteleuropa zu halten. Diese Zusammenhänge seien aber noch nicht ausreichend in das öffentliche Bewußtsein gedrungen.

## Literaturverzeichnis

- |                                  |   |
|----------------------------------|---|
| AAPD, Hohe Kommissare 1949–1951  | Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. Band 1: Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts von Hans-Peter Schwarz in Verbindung mit Reiner Pommerin, bearbeitet von Frank-Lothar Kroll und Manfred Nebelin, München 1989. |
| ACHESON, Creation                | Dean Acheson, Present at the Creation. My years in the State Department, New York 1969.   |
| ADENAUER, Briefe 1949–1951       | Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe: Briefe 1949–1951, hrsg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, bearbeitet von Hans Peter Mensing, Berlin 1985.   |
| ADENAUER, Erinnerungen 1945–1953 | Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, Stuttgart 1965.  |
| ADENAUER, Teegespräche 1950–1954 | Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe: Teegespräche 1950–1954, hrsg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters, Berlin 1984.   |
| ADENAUER–HEUSS, Gespräche        | Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe: Adenauer – Heuss. Unter vier Augen. Gespräche aus den Gründerjahren 1949–1959, hrsg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, bearbeitet von Hans Peter Mensing, Berlin 1997.  |
| ADENAUER UND DER SCHUMAN-PLAN    | Eckhard Wandel, Adenauer und der Schuman-Plan. Protokoll eines Gesprächs zwischen Konrad Adenauer und Hans Schäffer vom 3. Juni 1950. Dokumentation, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 20 (1972), S. 192–203.  |
| ADENAUER UND SEINE ZEIT          | Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Beiträge von Weg- und Zeitgenossen, hrsg. von Dieter Blumenwitz, Klaus Gotto, Hans Maier, Konrad Repgen, Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1976.  |
| AdG                              | Keesing's Archiv der Gegenwart, zusammengestellt von Heinrich von Siegler, Jahrgang 18/19 und 20, Essen 1948/49 und 1950.   |
| AKTEN ZUR VORGESCHICHTE          | Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Band 5: Januar–September 1949, hrsg. vom Bundesarchiv und vom Institut für Zeitgeschichte, bearbeitet von Hans-Dieter Kreikamp, München/Wien 1981.  |

- AMTSBLATT DER AHK  
Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission in Deutschland. Nr. 1–58, [o.O.] 1949–1951.
- AMTSBLATT DER MILITÄRREGIERUNG DEUTSCHLAND (Britisches Kontrollgebiet)  
Amtsblatt der Militärregierung Deutschland. Nr. 1–3: Kontrollgebiet der 21. Armeegruppe; Nr. 4–28: Britisches Kontrollgebiet; Nr. 29–36: Amtsblatt der Kontrollkommission – Deutschland (Britische Zone), [1945–1949].
- AMTSBLATT DER MILITÄRREGIERUNG DEUTSCHLAND (Amerikanisches Kontrollgebiet)  
Amtsblatt der Militärregierung Deutschland. Amerikanisches Kontrollgebiet. Ausgabe A–O, hrsg. von Office of Military Government for Germany (U.S.), [Frankfurt am Main] 1946–1949.
- AMTSBLATT DES KONTROLLRATS  
Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, hrsg. vom Alliierten Sekretariat. Nr. 1–19, Berlin 1945–1948; Ergänzungsblatt 1, Berlin 1946.
- AMTSBLATT DES SAARLANDES  
Amtsblatt des Saarlandes 1947–1951, hrsg. vom Informationsamt der Regierung des Saarlandes, Saarbrücken 1947–1951.
- L'ANNÉE POLITIQUE 1949  
L'Année politique 1949. Revue chronologique des principaux faits politiques, économiques et sociaux de la France du 1er Janvier 1949 au 1er Janvier 1950 et bilan du plan Monnet, réalisations et perspectives, Paris 1950.
- L'ANNÉE POLITIQUE 1950  
L'Année politique 1950. Revue chronologique des principaux faits politiques, économiques et sociaux de la France et de l'union Française du 1er Janvier 1950 au 1er Janvier 1951, Paris 1951.
- AUSSENPOLITIK DER DDR I  
Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Band I: 7. Oktober 1949–25. März 1954, hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin [Ost] 1954.
- BDFD I  
Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich: Dokumente 1949–1963. Band 1: Außenpolitik und Diplomatie, hrsg. von Horst Möller und Klaus Hildebrand, bearbeitet von Ulrich Lappenküper, München 1997.
- BÉRARD, Ambassadeur  
Armand Bérard, Un Ambassadeur se souvient. Band 2: Washington et Bonn 1945–1955, Paris 1978.
- BERICHTE DER SCHWEIZER GESANDTSCHAFT  
Anfangsjahre der Bundesrepublik Deutschland. Berichte der Schweizer Gesandtschaft in Bonn 1949–1955, hrsg. von Manfred Todt, München 1987.

- BERLIN 1945–1951  
Berlin. Quellen und Dokumente 1945–1951, hrsg. im Auftrag des Senats von Berlin, bearbeitet von Hans J. Reichhardt, H. U. Treutler und A. Lampe, 2 Halbbände, Berlin 1964.
- BLANKENHORN, Verständnis  
Herbert Blankenhorn, Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949 bis 1979, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1980.
- BONN UND DER SCHUMANPLAN  
Hanns Jürgen Küsters, Bonn und der Schumanplan. Deutsche Europapolitik in den Verhandlungen über die Montanunion 1950/51. Dokumentation, in: Geschichte im Westen 5 (1990), S. 81–100.
- BR SITZUNGSBERICHT  
Bundesrat der Bundesrepublik Deutschland. Sitzungsbericht, Bonn 1949 ff.
- BT ANLAGEN  
Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Bonn 1949 ff.
- BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE  
Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, Bonn 1949 ff.
- BUNDESANZEIGER  
Bundesanzeiger (bis August 1950: Bundesanzeiger und Öffentlicher Anzeiger für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet. Bekanntmachungsorgan für das französische Besatzungsgebiet. Verkündungsorgan für die Verlautbarungen des Einfuhrausschusses), hrsg. vom Bundesminister der Justiz, Bonn 1949 ff.
- BUNDESGESETZBLATT  
Bundesgesetzblatt, hrsg. vom Bundesminister der Justiz, Bonn 1949 ff.
- CHARTER OF THE UNITED NATIONS  
Charter of the United Nations. Commentary and Documents, hrsg. von Leland M. Goodrich und Edvard Hambro, 2. Auflage, London 1949.
- COUNCIL OF EUROPE, ASSEMBLY  
Council of Europe. Consultative Assembly, 2. Session, 7th August – 24th November 1950. Reports. Band 1–5, Straßburg 1950.
- COUNCIL OF EUROPE, MINISTERS  
Council of Europe. Committee of Ministers, Documents. Confidential, 1.–9. Session, Straßburg 1949–1950.
- DBPO II  
Documents on British Policy Overseas. Series II. Band 1: The Schuman Plan, the Council of Europe and Western European Integration, May 1950–December 1952; Band 2: The London Conferences. Anglo-American Relations and Cold War Strategy, January–June 1950; Band 3: German Rearmament, September–December 1950, hrsg. von Roger Bullen und M. E. Pelly unter Mitarbeit von H. J. Yasamee und G. Bennett, London 1986–1991.

- DEPARTMENT OF STATE BULLETIN      The Department of State Bulletin. The Official Weekly Record of United States Foreign Policy, Washington D.C. 1939 ff.
- DEUTSCHE AUSLANDSSCHULDEN      Deutsche Auslandsschulden. Dokumente zu den internationalen Verhandlungen. Oktober 1950 bis Juli 1951, hrsg. vom Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesministerium für Wirtschaft und dem Bundesministerium für den Marshallplan, Hameln [o.J.].
- DOKUMENTE DES GETEILTEN  
DEUTSCHLAND      Dokumente des geteilten Deutschland. Quellentexte zur Rechtslage des Deutschen Reiches, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Band 1, hrsg. von Ingo von Münch, 2. Auflage, Stuttgart 1976.
- DzD II/1      Dokumente zur Deutschlandpolitik. II. Reihe: Vom 9. Mai 1945 bis 4. Mai 1955. Band 1: Die Konferenz von Potsdam, 3 Teilbände, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, bearbeitet von Gisela Biewer, Neuwied 1992.
- DzD II/2      Dokumente zur Deutschlandpolitik. II. Reihe: Vom 9. Mai 1945 bis 4. Mai 1955. Band 2: Die Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 7. September bis 31. Dezember 1949, 2 Teilbände, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters unter Mitarbeit von Daniel Hofmann, München 1996.
- EUROPA-ARCHIV      Europa-Archiv. Zeitschrift für Internationale Politik, Frankfurt am Main 1946 ff.
- FRUS 1949      Foreign Relations of the United States, 1949. Band III: Council of Foreign Ministers; Germany and Austria, bearbeitet von Charles S. Sampson, Washington D.C. 1974; Band IV: Western Europe, bearbeitet von Fredrick Aandahl, Joan Ellen Corbett, Margaret G. Martin, Charles S. Sampson, Howard McGaw Smyth, David H. Stauffer und Ruth M. Worthing, Washington D.C. 1975.
- FRUS 1950      Foreign Relations of the United States 1950. Band III: Western Europe, bearbeitet von John A. Bernbaum, Joan Ellen Corbett, Lisle A. Rose, Charles S. Sampson und David H. Stauffer, Washington D.C. 1977; Band IV: Central and Eastern Europe. The Soviet Union, bearbeitet von Rogers P. Churchill, Charles S. Sampson und William Z. Slany, Washington D.C. 1980; Band VII: Korea, bearbeitet von John P. Glennon, Washington D.C. 1976.



- FRUS 1951 Foreign Relations of the United States 1951. Band III: European Security and the German Question, 2 Teilbände, bearbeitet von John A. Bernbaum, Lisle A. Rose, Charles S. Sampson, William Z. Slany und David H. Stauffer, Washington D.C. 1981.
- GERMANY 1947–1949 Germany 1947–1949. The Story in Documents, hrsg. vom Department of State, Washington D.C. 1950.
- GESETZBLATT DER DDR Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin [Ost] 1949–1950.
- HAAS, Beitrag Wilhelm Haas, Beitrag zur Geschichte der Entstehung des Auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1969.
- HANSARD Parliamentary Debates (Hansard). House of Commons, Official Report. Fifth Series. Band 473–476 (Session 1950), London 1950.
- HEUSS–ADENAUER, Briefwechsel Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe: Heuss–Adenauer. Unserem Vaterland zugute. Der Briefwechsel 1948–1963, hrsg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, bearbeitet von Hans Peter Mensing, Berlin 1989.
- HOFFMANN, Ziel Europa Johannes Hoffmann, Das Ziel war Europa. Der Weg der Saar 1945–1955, München/Wien 1963.
- JOURNAL OFFICIEL Journal Officiel de la République Française. Débats Parlementaires. Assemblée Nationale. Compte rendu in extenso des séances. Questions écrites et réponses des Ministres à ces questions. Paris 1949 ff.
- KABINETTSPROTOKOLLE Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, hrsg. für das Bundesarchiv von Hans Booms. Band 1: 1949, bearbeitet von Ulrich Enders und Konrad Reiser; Band 2: 1950, bearbeitet von Ulrich Enders und Konrad Reiser; Band 3: 1950 Wortprotokolle, bearbeitet von Ulrich Enders und Konrad Reiser; Band 4: 1951, bearbeitet von Ursula Hüllbusch, Boppard am Rhein 1982–1988.
- MCCLOY John J. McCloy. An American Architect of Postwar Germany. Profiles of a Transatlantic Leader and Communicator, hrsg. von Erika J. Fischer und Heinz-D. Fischer, Frankfurt am Main 1995.
- MCCLOY'S REDEN John J. McCloy's Reden zu Deutschland und Berlinfragen. Publizistische Aktivitäten und Ansprachen des Amerikanischen Hochkommissars für Deutschland 1949–1952, hrsg. von Erika J. Fischer und Heinz-D. Fischer, Berlin 1986.

- MOCH, Histoire Jules Moch, Histoire du Réarmement Allemand depuis 1950, Paris 1965.
- MONNET, Mémoires Jean Monnet, Mémoires, Paris 1976.
- LA NAISSANCE D'UN CONTINENT NOUVEAU La naissance d'un continent nouveau. Fondation Jean Monnet pour l'Europe, Centre de recherches européennes Lausanne, Lausanne 1990.
- DER PARLAMENTARISCHE RAT Der Parlamentarische Rat. Akten und Protokolle, hrsg. vom Deutschen Bundestag und vom Bundesarchiv unter der Leitung von Rupert Schick und Friedrich P. Kahlenberg. Band 8: Die Beziehungen des Parlamentarischen Rates zu den Militärregierungen, bearbeitet von Michael F. Feldkamp, Boppard am Rhein 1995.
- PROTOKOLL PARTEITAG DER SPD 1950 Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 21. bis 25. Mai 1950 in Hamburg, [o.O. 1950].
- PUBLIC PAPERS, TRUMAN 1948 Public Papers of the Presidents of the United States. Harry S. Truman. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 1 to December 31, 1948, Washington D.C. 1964.
- PUBLIC PAPERS, TRUMAN 1949 Public Papers of the Presidents of the United States. Harry S. Truman. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 1 to December 31, 1949, Washington D.C. 1964.
- PUBLIC PAPERS, TRUMAN 1950 Public Papers of the Presidents of the United States. Harry S. Truman. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 1 to December 31, 1950, Washington D.C. 1965.
- LES RAPPORTS MENSUELS Les Rapports Mensuels d' André François-Poncet, Haut-Commissaire français en Allemagne 1949–1955, bearbeitet von Hans Manfred Bock, 2 Bände, Paris 1996.
- REICHSGESETZBLATT Reichsgesetzblatt, hrsg. von Reichsministerium des Innern, Berlin 1919–1945.
- SCHUMACHER, Reden Kurt Schumacher. Reden – Schriften – Korrespondenzen 1945–1952, hrsg. von Willy Albrecht, Berlin/Bonn 1985.
- SCHUMAN-PLAN, MATERIALIEN Schuman-Plan, Materialien. Band 4: Investition, Produktion, Preise, Handelspolitik, Zölle, Definition; Band 8: Zwischenbericht des Bundeswirtschaftsministeriums (Bibliothek des Auswärtigen Amts, Signatur Cd 720:66).

- |   |  |
|---|--|
| SICHERHEITSPOLITIK                            | Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation 1945–1977. Teil 1, hrsg. und eingeleitet von Klaus Schubert, Köln 1978; Teil 2, hrsg. und eingeleitet von Klaus Schubert unter Mitarbeit von Klaus Brinker und Sabine Radloff, Köln 1979.   |
| SICHERHEIT, KONTROLLE,<br>SOVERÄNITÄT         | Sicherheit, Kontrolle, Souveränität. Das Petersberger Abkommen vom 22. November 1949. Eine Dokumentation, hrsg. von Horst Lademacher und Walter Mühlhausen, Mel-<br>sungen 1985.   |
| SPD-FRAKTION                                  | Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949–1957. 1. Halbband: 1949–1953; 2. Halbband: 1953–1957, bearbei-<br>tet von Petra Weber, Düsseldorf 1993.   |
| SPEIDEL, Erinnerungen                         | Hans Speidel, Aus unserer Zeit. Erinnerun-<br>gen, 2. Auflage, Berlin/Frankfurt am Main/<br>Wien 1977.   |
| UNITED NATIONS RESOLUTIONS I                  | United Nations Resolutions. Series I: Resolu-<br>tions Adopted by the General Assembly, hrsg.<br>von Dusan J. Djonovich, New York 1972 ff.   |
| UNITED NATIONS RESOLUTIONS II                 | United Nations Resolutions. Series II: Reso-<br>lutions and Decisions Adopted by the Security<br>Council, hrsg. von Dusan J. Djonovich, New<br>York 1988 ff.   |
| UNITED STATES. STATUTES AT LARGE<br>1941–1942 | United States. Statutes at Large containing<br>the Laws and Concurrent Resolutions enacted<br>during the first session of the 17. Congress of<br>the United States of America 1941–1942 and<br>Treaties, International Agreements other<br>than Treaties and Proclamations. Band 55 in<br>2 Teilbänden, Washington D.C. 1942.                              |
| UNITED STATES. STATUTES AT LARGE<br>1948      | United States. Statutes at Large containing<br>the Laws and Concurrent Resolutions enacted<br>during the second session of the 18. Congress<br>of the United States of America 1948 and<br>Proclamations, Treaties and International<br>Agreements other than Treaties. Band 62 in 3<br>Teilbänden, Washington D.C. 1949.                                  |
| UNITED STATES. STATUTES AT LARGE<br>1950–1951 | United States. Statutes at Large containing<br>the Laws and Concurrent Resolutions enacted<br>during the second session of the 18. Congress<br>of the United States of America 1950–1951<br>and Proclamations, Treaties, International<br>Agreements other than Treaties, and Reor-<br>ganization Plans. Band 64 in 3 Teilbänden,<br>Washington D.C. 1952. |

- |                                |   |
|--------------------------------|---|
| UNTS                           | United Nations Treaty Series. Treaties and International Agreements Registered or Filed and Recorded with the Secretariat of the United Nations, [New York] 1946/47 ff. |
| YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS | Yearbook of the United Nations 1946/47, 1948/49, 1950 und 1951, hrsg. vom Department of Public Information United Nations, New York 1948–1952.                          |
| ZBIÓR DOKUMENTÓW 1951          | Zbiór Dokumentów, hrsg. vom Polski Instytut Spraw Miedzynarodowych, Warschau 1951.  |

## Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt	FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations
a. D.	außer Dienst		
AEG	Allgemeine Elektrizitäts- Gesellschaft	FDJ	Freie Deutsche Jugend
AFP	Agence France Presse	FDP	Freie Demokratische Partei
AG	Aktiengesellschaft	FOREX	Foreign Trade and Exchange Devison
AGSEC	Allied General Secretariat		
AHK	Alliierte Hohe Kommission	GARIOA	Government and Relief in Occupied Areas
BK	Bundeskanzleramt		
BT	Bundestag	GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands	Geh./geh.	Geheim/geheim
COCOM	Coordinating Committee for East-West Trade Policy	GG	Grundgesetz
		GK	Generalkonsul
CSU	Christlich-Soziale Union	HICOG	United States High Commissioner for Germany
CTB	Combined Travel Board		
DAF	Deutsche Arbeitsfront	HICOM	United States High Commission for Germany
DDR	Deutsche Demokratische Republik	i. G.	im Generalstab
DGB	Deutscher Gewerkschafts- bund	ILO	International Labour Organization
DIV	Deutsche Interessenver- tretung in der Schweiz	IMF	International Monetary Fund
DP	Deutsche Partei	INS	International News Service
dpa	Deutsche Presseagentur	IRO	International Refugee Organization
DVP	Deutsche Volkspartei		
ECA	Economic Cooperation Administration	ISG	Intergovernmental Study Group on Germany
ECON	Office of Economic Affairs	JEIA	Joint Export-Import Agency
EEC	European Economic Cooperation	JRSO	Jewish Restitution Successor Organization
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland	KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
ERP	European Recovery Program	KPY	Kommunistische Partei Jugoslawiens
EZU	Europäische Zahlungsunion	MD	Ministerialdirektor

## Abkürzungsverzeichnis

---

MDAP	Mutual Defense Assistance Program	str. geh.	streng geheim
Mio.	Million/en	Tgb.	Tagebuch
Mrd.	Milliarde/n	UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
MRP	Mouvement Républicain Populaire	UK	United Kingdom
NATO	North Atlantic Treaty Organisation	UN	United Nations
NS	Nationalsozialismus	UNESCO	United Nations Educational Scientific and Cultural Organisation
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	UNICEF	United Nations International Children's Emergency Fund
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt	UNIFORCE	Western Union Defense Organisation
OECE	Organisation Européene de Coopération Économique	UNO	United Nations Organisation
OEEC	Organization for European Economic Cooperation	UP	United Press
Org.	Organisationsbüro	US	United States
Pers.	Personal	USA	United States of America
RM	Reichsmark	USCON	United States Constabulary
SACEUR	Supreme Allied Commander Europe	USSR	Union of Socialist Soviet Republics
SBZ	Sowjetische Besatzungszone	VfW	Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands	VLR	Vortragender Legationsrat
SKK	Sowjetische Kontrollkommission für Deutschland	VN	Vereinte Nationen
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland	VS	Verschlusssache
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	WEU	Westeuropäische Union
SSW	Südschleswigscher Wählerverband	WHO	World Health Organisation
STEG	Staatliche Erfassungsgesellschaft für öffentliches Gut	WJC	World Jewish Congress